Die Reichspolitik des Mainzer Kurfürsten Johann Friedrich Karl von Ostein von seinem Regierungsantritt (1743) bis zum Ausbruch des Siebenjährigen Krieges.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

Philosophischen Fakultät

der Johann Wolfgang Goethe-Universität

zu Frankfurt am Main

vorgelegt von

Elisabeth Solf

aus Benrath a. Rh.

1936

Druck: Triltsch & Huther, Berlin O 27

Referent: Professor Dr. Walter Platzhoff.

Korreferent: Professor Dr. Paul Kirn.

Tag der mündlichen Prüfung: 12. Juni 1935.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Inhaltsverzeichnis:

Seite

Einleitung 5

Die großen kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den europäischen Großmächten in den Jahren 1740—1763 und deren Einfluß auf das Geschick der rheinischen Staaten, vor allem auf das Kurfürstentum Mainz. — Die Stellung des Erzbischofs von Eltz zum österreichischen Erbfolgestreit. — Der Tod Philipp Karls von Eltz. — Die Wahl Johann Friedrich Karls von Ostein zum Kurfürsten und Erzbischof von Mainz.

I. Kapitel: **Herkunft und Persönlichkeit Osteins** 9

II. Kapitel: **Osteins Mittelstellung zwischen der kaiserlichen und der pragmatischen Mächtegruppe** 10

Die schwierige Lage des Erzstiftes zu Beginn der Regierung. — Osteins Maßnahmen, um sein Land vor kriegerischen Übergriffen beider Parteien zu schützen. — Sein Streben nach engerem Einvernehmen mit den Nachbarn. — Schwierige Stellung des Erzkanzlers am Reichstag. — Die Mediation und die Frage der Diktatur der Wiener Urkunden. — Versuche der österreichischen Regierung, Ostein für ihre Politik zu gewinnen. — Französische und pragmatische Truppenbewegungen in Mainzischen Landen. — Hatzels Ersuchen um eine Mainzische Friedensvermittlung. — Osteins Verhalten hierzu. — Beginnender Umschwung der Mainzer Politik.

III. Kapitel: **Wendung zu England und Österreich** 28

Hoffnung der Kaiserlichen auf eine Friedensvermittlung Osteins. — Seine Bemühung um englische Subsidien. — Stellung des Kaisers zur Diktaturfrage. — Osteins Verhalten in der Diktaturfrage. — Die Diktatur vom 23. September 1743. — Deren Auswirkungen. — Osteins Gedanken zur Reichseinheit. — Gesuch bei England um Abschluß eines Subsidienvertrags. — Die Winterquartierkonvention vom Herbst 1743. — Abschluß des Mainzisch-englischen Subsidienvertrags im Mai 1744. — Osteins Bündnisplan und der Vorschlag Palms. — Die Fortsetzung des Diktaturstreites im Sommer 1744. — Neuer Umschwung in der Mainzer Politik.

IV. Kapitel: **Annäherung an die kaiserliche Partei und Rückkehr zum österreichischen Kurs** 47

Beendigung des Diktaturstreites. — Wirkung der preußischen Siege auf Osteins politische Haltung. — Die Unterredung des Mainzers mit Kaiser Karl VII. — Preußens

Seite

Plan, den Mainzer für die kaiserliche Partei zu gewinnen. — Die Mißerfolge des Preußenkönigs und die Rückkehr Osteins zum österreichischen Kurs. — Besorgnis Preußens vor dem Zustandekommen einer Gegenunion. — Der Tod Kaiser Karls VII. — Der kurrheinische Kreisbeschluß vom Februar 1745 und die Vorbereitungen zur Kaiserwahl. — Osteins Plan einer Konföderation zum Schutz des Rheines. — Die Kaiserwahl Franz Stephans. — Feste Haltung des Mainzers seit dieser Wahl.

V. Kapitel: **Die Assoziationspolitik Osteins** 58

Seine Bemühungen um die Kreisassoziation. — Das Verhalten des Kaisers hierzu. — Die Einberufung des Generalkreiskonventes nach Frankfurt am Main. — Die Stellung Frankreichs und der vorderen Kreise zur Assoziation. — Österreichs Versuche, den Mainzer für den Reichskriegsplan zu gewinnen. — Die Spaltung im Kreiskonvent. — Der Aachener Friedensvertrag. — Der Assoziationsrezeß vom 27. Juni 1748. — Osteins Bemühungen um den Beitritt Englands. — Des Kaisers Verhalten hierzu. — Der Seckendorffsche Bündnisvorschlag vom Herbst 1748. — Preußische Erwägungen, Ostein der Hofburg zu entfremden. — Die Frage der römischen Königswahl in den Jahren 1750/52. — Ihre Auswirkung auf die Assoziationspolitik Osteins bis 1756.

Anhang 77

Quellen 81

Darstellungen 82

Abkürzungen 85

Einleitung.

Mit dem Jahre 1740 beginnt ein neuer Abschnitt in der europäischen Geschichte. Für das Staatensystem Europas brach eine Zeit erhöhter politischer Spannungen und schwerer kriegerischer Erschütterungen an, als Kaiser Karl VI. am 20. Oktober die Augen im Tode schloß. Die letzten zwei Jahrzehnte seines Lebens war dieser Monarch bemüht gewesen, die Anerkennung Europas für seine neue Erbfolgeordnung, die Pragmatische Sanktion, zu erlangen. Er hatte Erfolg, mußte aber dafür Gebietsteile seines großen Hausbesitzes aufgeben. Der Glaube des söhnelosen Herrschers, in den teuer erkauften Zusicherungen fast aller Mächte die beste Gewähr für die Unteilbarkeit des Gesamtreiches und für die Wahrung des Thronfolgerrechtes seiner ältesten Tochter, Maria Theresia, zu besitzen, sollte sich jedoch als trügerisch erweisen. Denn als der Habsburger ins Grab gesunken war, begann der heiße Kampf um sein Erbe. Der Kurfürst Karl Albert von Bayern forderte „sämtliche Erblande des Kaisers"[1]) für sich und suchte Maria Theresia mit den Waffen zu zwingen, ihrem Anspruch darauf zu entsagen. In diesen Streit griff der alte österreichisch-bourbonische Gegensatz ein, der sich mit dem englisch-französischen verknüpfte und zum Bewegungsgesetz eines jahrelangen Krieges wurde, der fast ganz Europa in seine Strudel riß. Der Bestand der Donaumonarchie war in Frage gestellt, da sich den Feinden des Erzhauses ein weiterer zugesellt hatte: der junge Friedrich II. von Preußen. Voll Ehrgeiz strebte er seine Lande auf Kosten Österreichs zu vergrößern und abzurunden. Der Preußenkönig erreichte nicht nur dieses Ziel, er schritt noch darüber hinaus. Mit genialer Kraft hob er seinen Staat zu europäischer Geltung und zur Großmachtstellung empor. Den habsburgischen Besitz zu zerschlagen, gelang den Gegnern Maria Theresias jedoch nicht. Die Herrscherin konnte sich nach zähem Ringen das pragmatische Erbe erhalten. Aber sie hatte Opfer dafür bringen müssen, unter denen ihr Schlesien das schwerste geworden war. Ihren Versuchen, nach einer Friedenspause diese verlorene Perle ihrer Krone wieder zu gewinnen, blieb aber der Erfolg ebenso versagt wie ihrem Streben, die ungeteilte Führung im Reich zu erlangen. Preußen hatte sich das neben dem Donaustaat errungene, ebenbürtige Ansehen zu behaupten verstanden.

An den Rheinlanden, denen schon eine wechselvolle Geschichte ihre Runen aufprägte, ist auch die Zeitspanne von 1740—1763 nicht

[1]) Ranke a.a.O. II. 374. — Arneth a.a.O. 1, 96, Gesandtschaft des Grafen v. Perusa.

spurlos vorübergegangen. Der Rhein, der seit dem Mittelalter immer wieder im Blickpunkt der französischen Ausdehnungspolitik stand, war bis Ende 1745 die Ausfallslinie für die Angriffe des Kapetingerreiches, die eine Verhinderung der habsburgischen Vormacht zum Ziel hatten.

Aber nicht allein die Truppen des allerchristlichsten Königs und seiner Verbündeten, auch die Heeresmacht seiner Gegner, die pragmatische Armee, sah der vielumstrittene Strom an seinen Ufern. Was half es den kleineren Fürsten der rheinischen Lande, daß sie, ihrer eigenen Schwäche bewußt, im Gegeneinander der größeren Mächte neutral blieben oder daß sie den Schutz und Rückhalt, den ihnen der vermorschende Reichskörper nicht gewähren konnte, bei einem der kampfbeteiligten Großstaaten zu erlangen suchten? Im einen wie im anderen Fall traf sie doch nur das gleiche Unheil: ihre Herrschaftsgebiete hatten die Lagerplätze und Durchzugsstraßen zu stellen für die Heere beider Kriegsparteien, deren Plünderungen und Gefechte den Wohlstand ganzer Gegenden zertrümmerten[2]). Nach dem Dresdner Frieden verklang der Waffenlärm in Deutschland. Aber der seither geübte diplomatische Wettstreit der Mächtegruppen um den bestimmenden Einfluß auf die kleineren Fürsten dauerte weiter an. Er ist vor allem für die Politik der rheinischen Landesherren von richtunggebender Bedeutung gewesen[3]).

Auch das Kurfürstentum Mainz ist dem Geschick seiner Nachbarn an des Heiligen Römischen Reiches Pfaffengasse nicht entgangen. Die Wogen des österreichischen Erbfolgekrieges schlugen auch über ihm zusammen und brandeten immer wieder um seine alte Hauptstadt. In den Kriegen, die bisher die Westmark heimgesucht hatten, war Mainz immer wieder umkämpft worden, stellte es doch wegen seiner strategisch so günstigen Lage gegenüber der Mainmündung ein wichtiges Bollwerk am Mittelrhein dar. Auch jetzt wieder suchten die Heere beider Parteien die alte Metropole zu besetzen und zum Stützpunkt ihrer Operationen zu machen[4]). Stärker noch als in Friedenszeiten wurde in jenem stürmischen Verlauf der Ereignisse der Mangel des räumlichen Zusammenhangs zwischen den Mainzischen Landen spürbar. Sie waren zerrissener als andere geistliche Territorien. Zu dem unteren Erzstift mit Mainz und dem Rheingau fügte sich in Streulage das obere Erzstift in Ostfranken mit Aschaffenburg und Spessart hinzu, ferner die Bergstraße, das Eichsfeld, der Erfurter Besitz und die Ämter in der Landgrafschaft Hessen-Kassel[5]). Gerade die nach Thüringen versprengten Gebietsteile waren die Ursache, daß der

[2]) MRTA. u. FRTA.
[3]) Braubach, a.a.O. 111, 2.
[4]) K. 125b.
[5]) Kurm. Staatskal. 1742.

Kurstaat in den Kriegsjahren von 1756—1763 empfindlichere Erschütterungen zu erleiden hatte als diejenigen Landesfürstentümer, deren Ausdehnung auf die Westmark beschränkt blieb und die deshalb der Gefahrenzone für dieses Mal weiter entrückt waren[6]).

Wie sich der Gang der mitteleuropäischen Entwicklung innerhalb des Zeitraumes von 1740—1763 in der Geschichte von Kurmainz widerspiegelt, so fällt mit der Ergründung der Politik seines Beherrschers auch ein Streiflicht auf die verschlungenen Pfade der Diplomatie jener Mächte, bei denen damals die großen Entscheidungen lagen. Der Mainzer Landesherr stand nicht in ihrer Reihe. Seine überragende Führerstellung im Kreise der Reichsfürsten gehörte der Vergangenheit an. Aber auch bei der fortgeschrittenen Erstarrung und Aushöhlung der Reichsverfassung umgab noch ein schwacher Abglanz der ehemaligen Bedeutung das Amt des Erzkanzlers für Deutschland, das der jeweilige Erzbischof der alten Metropole am Mittelrhein verwaltete. Da er im Kurfürstenrat den Vorsitz und das Recht der letzten Stimmabgabe besaß, das besonders im Fall des Gleichgewichts der widerstreitenden Meinungen seine ausschlaggebende Eigenschaft entfaltete, war die Bundesgenossenschaft des ersten Kurfürsten in wichtigen Reichsangelegenheiten noch immer begehrt.

Als sich daher mit dem Krieg um die habsburgischen Erbländer der Kampf um die Kaiserkrone verflocht, setzten die Parteigänger Karl Alberts von Bayern, die Preußen und Franzosen, alles daran, um den österreichisch gesinnten Inhaber des Erzstuhles von Mainz, Philipp Karl von Eltz, auf ihre Seite zu ziehen. Mit ihren Waffenerfolgen erzwangen sie die Erfüllung ihres Strebens. Unter den Wählern, die dem bayrischen Wittelsbacher zur Nachfolge in der höchsten Würde des Reichs ihre Stimme gaben, war auch der Beherrscher des Mainzer Kurstaates[7]). Aber das fernere Verhalten des Erzkanzlers wollte den neugekrönten Kaiser, Karl VII., nicht vollauf befriedigen, nahm doch der Kurfürst in dem Erbstreit, der zwischen dem Bayern und Maria Theresia in unverminderter Heftigkeit andauerte, eine abwartende Stellung ein[8]). Anscheinend hoffte er auf eine Aussöhnung der beiden Parteien, wobei er freilich den Gedanken einer Neutralitätsarmee als Schlichtungsmittel, wie sie der Preußenkönig plante, aus Besorgnis vor einem Übergewicht des Hohenzollern aufs entschiedenste bekämpfte[9]). — Der Mainzer sollte eine Wendung in diesem Zwist, der das Reich spaltete, nicht mehr erleben. Er starb am 20. März 1743[10]).

---

[6]) K. 116. — Werner, a.a.O. VI.
[7]) Werner, a.a.O. 148. — Arneth, a.a.O. 2, 19.
[8]) MRTA. 503, fol. 49, 136, 177.
[9]) Heigel, Tagb. Anm. zu S. 104.
[10]) K. 62, fol. 204.

Die mit seinem Tode freigewordene Kurwürde gedachte der Kaiser seinem Bruder Johann Theodor zu verschaffen[11]), um an ihm für seine Politik die Stütze zu erhalten, die ihm der verstorbene Eltz nicht gegeben hatte. An der Besetzung des erledigten Erzkanzleramtes nach seinem Wunsche war ihm um so mehr gelegen, da seit seiner Krönung die Lage im Reich für ihn immer schlechter geworden war. Preußen und Sachsen hatten mit Maria Theresia Frieden geschlossen. Dadurch wurde der Habsburgerin der Kampf gegen ihre übrigen Feinde erleichtert. Mit der Hilfe ihrer englischen und sardinischen Bundesgenossen brachte sie das Kriegsglück auf ihre Seite. Mußte sie auch die Besetzung des Stammlandes Karls VII. vorübergehend aufgeben[12]), sie eroberte dafür ihren Hausbesitz Böhmen zurück, der in die Hände ihrer Gegner gefallen war. Um die Macht des bayrischen Wittelsbachers noch weiter herabmindern zu können, suchte sie nunmehr unter den kleineren Reichsfürsten Anhänger zu gewinnen. Ihrem Vorhaben kam die Mainzer Wahl sehr gelegen. Sie wollte mit militärischen, aber auch mit diplomatischen Mitteln die Erhebung eines österreichisch Gesinnten zum Kurfürsten durchsetzen. Sie hatte damit Erfolg. Das Mainzer Domkapitel entschied sich in der Wahl vom 22. April 1743 für den Grafen Johann Friedrich Karl von Ostein, der vom Kaiser von der Kandidatur ausgeschlossen worden war[13]). Damit kam zu den vielen Mißerfolgen, die Karls VII. kurze Regierung verdunkelten, ein weiterer, schwerwiegender hinzu. Denn der neue Beherrscher der Mainzischen Lande sollte in zahlreichen Fällen, vor allem in der Führung seines Erzkanzleramtes eine Gesinnung bekunden, die ihn als einen treuen Verfechter der Sache Maria Theresias erscheinen ließ[14]). Aber wenn auch die Reichspolitik des Mainzers nach Ablauf seiner ersten Regierungsmonate deutlich eine österreichische Einstellung zeigte, sie war doch noch Wandlungen unterworfen, ehe sie vom Jahre 1745 ab stetig den habsburgischen Kurs verfolgte.

Von den 20 Jahren, die Ostein die Kurwürde innehatte, stellt die Zeit von 1743 bis zum Ausbruch des Siebenjährigen Krieges einen in sich geschlossenen Abschnitt seiner Reichspolitik dar, dem das Ringen dieses Fürsten um die Lösung zweier gesamtdeutscher Probleme das besondere Gepräge gegeben hat.

---

[11]) Michels, a.a.O. 23.
[12]) Bis zur Konvention von Niederschönfeld, Sommer 1743.
[13]) Michels, a.a.O. 45.
[14]) Diktaturstreit.

I.

Herkunft und Persönlichkeit Osteins.

Johann Friedrich Karl gehörte als Abkomme derer von Ostein einem alten, ritterbürtigen Geschlecht an, dessen Stammsitz und Güter bis zum Ende des 17. Jahrhunderts im Elsaß gelegen hatten. Geboren am 6. Juli 1689 in Amorbach, war er der Sohn des Kurmainzer Geheimen Rates und Oberamtmanns zu Amorbach, Walldürn und Buchen, des Reichsgrafen Johann Franz Sebastian von Ostein. Schon in früher Jugend wurde er zum geistlichen Beruf bestimmt. Siebenjährig trat er in das Mainzer Domkapitel ein und gelangte mit zunehmendem Alter in den Besitz einer ansehnlichen Zahl von Präbenden. So hatte er beim Tode des Kurfürsten von Eltz die Würden eines Domkustos zu Mainz und eines Kapitelherren zu St. Alban derselben Stadt, eines Domherren zu Würzburg und eines Propstes im St. Bartholomäusstift zu Frankfurt am Main nebeneinander inne. Sein Bildungsgang war der des adligen Klerikers jener Tage. Er studierte an der Universität zu Mainz Theologie, Philosophie und Kirchenrecht. Eine öffentliche Disputation gab von den Ergebnissen seines Fleißes Kunde. Er vertiefte sodann seine Kenntnisse in den geistlichen Wissenschaften während eines längeren Aufenthaltes in Rom[1]). Eine besondere Vorbereitung auf sein Herrscheramt war Ostein nicht zuteil geworden. Kurze Zeit, vom Ausgang Philipp Karls von Eltz bis zu seiner eigenen Erhebung zum Kurfürsten, leitete er mit zwei anderen Domherren im Auftrag des Domkapitels die Mainzer Regierungsgeschäfte[2]). Mehr als eine Einführung in seinen künftigen Pflichtenkreis bedeutete diese Tätigkeit jedoch nicht. Aber dafür brachte Johann Friedrich Karl von Natur aus eine Begabung für seinen hohen Beruf mit. In der mütterlichen Linie dem Hause der Schönborns angehörend[3]), mochte sich auch auf ihn etwas von dem Machtsinn jenes Geschlechts vererbt haben, das durch einige seiner Namensträger, durch bedeutende geistliche Fürsten und Kurfürsten, im Reich berühmt geworden war[4]).

Der würdevollen äußeren Erscheinung Osteins entsprach ein ausgeglichener Charakter. Sein Verhalten den Mitmenschen gegenüber verriet Güte, Selbstbeherrschung und die Fähigkeit kluger Menschen-

---

[1]) Veit, a.a.O. 88, Amrhein, a.a.O. 2, 230. — Rh. Ant. II, 10. 362 ff
[2]) Rh. Ant. II, 10, 362 ff.
[3]) Amrhein, a.a.O. 2, 230.
[4]) Kneschke, a.a.O.

behandlung[5]). Entschlüsse faßte Johann Friedrich Karl im allgemeinen zögernd und erst nach gründlichen Erwägungen. Er traf aber auch zuweilen, wenn es der Stand der Dinge erforderte, mit überraschender Schnelligkeit seine Entscheidungen[6]). In der Politik verharrte er nicht dauernd auf demselben Standpunkt. Er wechselte ihn, sobald es ihm im Hinblick auf die außenpolitische Lage als zweckmäßig erschien[7]). Der berechtigten Kritik gegenüber war Ostein nicht unzugänglich, aber daneben bestätigt sich auch wieder das Urteil eines Kurmainzer Gesandten: „EMM. seyndt auf einige Dinge sehr attent und empfindlich und respective ohnbeweglich."[8]) Er bewies große Zähigkeit und Ausdauer, wenn es galt, an ein gesetztes Ziel zu gelangen. In seinen politischen Plänen hielt er sich nicht immer an die Grenzen des Erreichbaren, jedoch fehlte ihm in der Beurteilung von politischen und wirtschaftlichen Zusammenhängen der Blick für das Tatsächliche und Notwendige nicht. Er besaß mit seinem Geschäftsgeist, seinem stark sozialen Empfinden Eigenschaften, die sich in seiner Regierung ebenso zum Nutzen seines Landes auswirken sollten wie sein tiefes und förderndes Verständnis für die verschiedenen Zweige der Wissenschaften und Künste[9]). Echte Religiosität und sittlicher Ernst gaben seiner Lebensauffassung das Gepräge[10]). Das Herrscheramt, das er als eine „hohe, aber schwehre Würde" bezeichnete, hat er als göttlichen Auftrag und als Mahnung zu getreuer Pflichterfüllung angesehen[11]).

II.

Osteins Mittelstellung zwischen der kaiserlichen und der pragmatischen Mächtegruppe.

Als Johann Friedrich Karl Ende April 1743 die Zügel der Regierung ergriff, fand er die rheinischen Teile seiner Kurlande in schwieriger Lage vor. Über ihnen hingen, wie über dem gesamten Westen des Reiches, die Wolken des Krieges. Dieselben „cläglichen Conjuncturen", die das Mainzer Domkapitel[1]) beim Tode des Philipp Karl von Eltz beunruhigten, erfüllten auch Ostein mit schwerer Sorge für die

[5]) Instr. u. Korresp. Osteins mit Fürsten, Ministern und Untertanen, K. 125b, c, 111, 116.
[6]) Diktaturstreit, Kaiserwahl.
[7]) vgl. S. 28, 47 ff.
[8]) K. 116, fol. 177.
[9]) Rh. Ant. II, 10. 376 ff. — Döbler, a.a.O. 9.
[10]) K. 116, fol. 54. — Villermont, a.a.O. 14. — G. u. K. 10a.
[11]) G. u. K. 8, fol. 781.
[1]) K. 62, fol. 204.

Zukunft. Noch immer standen um die kurfürstliche Hauptstadt die Truppen der pragmatischen Armee, die im Februar 1743 von den Niederlanden herbeigezogen waren. Ihre Anwesenheit hatte auf den Ausgang der Mainzer Wahl vom 22. April keinen geringen Einfluß gehabt[2]). Nun rechneten die Befehlshaber dieser Streitkräfte damit, der Neugewählte werde sich dafür erkenntlich zeigen und ihnen alle militärischen Vorteile verschaffen, die er als Beherrscher von Mainz, dem strategisch so wertvollen Stützpunkt, zu geben vermochte[3]). Doch ihr Gesuch, das den Kurfürsten zur Aufnahme österreichischer Hilfsvölker in seine befestigte Residenzstadt am Rhein bewegen wollte, fand kein Gehör[4]). Denn Ostein war entschlossen, im Kampf der Großmächte neutral zu bleiben[5]). So sehnlich er aber wünschte, seine Untertanen von der Last fremder Truppen zu befreien[6]), so war er sich doch bewußt, daß er mit seinen eigenen, geringen Streitkräften den Abzug der pragmatischen Armee nicht erreichen werde. Deren längeren Aufenthalt in seinem Herrschaftsbereich glaubte er auf andere Weise verhindern zu können. Er erlaubte dem vereinigten englischen und österreichischen Heer vom 15. Mai an nur noch den friedlichen Durchzug durch seine Lande; das Errichten von Feldlagern, das Eintreiben von Versorgungsmitteln und jegliche Quartierforderung an die Bewohner des Mainzischen Gebietes blieb ihnen untersagt[7]).

So enttäuschte Ostein die österreichischen Erwartungen. Aber auch die diplomatischen Hoffnungen, die von der Wiener Hofburg auf den neuen Beherrscher des Mainzer Staates gesetzt wurden[8]), erfüllten sich zunächst nicht. Der Kurfürst hatte zwar Maria Theresias wohlwollenden Glückwunschbrief[9]) in höflichen Wendungen beantwortet und sich der Habsburgerin „zu den werckthätigsten Proben" seiner „aufrichtigsten wahren dienstbegierd" bereit erklärt[10]). Doch seine Vorsicht gebot ihm, sich nicht einseitig festzulegen. Er war ja gegen den Willen des Kaisers zu Kurhut und Erzbistum gelangt[11]). Darum besorgte er, die Mißstimmung Karls VII. über das Ergebnis der Mainzer Wahl könnte sich für seine Kurlande nachteilig auswirken, zumal unfern der Stadt Mainz, in Speyer, die französischen Hilfstruppen des Kaisers in einer den pragmatischen Streitkräften etwa

---

[2]) Arneth, a.a.O. 2, 213. — Rh. Ant. II. 10. 363 ff.
[3]) G. u. K. 8, Aremberg an Ostein, 10. Mai 1743, Wiesbaden. — Corr. de Louis XV 1, 54. — Adelung, a.a.O. 3, 7. 144.
[4]) Adelung, a.a.O. 3, 2. 144.
[5]) G. u. K. 8, Ostein an verschiedene Fürsten u. Kurfürsten.
[6]) MRTA. 504, fol. 490.
[7]) ebd. fol. 303 u. 305.
[8]) G. u. K. 8, fol. 890.
[9]) ebd. fol. 195, 8. Mai 1743, Prag.
[10]) ebd. fol. 194.
[11]) Michels, a.a.O. 45.

gleichkommenden Heeresstärke lagen[12]). Deshalb versuchte Ostein mit der Versicherung aller „gehorsamen Schuldigkeit" gegen das Reichsoberhaupt dessen verfassungsmäßigen Schutz zu erlangen[13]). Auch der Gnade der Kaiserin Maria Amalia ließ er sich und sein Erzstift empfehlen. Daß ihm Karl VII. daraufhin lediglich seine „aufrichtige Neigung" verhieß[14]), war dem Kurfürsten in diesen Kriegszeiten nicht Rückhalt genug. Er strebte danach, mit dem Marschall de Noailles, dem die französischen Regimenter der Speyrer Gegend unterstanden, zu einer Verständigung zu kommen. Schon Anfang Mai begann er, ein Höflichkeitsschreiben des Franzosen zum Anlaß nehmend, einen regen Briefwechsel mit diesem. Was Ostein damit beabsichtigte, erreichte er schon nach kurzer Zeit: Noailles erklärte sich bereit, seinen Soldaten bei ihren Streifzügen in Mainzischen Gebieten das Plündern zu untersagen[15]). Dafür gewährte Johann Friedrich Karl dem Heer des allerchristlichsten Königs den friedlichen Durchzug durch seine Lande. Aber schon nach wenigen Wochen mußte er sich bei Noailles über den Bruch dieser Vereinbarungen beklagen[16]). Französische Dragoner hatten im Bereich des Kurstaates, in Bensheim an der Bergstraße, Gewalttaten verübt. Wenn der Marschall auch versuchte, die Vorwürfe des Kurfürsten zu entkräften[17]), die Zweifel, die diesem an der Zuverlässigkeit französischer Versprechen aufgestiegen waren, blieben dennoch bestehen. Daß aber die kaum geknüpften Beziehungen zwischen Ostein und dem französischen Befehlshaber durch den Bensheimer Vorfall keinen Abbruch erlitten, daran war beiden Beteiligten viel gelegen. Hatte sich doch Noailles vorgenommen, auf den Mainzer Einfluß zu gewinnen, um ihn in seiner Zurückhaltung gegenüber österreichischen Wünschen bestärken zu können[18]). Der Kurfürst wiederum sah in einer Fortsetzung des Briefwechsels die beste Möglichkeit, den Franzosen unablässig an die Schonungsbedürftigkeit der Kurmainzischen Lande zu erinnern.

Da es ihm nach den Erfahrungen mit den Truppen des allerchristlichsten Königs immerhin fraglich erscheinen mochte, ob sich die beiden Kriegsparteien künftig an seine Forderung des friedlichen Durchzugs halten würden, ließ er zum besseren Schutz seiner Untertanen, aber auch zur Vermeidung der Einquartierung aller fremden Truppen, seine eigenen Soldaten in verschiedenen Landstädten des Erzstiftes unterbringen[19]). Vor allem fürchtete er für das Schicksal seiner Hauptstadt.

[12]) Arneth, a.a.O. 2, 213.
[13]) G. u. K. 8, fol. 781, 22. April 1743, Mainz.
[14]) ebd. fol. 819, 1. Mai 1743, München.
[15]) MRTA. 504, fol. 114, 116, 117, 119.
[16]) ebd. fol. 121.
[17]) ebd. fol. 122.
[18]) Corr. de Louis XV 1, 54.
[19]) G. u. K. 8, fol. 347.

Sie stand im Blickpunkt der Begehrlichkeit der österreichischen und englischen Militärs. Auch den Franzosen mußte ihr Besitz erstrebenswert sein. Da Ostein damit rechnete, die Neutralität von Mainz mit den Waffen verteidigen zu müssen, ließ er die kurfürstliche Besatzung dieser Stadt in Bereitschaft setzen und trachtete danach, ihr noch eine Verstärkung zu geben[20]). — Schon in vergangenen Kriegszeiten war auf Veranlassung der kaiserlichen Generalität die Mainzer Festung durch mehrere Schanzen und Zitadellen erweitert worden[21]). Für die Erhöhung der Garnison, die sich dadurch als notwendig erwies, hatten die Mainzer Kurfürsten alle Kräfte aufgewendet. Zu Beginn des österreichischen Erbfolgekrieges aber machte die fortschreitende Verarmung der Untertanen und die Erschöpfung der kurfürstlichen Geldmittel die Aufrechterhaltung der Besatzungsstärke ohne fremde Unterstützung unmöglich. Erzbischof von Eltz hatte deshalb bei einem Teil der Stände des oberrheinischen Kreises[22]) die Bewilligung einer militärischen Hilfe betreiben lassen[23]). Doch die endlich erreichte, freiwillige „oberrheinische Kriegsconcurrenz zu Sothaner Garnison" war bald ins Stocken geraten. — Ein Kreistag, auf dem Ostein die Forderungen seines Vorgängers hätte erneuern können, wurde vorerst wegen der unruhigen Zeiten nicht einberufen. Darum mußte er sich durch Gesandtschaften bei den säumigen Ständen in Erinnerung bringen[24]). Aber nur in den wenigsten Fällen hatte er damit den gewünschten Erfolg[25]). Zumeist wurde der Kurfürst mit nichtssagenden Versicherungen auf spätere Zeit vertröstet. Für die kleinen oberrheinischen Landesherren mochte es wohl ein besseres Geschäft sein, wenn sie ihre Truppen, sofern sie ihrer nicht zum eigenen Schutz bedurften, an die kriegsbeteiligten Großmächte vermieteten[26]).

So eifrig trotz dieser geringen Ergebnisse der Kurfürst von Mainz sich um die militärische Verstärkung seiner befestigten Hauptstadt auch in Zukunft bemühte[27]), er wollte sich doch noch einen anderen Rückhalt für seine neutrale Stellung sichern. Er dachte an ein engeres diplomatisches Einvernehmen mit den drei benachbarten geistlichen Landesherren, mit dem Kardinal-Bischof Damian Hugo von Speyer, dem Fürstbischof Friedrich Karl von Bamberg-Würzburg und mit dem Kurfürsten und Erzbischof Franz Georg von Trier[28]). Sie waren neutral wie Ostein und wie dieser hatten sie vom Krieg für

[20]) G. u. K. 8, fol. 377.
[21]) Werner, a.a.O. 143 f. — Unter L. F. v. Schönborn u. Ph. K. v. Eltz.
[22]) Bei den „jenseits-rheinischen" Ständen.
[23]) G. u. K. 8, fol. 394 ff.
[24]) ebd. fol. 386—93.
[25]) z. B. bei Fulda, MRTA. 505, fol. 203.
[26]) MRTA. 505, fol. 199.
[27]) MRTA. 505, fol. 203, 120.
[28]) G. u. K. 8, fol. 321 ff., 205.

ihre Lande nur Schaden zu gewärtigen[29]). Bei solcher gleichen Lage die Brücke zu schlagen zu einem regen politischen Gedankenaustausch untereinander und zur Zusammenarbeit ihrer Gesandten am Reichstag wollte dem Mainzer um so weniger schwierig erscheinen, da er doch mit diesen Fürsten aus dem Hause Schönborn verwandtschaftlich verbunden war[30]). Franz Georg, Damian Hugo und Friedrich Karl erklärten sich auf das Ersuchen Osteins, ihres Neffen, sogleich bereit, untereinander ein „vertrautes verstandnus" zu pflegen[31]). Bald aber sollte sich zeigen, daß der so leicht ins Werk gesetzte Zusammenhalt einer Belastungsprobe nicht Stand hielt.

Während Johann Friedrich Karl bereits in den ersten Tagen und Wochen seiner Regierung in landesväterlicher Fürsorge unermüdlich tätig war, um seinen Untertanen den möglichsten Schutz vor den Kriegsstürmen zu verschaffen, stand er den Anforderungen, die an ihn als Erzkanzler gestellt waren, zunächst noch unentschlossen gegenüber. Dieses Verhalten war in Mißhelligkeiten begründet, die sich für ihn kurz nach seiner Thronbesteigung aus einer Reichstagsangelegenheit ergeben hatten. Sie betraf die Verständigung, die zwischen Karl VII. und Maria Theresia vermittelt werden sollte, die sogenannte „Mediation". Sie war neben der Frage über die „Reichssekurität" im Sommer 1742 durch kaiserliche Kommissionsdekrete dem Reichstag zur Entscheidung übergeben worden. Die Verhandlungen hierüber schleppten sich wegen des umständlichen Geschäftsganges bis zum folgenden Jahre hin. Endlich war der 29. März 1743 für die Schlußabstimmung vorgesehen worden. Doch dazu kam es nicht, starb doch wenige Tage zuvor der Kurerzkanzler Philipp Karl von Eltz. Während der Mainzer Zwischenregierung stockten die Mediationsverhandlungen wegen der Meinungsverschiedenheit, die im Kurfürstenrat herrschte über die Frage, ob die Ansage der Reichstagssitzungen durch Kurtrier oder Kursachsen erfolgen müsse[32]). In der Partei Kaiser Karls VII. hatte diese Unterbrechung große Mißstimmung erzeugt. Sie richtete sich gegen den neugewählten Kurfürsten von Mainz. Dieser war kaum zwei Wochen an der Regierung, als er durch seinen Legationssekretär Sonnemann erfahren mußte, daß der kaiserlich gesinnte Reichsvizekanzler ihm, Ostein, die alleinige Schuld an dem Stocken der Mediationsverhandlungen zuschob. Ein kaiserlicher Gesandter sprach sich wenig später dem Kurmainzer Domkapitular von Franckenstein gegenüber in ähnlicher Weise aus[33]). Und doch konnte den Mainzer ein Vorwurf dafür nicht treffen. Denn

[29]) MRTA. 168, Reichsfürstenratsprotokoll 10. Mai 1743.
[30]) G. u. K. 8, fol. 324 ff.
[31]) ebd. fol. 329 ff., 347 ff., 211 f.
[32]) G. u. K. 9, fol. 9. — Pr. St. 1, 371. f.
[33]) MRTA. 504, fol. 57. — G. u. K. 8, fol. 263 ff.

am 10. und 13. Mai waren erst die verschiedenen noch fehlenden Anweisungen für die Abstimmung beisammen[34]). Am 13. Mai, dem Tag, an dem die förmliche „Notifikation" des Regierungsantrittes Johann Friedrich Karls im Kurfürstenrat vor sich ging[35]), kam im Fürstenkolleg das Konklusum über die Mediation heraus, dem am 17. Mai das der Kurfürsten folgte[36]). Die Äußerungen der Kaiserlichen verrieten deutlich, daß die Gegner Österreichs dem neugewählten Kurfürsten von vornherein die Fähigkeit zu unparteiischer Führung seines Erzkanzleramtes nicht zutrauten. Die Erkenntnis, daß er unter solchen Umständen auf eine Erschwerung seiner künftigen Tätigkeit am Reichstag rechnen müsse, ließ den Mainzer die Lösung einer Aufgabe besonders schwierig erscheinen[37]).

Diese Aufgabe hing mit einer Reihe von Schriftstücken zusammen, durch die Maria Theresia am 4. Mai 1742[38]) gegen die Wahl Kaiser Karls VII. und gegen den Ausschluß der böhmischen Kurstimme Einspruch bei dem Reichstag erhoben hatte. Jene sogenannten „königlich-kurböhmischen, erzherzoglich-österreichischen und herzoglich-burgundischen Protestationsurkunden" waren satzungsgemäß bei dem Kurerzkanzler von Eltz eingereicht worden[39]). Er hatte nach Art. 13 § 8 der Wahlkapitulation Kaiser Karls VII. die Pflicht, bei dem Reichstag eingehende „Gravamina und Desideria Statuum" binnen zwei Monaten den Ständen mitzuteilen[40]). Nun war aber der Inhalt der Wiener Urkunden stellenweise in eine sehr verletzende Form gefaßt. Für Schriften von solcher Beschaffenheit sah die Wahlkapitulation in Art. 13 § 7 eine Sonderbehandlung vor: (wir sollen und wollen nicht) „daran hinderlich seyn, dass die in dergleichen Sachen eingegebene Memoralien, wann dieselbe anderst nit behöriger Ehrerbietung und ohne unziemliche harte Ausdrückung (worüber jedoch, wann sich deshalb einiger Anstand findet, das Reichsdirectorium mit dem churfürstl. Collegio vorgängige Communication und Beredung zu pflegen, und darnach zu verfahren hat) fördersamst eingerichtet seynd, zur Dictatur gebracht, und denen Ständen auf solche Weis communiciret werden"[41]). Eltz kam dieser Bestimmung nach und ließ mit den übrigen Kurfürsten die vor der Diktatur erforderliche „Beredung" über die Zulassung oder Zurückweisung der österreichischen Schriften einleiten. Diese „vorgängige Communication" war noch immer nicht beendet, als am 21. Januar 1743 die Habsburgerin ein Schreiben

[34]) Adelung, a.a.O. 3, 2. 132. — Pr. St. 1, 371 f.
[35]) G. u. K. 9, fol. 9.
[36]) MRTA. 504, fol. 268, 272.
[37]) G. u. K. 8, fol. 205.
[38]) MRTA. 506, fol. 349.
[39]) Pr. St. 1, 388.
[40]) Wahl- und Krönungsdiarium Caroli VII. Wahlkapit.
[41]) ebd.

an den Mainzer richtete, um ihn an die Beförderung ihrer Urkunden zur Diktatur zu erinnern[42]). Ob die Protestationen hierzu zugelassen würden, bezweifelte der Erzkanzler. Schon vor dem Eingang des Schreibens hatte er Abänderungen des Inhalts der Schriften bei der Wiener Regierung fordern lassen. Dadurch erreichte er, daß Maria Theresia zwei besonders scharf verfaßte Urkunden, den „actenmäßigen Unterricht" und ein Promemoria zurückzog[43]). Doch dieser Verzicht genügte dem Mainzer nicht. Nach seiner Meinung bedurfte in den übrigen Schriftstücken Verschiedenes der Abänderung[44]). Aber ehe die Wiener Regierung sich zu diesen erneuten Weigerungen äußern konnte, starb Philipp Karl von Eltz. — Damit der künftige Amtsnachfolger auf dem Mainzer Erzstuhl nicht ähnliche Schwierigkeiten wegen der Beförderung der Wiener Urkunden machen möge, gedachte Graf Karl von Cobenzl rechtzeitig vorzusorgen. Diesem österreichischen Gesandten war von Maria Theresia die Aufgabe gestellt worden, in Mainz darauf hinzuwirken, daß die Wahl auf einen dem Erzhaus Wohlgesinnten falle. — Sobald feststand, daß drei der Domherren, darunter auch Ostein, die meiste Aussicht auf Erhebung zur Mainzer Kurwürde hatten, ließ sich Cobenzl von jedem dieser Kandidaten die Zusicherung geben, daß er im Fall seiner Erwählung zum Nachfolger Philipp Karls von Eltz die Diktatur der Wiener Urkunden als erste Regierungshandlung vornehmen werde[45]).

Als aber dann Ostein die Regierung angetreten hatte, erschien es ihm angesichts der schwierigen politischen Lage bedenklich, seine Zusage zu erfüllen. Denn durch diesen Schritt mußte er seine Mittelstellung zwischen den Parteien verlassen. Zur Vorsicht wollte er jedoch in dieser Frage wie auch in der Mediationsangelegenheit die Meinung des Kurfürsten Franz Georg von Trier erbitten[46]). Wenn aber Johann Friedrich Karl glaubte, die langjährige politische Erfahrung seines Oheims[47]) für die Führung seines Erzkanzleramtes nutzbar machen zu können, wurde er enttäuscht. Denn in der Unterredung, die am 31. Mai in Koblenz stattfand, wußte der Kurfürst Franz Georg dem Mainzer Gesandten und Domkapitular von Franckenstein nur den Rat für seinen Herrn mitzugeben, in der Mediation abzuwarten, „was der Allmächtige Hierinnfalls ferneres verhängen". Der Trierer sah für die verworrenen Reichsverhältnisse vorerst keine Lösungsmöglichkeit. Auf die Diktatursache ging er nicht

[42]) MRTA. 506, fol. 349, 363. Diktatur, d. h. der Inhalt der Schreiben wurde vom Kurmainzer Sekretär den Schreibern der Reichstagsgesandten in die Feder diktiert.
[43]) MRTA. 503, fol. 49, Eltz an Otten, Mainz, 12. März 1743.
[44]) ebd.
[45]) Michels, a.a.O. 50.
[46]) G. u. K. 8, fol. 205.
[47]) Kneschke, a.a.O.

weiter ein, er wies nur auf die Auskunft hin, die er zwei Wochen vorher durch seinen Reichstagsgesandten dem Mainzer Reichsdirektorialen von Otten gegeben hatte[48]). Aber diese war sehr unklar in ihrer Fassung gewesen und hatte alle möglichen Deutungen zugelassen[49]). Daß sich Franz Georg erneut darauf bezog, bewies, wie wenig er geneigt war, eine bestimmte Stellung zu Reichssachen zu nehmen, die im Zusammenhang mit dem österreichischen Erbfolgekrieg standen. Im Herzen habsburgisch gesinnt, suchte er nach außen hin jeden Anschein einer Parteinahme zu vermeiden[50]).

Somit konnte Ostein künftig nicht damit rechnen, von seinem Oheim politische Richtlinien zu erhalten. Aber nicht nur diese Erkenntnis brachte dem Erzkanzler der Gesandtschaftsbericht Franckensteins. Er vermittelte ihm daneben auch die Kunde, daß die österreichische Regierung, nachdem ihre vorsichtigen Anspielungen ohne Erfolg geblieben waren, auf andere Weise Johann Friedrich Karl vor den Wagen ihrer Politik zu spannen gedachte. Um ihr Vorhaben zu erreichen, hatte sie den Umweg über den Kölner Hof genommen.

Dort war am 20. Mai Franckenstein vor seiner Aussprache mit dem Kurfürsten von Trier erschienen, um im Auftrag seines Herrn dem Kurfürsten und Erzbischof Clemens August von Köln ein kostbares Schmuckstück zu überreichen, durch das Ostein die mit dem Kölner im Jahre 1729 geschlossene Verbrüderung in Erinnerung bringen wollte[51]). Der tiefere Grund, die Fäden einer früheren Beziehung wieder anzuknüpfen, lag für den Mainzer nicht etwa in der Absicht, Clemens August in den Kreis des engeren Einvernehmens zu ziehen, das er mit den geistlichen Fürsten von Speyer, Würzburg und Trier vereinbart hatte. Bei der politisch so schwankenden Gesinnung des Kölners rechnete er vorerst keineswegs auf ein zuverlässiges diplomatisches Zusammenspiel mit ihm. Aber er hoffte, durch die lose Verbindung mit dem Bruder des regierenden Kaisers, der den Erzstuhl am Niederrhein innehatte, sich selbst ein besseres Vertrauen bei der Partei Karls VII. zu erwerben.

Der Empfang[52]), den Clemens August dem Mainzer Gesandten zuteil werden ließ, war überaus freundlich. Acht Tage lang war Franckenstein der Gast des Kurfürsten am prunkvollen Hof zu Brühl. Er nutzte diese Zeit aus, um sich nach Osteins Anweisung einen Aufschluß über die gegenwärtige politische Haltung des Kölners zu verschaffen. Unschwer erfuhr er, daß sich dieser Wittelsbacher von der französischen Partei abwende, und hingegen die habsburgische Partei

[48]) G. u. K. 8, 211, Relation.
[49]) MRTA. 504, fol. 203.
[50]) K. 125 b.
[51]) G. u. K. 8, fol. 295—298.
[52]) G. u. K. 8, fol. 263—290, Relation.

bemüht sei, ihm die letzte Unsicherheit zu nehmen, um ihn in ihr Schlepptau zu bringen. Der in österreichischem Solde stehende Kurkölner Geheimrat Steffné[53]) gab bereitwillig diese Auskunft, nutzte aber zugleich die Gelegenheit, um dem Mainzer Gesandten gegenüber zu äußern, „daß er gäntzlich glauben thätte, daß in den Publicis und dermahlige Reichsangelegenheiten sehr viel gutes bewürcket werden dörffte, sofern zwischen Sr. Churfstl. Gndn. von Mayntz und Sr. Churfstl. Durchl. ein entrevue bewerckstelliget werden könnte . . ." Ebenso eifrig wie Steffné setzten sich auch der auf österreichischer Seite stehende Kurkölner General von der Wenge[54]) und der Obrist-Hofmeister von Hohenzollern für ein Zusammentreffen der beiden Kurfürsten ein, das den Zweck haben sollte, dem Kölner die „französche Prinzipia" zu verleiden.[55]) Demnach hatten die drei Mitglieder des Kölner Hofstaates vor, Ostein als Werkzeug der österreichischen Bestrebungen zu gebrauchen. Sie waren überzeugt, daß er hierzu die notwendige habsburgische Gesinnung mitbringe und glaubten, die Zeit sei gekommen, den Erzkanzler, der nach allen Seiten seine Neutralität verkündet hatte,[56]) aus seiner Zurückhaltung herauszulocken, um ihn für ihre Politik arbeiten zu lassen.

Ostein war jedoch zunächst an einem Zusammentreffen nichts gelegen. So sehr der Vorschlag zu einer persönlichen Fühlungnahme mit Clemens August seinen eigenen Wünschen entgegenkommen mußte, er ging nicht darauf ein, weil er mit Rücksicht auf seine Neutralität nicht gesonnen war, sich für die Ziele der Habsburgerin einzusetzen. Bei solcher Einstellung Johann Friedrich Karls fand auch die Wiener Regierung mit ihrer Bitte, die Diktatur der Protestationen zu beschleunigen, kein Gehör. Der Erzkanzler gab dem am Mainzer Hof weilenden österreichischen Gesandten Karl von Cobenzl zu verstehen, daß bei derartiger Fassung der Schriften die Mehrheit der Kurstimmen für eine Diktatur wohl nicht zu gewinnen sei. Er ließ Maria Theresia ersuchen, sich mit einer Aufnahme der Protestationen in die „Acta Imperii bey dem Reichsdirectorio" zu begnügen und die Angelegenheit am Reichstag nicht weiter zu betreiben.[57])

Unterdessen stand die pragmatische Armee noch immer im Mainzer Herrschaftsbereich, obgleich ihr Ostein ab 15. Mai nur den Durchzug gewährt hatte.[58]) Sie begann gegen Ende des Monats Schanzen zu errichten, zu denen der Kurfürst die Baumaterialien liefern mußte.[59]) In dem Maße, in dem sich für den Kurstaat die Lasten

[53]) Braubach, a.a.O. 111, 24 über Steffné.
[54]) Braubach, a.a.O. 111, 21 über Wenge.
[55]) G. u. K. 8, fol. 263—290.
[56]) G. u. K. 8.
[57]) K. 125 b, fol. 2.
[58]) vgl. S. 11.
[59]) K. 84, fol. 214.

durch das lange Verweilen der Österreicher erhöhten, nahm auch der Druck zu, den die Franzosen, die nunmehr bis Worms vorgerückt waren[60]), auf das Erzstift ausübten. Mit Mühe nur konnte Johann Friedrich Karl bei Noailles die Zusicherung einer unbehinderten Lebensmittelversorgung seiner Hauptstadt erreichen[61]). Dafür ließ aber der französische Befehlshaber nicht nur sein Heereslager in Mainzischen Landen aufschlagen, sondern auch den Unterhalt seiner Truppen von den Bewohnern dieses Gebietes aufbringen.[62]) Einspruch gegen diese Übergriffe der Österreicher und Franzosen zu erheben, wagte Ostein aus Furcht vor Vergeltungsmaßnahmen nicht. Endlich kam für den Umkreis von Mainz eine Entlastung, als sich Anfang Juni die pragmatische Armee mainaufwärts entfernte.[63])

Um über die Truppenbewegungen der Franzosen fortlaufend unterrichtet zu sein, hatte Johann Friedrich Karl zwei seiner Beamten, den Kammerrat Merget und den Geheimrat von Reigersberg, in der Nähe des französischen Hauptquartiers Aufenthalt nehmen lassen. Auf diese Weise erfuhr er am 11. Juni, daß auch die Armee von Noailles, die nach ihrem Rheinübergang kurze Zeit an der Bergstraße verweilte, vorübergehend das Mainzische Land geräumt hatte.[64]) Zugleich mit dieser Botschaft kam dem Kurfürsten von Reigersberg noch eine andere zu: ein Unterintendant[65]) aus Straßburg, Hatzel, der im französischen Hauptquartier weilte, hatte vom Marschall die Anweisung erhalten, sich mit einem Schreiben zu Ostein zu begeben, um den französischen Heerführer „wegen der in der Bergstraß beschehener nothwendiger fouragir- und abmähung derer früchten zu entschuldigen, wie auch eine indemnisation deswegen anzubiethen."

Der Besuch Hatzels bei dem Mainzer Landesherren, der spätestens bis zum 15. Juni stattgefunden haben muß[66]), brachte, soweit festzustellen ist, keine Verhandlungen über eine „indemnisation". Dafür kamen Dinge zur Sprache, die künftig einiges Aufsehen im Kreis der europäischen Mächte erregen sollten. Der Unterintendant, so ist aus einem späteren Bericht Osteins zu erfahren,[67]) ersuchte den Kurfürsten von Mainz, eine geheime Friedensvermittlung zwischen den Kriegsparteien zu übernehmen. In wessen Auftrag Hatzel sprach, ist nicht bestimmt zu ersehen, ebensowenig ist festzustellen, ob er besondere

[60]) G. u. K. 8, fol. 329—338. — Adelung, a.a.O. 3, 2. 145.
[61]) MRTA. 504, fol. 463.
[62]) ebd.
[63]) Adelung, a.a.O. 3, 2. 155 f.
[64]) K. 84, fol. 202, 203, 11. Juni 1743.
[65]) Seine Aufgabe war anscheinend, für die Verpflegung des französischen Heeres Sorge zu tragen. Er verhandelte mit den Bewohnern des jeweiligen Landes über die Lieferung der „Fourage". K. 84.
[66]) MRTA. 504, fol. 625, 16. Juni 1743.
[67]) K. 84, fol. 177 f. Ostein an Reigersberg, 9. Juli 1743, Mainz.

Richtlinien für eine solche Vermittlung vorbrachte. Jedenfalls antwortete Johann Friedrich Karl auf das Ansinnen mit folgenden Worten: „ob wir zwar nichts höher wünschen können, als zu dem lieben Ruhestand des Vatterland viel ergiebiges Bey Tragen zu mögen, unsere kräften und situation je dann noch allzusehr übersteige, in eine sach von solchem gewicht vor unsz hineinzugehen woran solche große Mächten also aus nehmenden Theil genohmen, noch unsz von dem in die mediation auf selbst aigenes deren seithige veranlassen eingetrettenen gesambten reich dergestalten abzutrennen, oder etwas in der geheime mit ausschließung deren interessirten potenzien, als denen von allem vorgang die getreuliche eröffnung jedesmahlen zu thun seyn würde zu beginnen." . . . Ostein lehnte es also mit besonderem Hinweis auf die Mediationsverhandlungen des Reichstags ab, allein und geheim einen Frieden zu vermitteln.

Um so überraschender erscheint es, daß am 15. Juni Noailles an Ludwig XV. Geheimbriefe übermitteln ließ, über deren Inhalt er seinem König mitteilte: „ce qui s'y trouve le plus essentiel est le rapport de quelques ouvertures qui m'ont été faites de la part de l'Electeur de Mayence, pour entamer une négociation."[68]) Aus diesen Zeilen scheint hervorzugehen, daß Hatzel in seinem Bericht an den Marschall die Initiative in der Friedensfrage dem Mainzer zugeschoben und dessen Absage unterschlagen hatte. Wie noch zu zeigen sein wird[69]), erhält diese Annahme eine Stütze durch eine von Noailles im Juli verfaßte Denkschrift. — Oder gab der Marschall wissentlich eine falsche Darstellung des tatsächlichen Vorgangs? Ludwig XV. war nicht abgeneigt, den Kurfürsten von Mainz als Friedensvermittler zu benutzen. Das beweisen die wenigen Worte, die er am 19. Juni in dieser Angelegenheit an Noailles schrieb: „Ce peut être effectivement une bonne porte que l'Electeur de Mayence pour faire la paix."[70]) So stand zu erwarten, daß die Verhandlungen mit dem Erzkanzler weitergehen würden. Aber das war vorläufig nicht der Fall. Denn die Aufmerksamkeit der Franzosen war augenblicklich den großen Bewegungen ihrer Gegner zugewendet.

Den Plänen Noailles' zuvorkommend, war dem englischen Befehlshaber Lord Stair am 17. Juni die Besetzung des Kurmainzischen Aschaffenburg gelungen.[71]) Diese Überrumpelung seiner Residenzstadt am Main[72]) war durchaus nicht im Sinne Osteins. Er war vielmehr aufs tiefste empört über den Handstreich des Engländers und über den großen Schaden, den dessen Soldaten im oberen Erzstift an-

[68]) Corr. de Louis XV 1, 104 f.
[69]) vgl. S. 23.
[70]) Corr. de Louis XV 1, 106.
[71]) K. 84, fol. 332. — MRTA. 504, fol. 752. — Adelung, a.a.O. 3, 2. 156.
[72]) MRTA. 504, fol. 846.

richteten.[73]) Die Forderung auf Ersatz, die Johann Friedrich Karl erheben ließ, brachte ihm zwar vom britischen König eine höfliche Entschuldigung, jedoch kein Geld ein.[74]) So erwog der Kurfürst, seine Klage nunmehr an den Reichstag zu bringen. Er wollte sich dabei der Unterstützung der drei Schönborns bedienen, darum richtete er[75]) an sie die Bitte, ihre Reichstagsgesandten anzuweisen, gemeinsame Beratung mit dem Kurmainzer Reichsdirektorialen von Otten zu halten über die Mittel und Wege, wie den kriegerischen Übergriffen zu begegnen sei. Die drei Oheime Osteins lehnten das Gesuch ihres Neffen zwar nicht ab, aber sie mahnten zur Vorsicht, äußerten Bedenken und machten Vorbehalte.[76]) Der Würzburger bekannte, da seine Lande wenig gelitten, habe er keinen Grund zur Klage; darum zog er auch den Befehl, der seinen Gesandten zum Einvernehmen mit Otten anwies, schon bald wieder zurück.[77]) Der Trierer und der Speyerer zögerten mit ihrer Antwort so lange,[78]) daß der Mainzer kurz entschlossen von seinem Gesandten allein beim Reichstag Beschwerde einlegen ließ.[79]) Aber die Großmächte verhielten sich seinen Klagen gegenüber nur „in einem tiffen stillschweigen"[80]). — So fiel die erste Probe für das Einvernehmen unter den vier geistlichen Fürsten aus. Die drei Schönborns mögen sich von einer Eingabe am Reichstag von vornherein keinen Erfolg versprochen haben. Daneben trat in ihrem Verhalten aber auch der Sondergeist, das alte deutsche Erbübel, zutage und nicht zuletzt die Sorge, „das mann auf die alte spring einer Neutralitätsarmee verfalle", wenn vor der Reichsversammlung gar zu dringlich die Minderung der Kriegslasten gefordert werde. Die Furcht vor dem Eingreifen des Preußenkönigs wog demnach immer noch schwerer als alles Unheil, das die pragmatische und französische Armee über ihr Herrschaftsgebiet brachte.

Unterdessen war des Kaisers Glücksstern unaufhaltsam im Sinken begriffen. Der Wittelsbacher hatte seine Stammlande aufs neue den Österreichern preisgeben müssen, ohne von den französischen Bundesgenossen Hilfe zu erhalten. Während er für seine bayrischen Truppen ein Neutralitätsabkommen mit den Gegnern schloß, traf Noailles' Entsatzheer ein schweres Mißgeschick. In der Schlacht bei Dettingen, einem Kurmainzer Dorf am Main unterhalb Aschaffenburgs, wurden am 27. Juli die Franzosen von der pragmatischen Armee, die der

[73]) MRTA. 504, fol. 760.
[74]) ebd. fol. 756.
[75]) ebd. fol. 764, 765.
[76]) MRTA. 504, fol. 766. — MRTA. 505, fol. 153.
[77]) MRTA. 505, fol. 135, 606.
[78]) ebd. fol. 161, 5. Juli; 153, 6. Juli.
[79]) MRTA. 504, fol. 854, 28. Juni, Weisung an Otten.
[80]) ebd. fol. 824.

britische König Georg II. persönlich führte, in die Flucht geschlagen.[81]) Die Sieger benutzten nicht etwa ihren Vorteil, um die Verfolgung der französischen Truppen aufzunehmen, sondern sie zogen mainabwärts der Stadt Hanau zu. Der Marschall dagegen hielt mit seinen Soldaten nunmehr Aschaffenburg besetzt.

Die Niederlage hatte im Heer des allerchristlichsten Königs eine große Kriegsmüdigkeit ausgelöst. Das konnte vor allem Reigersberg feststellen, als er wegen der sich häufenden Klagen über die französischen Ausschreitungen bei Noailles vorstellig wurde. Dazu erging sich Hatzel im Gespräch mit den beiden Mainzer Beamten in geheimnisvollen Andeutungen: „das wir vieleicht bald etwas neues hören würden, so den Abzug beyder Armeen betreffen thete . . . es solte alles guth werden."[82]) Was der Unterintendant damit sagen wollte, zeigte sich schon bald. Am 8. Juli erschien er beim Kurfürsten in Mainz und legte diesem ein Memoire vor, das ihm vom Marschall als Anweisung zu einer Verhandlung aufgesetzt worden war. Aufs neue brachte Hatzel das Gesuch vor, Ostein möge für Frankreich bei der Wiener Regierung einen Frieden vermitteln. Erklärte sich die Königin Maria Theresia zu Friedensverhandlungen bereit, so wollte Frankreich

1. die Wahl des Großherzogs Franz Stephan zum römischen König befördern,
2. der Königin Waffenhilfe leisten, damit sie Schlesien zurückerobern könne, und
3. unter Beihilfe des Kaisers den Engländern einen günstigen Frieden mit Spanien verschaffen.

Aber auch dieses Mal gab Ostein auf den Antrag eine ablehnende Antwort.[83]) Er bezeichnete die Friedenssätze überdies nicht als „communicabel . . . wofür . . . besonders jene in betreff des Königs von Preußen wegen Schlesien zu halten, wir der vernünfftigen Einsicht mithin der Möglichkeit selbsten überlassen, ob zu der gleichen Communication, es seye hingemeinet wohin es wolle, wir jemahlen den schein eines gedancken hegen können."[84]) Hatzel mußte sich unverrichteter Sache zum französischen Hauptquartier zurückbegeben. Der Kurfürst behielt jedoch das von Noailles verfaßte Memoire zurück, um es erst nach eingehender Prüfung am folgenden Tage an Reigersberg zu senden mit der Weisung, es an den Unterintendanten zurückzu-

[81]) Adelung, a.a.O. 3, 2. 158.
[82]) MRTA. 505, fol. 125, Reigersberg an Benzel, 5. Juli 1743, Steinheim.
[83]) K. 84, fol. 177, Ostein an Reigersberg, 9. Juli 1743, Mainz. Memoire und Inhaltsangabe der 3 Sätze fehlen. Daß aber diese Sätze inhaltlich völlig denen gleich waren, die später in Berlin (und Wien) bekannt wurden, bestätigt MRTA. 506, fol. 109.
[84]) K. 84, fol. 260, Ostein an Reigersberg, 24. Juli 1743, Mainz.

geben. Dabei sollte der Mainzer Beamte ausdrücklich bemerken, daß der Verfasser des Schriftstückes einem groben Mißverständnis erlegen sei. Das Memoire stellte die erste Verhandlung zwischen Hatzel und Ostein so dar, als habe Johann Friedrich Karl den Antrag zur Friedensvermittlung gestellt. Gegen diese Verfälschung der wahren Begebenheit sollte Reigersberg strengste Verwahrung einlegen. „. . . da doch ihm von Hatzel am Besten Bekandt seye, daß seiner seiths der Antrag geschehen . . . sodaß wir die anderst Gestalte der sachen fassung in dem Memoire nicht anderst als für einen gäntzlichen Mißverstand des Verfasser anseheten . . ."[85])

Reigersberg fand sich, wie er selbst berichtete, Mitte Juli in dem nunmehr wieder bei Worms liegenden Hauptquartier der französischen Armee ein. Als er Hatzel daselbst den Bescheid seines kurfürstlichen Herrn ausrichtete und ihm das Memoire zurückgab, tat der Unterintendant sehr überrascht. Er bestritt zwar keineswegs, daß er den Antrag auf Friedensvermittlung gestellt habe. Aber er behauptete, Ostein habe in der Verhandlung am 18. Juli nur deshalb abgelehnt, „weilen die sach ohnmöglich geheim zu halten wäre." Hatzel hatte angeblich inzwischen schon die Zustimmung des Marschalls erwirkt, „daß besagte Communication nunmehro gantz offentlich geschehen könte umb dadurch alles zu einem baldigen Friedenskongreß einzuleithen." Da der Erzkanzler den Inhalt der drei Friedenssätze aber so sehr beanstandet hatte, fragte Hatzel den Freiherrn von Reigersberg: „ob dan Ew. Chrfürstl. Gndn. auch anstehen würden, dem Wienerischen Hoff wenigstens das bekant zu machen, das man ab seithen der Crone Franckreich verschiedene Friedenspropositiones zu thun sich angebotten habe . . ." Sollte sich aber, so beschloß Hatzel seinen neuen Antrag, Ostein weigern, selbst „einen so innocenten Vorschlag zu thun", so müsse der König von Frankreich annehmen, der Mainzer Kurfürst habe sich niemals zu einem „also heylsamen Werck" gebrauchen lassen wollen.[86])

Johann Friedrich Karl, dem dieser neue Vorschlag mitgeteilt wurde, wies auch diese angeblich unverfänglichere Form der Friedensvermittlung zurück. Nochmals begründete er seine Ablehnung in einem Brief an Reigersberg vom 24. Juli: „. . . da wir wegen deren dabey proponirten drey Conditionen bevorab wegen Schlesien unserem letzteren rescript inhaeriren und selbe für nicht communicabel unseres orths halten müssen."[87]) Aber der Kurfürst hatte dennoch das Verlangen, diese Gelegenheit, einen Frieden anzubahnen, nicht ganz ungenützt vorübergehen zu lassen.

---

[85]) K. 84, fol. 177, Ostein an Reigersberg, 9. Juli 1743, Mainz.
[86]) K. 84, fol. 262. Reigersberg an Ostein, 23. Juli 1743, Worms.
[87]) K. 84, fol. 260

Denn die Mediationsverhandlungen am Reichstag waren ins Stocken geraten. Zwar wurde am 17. Mai ein Reichsgutachten zustande gebracht, in dem sich das Reich vorbehaltlich seiner Neutralität zur Übernahme der Vermittlung bereit erklärte, doch sollten die Seemächte zu diesem Einigungswerk herangezogen werden. Eine entsprechende Aufforderung war auch am 8. Juli an England und Holland ergangen. Aber sie blieb unbeantwortet.[88]) Seitdem die pragmatische Mächtegruppe den Waffenerfolg auf ihrer Seite hatte, war mit einem Fortgang der Friedensvermittlung auf dem Reichstag nicht mehr zu rechnen.

Diese Lage und der Wunsch, zum Zustandekommen des Friedens, soviel in seinen Kräften stand, mitzuwirken, veranlaßte Ostein, durch Reigersberg dem Unterintendanten Hatzel mitteilen zu lassen, er wolle doch noch eine Friedensvermittlung übernehmen. Jedoch forderte er, daß ihm hierfür seitens der französischen Regierung ein förmlicher schriftlicher Auftrag mit Bedingungen zugehe, die „communicabel" seien.[89])

Aber der Kurfürst wartete vergeblich auf eine französische Antwort. Die Armee Noailles' blieb auch nicht länger in der Wormser Gegend, sondern zog Ende Juli rheinaufwärts, das Kurmainzer Gebiet hinter sich lassend, um gegen das Übergewicht ihrer österreichischen und englischen Gegner die eigenen Landesgrenzen zu schützen.[90]) Ostein aber, der den Hatzelschen Anträgen eine politische Bedeutung beimaß, sandte am 26. Juli die wörtlichen Abschriften seines Briefwechsels mit Reigersberg, soweit sie die französischen „Ansinnungen" betrafen, an seinen in Frankfurt weilenden Minister Philipp Christoph von Ehrthal. Dieser sollte sie „sub fide secreti" dem in Hanau weilenden König von Großbritannien mitteilen, daneben aber auch dem englischen Staatssekretär Lord Carteret und dem österreichischen Gesandten Grafen von Cobenzl darüber berichten.[91]) In Hanau gingen um diese Zeit Verhandlungen ihrem Ende zu, die zwischen dem Prinzen Wilhelm von Hessen-Kassel und Lord Carteret seit Juni geführt wurden. Sie hatten einen Ausgleich zwischen Maria Theresia und Karl VII. zum Ziel, scheiterten aber an den hohen Forderungen, von deren Erfüllung die siegreiche Habsburgerin ihre Friedensbereitschaft abhängig machen wollte.[92])

Nun erhielten die Diplomaten Englands und des Donaustaates in Hanau die überraschende Kunde von dem Hatzelschen Friedensangebot. Lord Carteret ließ es entgegen des Mainzers Bitte um Ge-

[88]) Pr. St. 1, 372. — vgl. S. 15. — MRTA. 504, fol. 834 u. 836.
[89]) K. 84, fol. 260.
[90]) Adelung, a.a.O. 3, 2. 178.
[91]) K. 84, fol. 404.
[92]) Lodge, a.a.O. 38, 384 ff.

heimhaltung dem Preußenkönig bekannt machen, angeblich im Einverständnis mit den Österreichern, vor allem dem Prinzen Karl von Lothringen und dem Grafen Khevenhüller, die durch den englischen Monarchen von den französischen „Propositionen" erfahren hatten. Nach dem Bericht des preußischen Staatsministers von Podewils wollte Carteret durch dieses Verhalten Friedrich II. einen Beweis von der aufrichtigen Gesinnung der österreichischen und englischen Regierungen geben: „pour Lui donner la marque la plus évidente de la droiture de la reine de Hongrie et du roi d'Angleterre, et qu'on sentait bien que c'était une ruse de la France . . ."[93]) Zugleich hoffte der englische Minister, der ein Franzosenhasser war, mit seiner Mitteilung einen Keil zwischen Frankreich und Preußen zu treiben.

Friedrich II. hielt aber zunächst die ganze Angelegenheit für unglaubwürdig.[94]) Um jedoch sicher zu gehen, wollte er bei dem Kurerzkanzler selbst Erkundigungen einziehen über den wahren Sachverhalt. Einer königlichen Anweisung vom 10. August entsprechend[95]) erschien der preußische Minister Klinggraeffen unter einem Vorwand am Mainzer Hof. Hier erhielt er jedoch keinen Aufschluß, deshalb fragte der preußische Reichstagsgesandte von Pollmann den Mainzer Reichsdirektorialen von Otten Ende desselben Monats in Frankfurt am Main, ob denn Frankreich tatsächlich die drei Friedenssätze vorgeschlagen habe. Jedoch Otten antwortete nur, er sei hierüber nicht unterrichtet.[96])

Ostein wurde seitdem nicht mehr mit der Hatzelschen Sache behelligt. Dafür hielt die Unruhe, die die Nachricht von den französischen Anträgen auf kaiserlicher und preußischer Seite hervorgerufen hatte, noch einige Zeit an. Karl VII., auf den ja nach dem Inhalt des dritten Friedenssatzes der Schein des Einverständnisses mit jenem Plan fiel, erhob beim allerchristlichsten König deswegen Beschwerde. Dieser aber bestritt die Tatsache der Angebote, die er als „invention de la cour de Londres" bezeichnete.[97]) Ludwig XV. suchte auch Friedrich von Preußen das Mißtrauen zu nehmen,[98]) das dieser allmählich in die Absichten der französischen Regierung zu setzen begann. Dem preußischen Gesandten in Paris wurden zu diesem Zweck die Anweisung von Noailles für Hatzel und der Verhandlungsbericht des Unterintendanten „originaliter produciret". Darin war der Vorgang so dargestellt, als wäre Hatzel in privater Sache zum Kurfürsten nach Mainz gekommen. Ostein sollte sich angeblich ihm gegenüber

---

[93]) P. K. Fr. G. II, 395 ff.
[94]) ebd.
[95]) P. K. Fr. G. II, 398.
[96]) MRTA. 506, fol. 109.
[97]) R. d. i. VII, 226.
[98]) P. K. Fr. G. II, 435.

bei dieser Gelegenheit erboten haben, eine Verständigung zwischen Frankreich und der Donaumonarchie zu vermitteln. Durch den Marschall de Noailles hiervon unterrichtet, habe sich dann die französische Regierung bereit erklärt, entsprechende Vorschläge entgegenzunehmen.[99]) Von der Glaubwürdigkeit dieser Versicherungen war der Preußenkönig jedoch nicht vollständig zu überzeugen.[100])

Die Frage, von welcher Seite die sogenannten Hatzelschen Friedensanträge ausgingen, ist von der Geschichtsschreibung verschieden beantwortet worden. Nach Ranke ist der Antrieb zu dieser Vermittlung nicht feststellbar.[101]) Arneth dagegen zweifelt nicht daran, daß der Vorschlag zu dem Sonderfrieden von Frankreich kam.[102]) Droysen hat dieselbe Auffassung, er sieht in der Hatzelschen Angelegenheit „nur das letzte Glied einer Kette von Verhandlungen zwischen Paris und Wien . . ."[103]) Koser stützt sich auf den Inhalt des Briefes, den Noailles am 15. Juni an Ludwig XV. richtete[104]) und auf die von französischer Seite nach Berlin gegebenen Erklärungen,[105]) wenn er vermutet, „daß die Verhandlungen nicht von französischer Seite ausgegangen wären".[106])

Die Berichte Osteins und Reigersbergs erhellen nicht völlig das Dunkel, das diese Friedensvermittlung umgibt. Soviel wird jedoch durch sie deutlich: die Anträge gingen von dem Unterintendanten aus. Wenn man berücksichtigt, daß der Brief des Marschalls Noailles vom 15. Juni ebenso wie das von seiner Hand aufgesetzte Memoire vom Juli[107]) den Kurfürsten Johann Friedrich Karl als denjenigen bezeichnete, der eine Vermittlung vorschlug, so könnte daraus geschlossen werden, daß Hatzel ohne ausdrückliche Instruktion im Juni die Friedensfrage in Mainz vorbrachte. Ist er darum der Urheber der drei Sätze? Wäre das der Fall gewesen, so hätte der Unterintendant nach der Absage Osteins am 8. Juli[108]) die Sache nicht weiter betrieben, schon damit nicht seine eigenmächtige Handlungsweise bei der französischen Regierung bekannt werde. Aber statt dessen versuchte Hatzel nochmals den Erzkanzler zu bewegen, eine nunmehr öffentliche Vermittlung zu übernehmen. — Schließlich brachte der Unterintendant, ohne an Ostein eine weitere Aufforderung zu richten, Ende Juli die nämlichen Friedensvorschläge schriftlich in Wien vor.[109])

[99]) Pr. St. 1, 404 ff. — Droysen, a.a.O. 5, 2. 99, Anm. 3.
[100]) Pr. St. 1, 405.
[101]) Ranke, a.a.O. III. 95.
[102]) Arneth, a.a.O. 2, 288.
[103]) Droysen, a.a.O. 5, 2. 99.
[104]) Pr. St. 1, 404.
[105]) ebd.
[106]) Pr. St. 1, 404.
[107]) vgl. S. 22.
[108]) vgl. S. 22.
[109]) Arneth, a.a.O. 2, 288.

Dieses Verhalten Hatzels legt die Vermutung nahe, daß der Intendant im Auftrag einer hochgestellten Persönlichkeit handelte. Dabei wäre an Ludwig XV. zu denken, denn der König sehnte einen baldigen Frieden herbei.[110]) Aber auch die Möglichkeit, daß Noailles eigenmächtig die drei Sätze verfaßte, ist nicht von der Hand zu weisen. Am 11. Juli schrieb er seinem König über die Notwendigkeit,[111]) „à chercher quelque moyen de parvenir à terminer une guerre dans laquelle il n'y a eu que des malheurs". Hatte er die Absicht, Ludwig XV. vorzubereiten, daß er, der Marschall, das „Mittel" in Form des Friedensvorschlages schon in Bereitschaft habe? Wollte er sich für dieses die Genehmigung der Pariser Regierung verschaffen, ehe sich Hatzel damit an die Hofburg wandte?

Die Franzosen haben wohl nicht beabsichtigt, sich an die von ihnen aufgestellten Friedensbedingungen auch zu halten. Sie wünschten wahrscheinlich mit großen Versprechungen die siegreichen Mächte Österreich und England zu Friedensverhandlungen geneigt zu machen. Ihre Vorschläge verfingen auch zunächst bei Khevenhüller und Prinz Karl. Doch schließlich gab das Mißtrauen gegen die französischen Minister den Ausschlag, und beide Heerführer Maria Theresias hielten es für geraten, auf das Hatzelsche Angebot nicht einzugehen.[112])

Daß die Franzosen gerade den Kurfürsten von Mainz um eine Friedensvermittlung angingen, geschah aus besonderer Berechnung. Noailles und Hatzel glaubten über ein Mittel zu verfügen, das Johann Friedrich Karl zum willigen Werkzeug des französischen Planes machen könnte: das war die hohe Geldsumme, die das Heer Ludwigs XV. dem Beherrscher des Mainzer Kurstaates für die vielen Fourage-Lieferungen schuldete. Der Unterintendant hatte dem Kammerrat Merget gegenüber offen ausgesprochen, man wolle eine Bezahlung von der Bedingung abhängig machen, daß sich Ostein zu jener vorgeschlagenen Friedensvermittlung bereit fände.[113]) Aber der Erzkanzler wies die drei Sätze Hatzels zurück. Über den Wunsch, seinen Untertanen möglichst schnell den Ersatz des durch die Franzosen erlittenen Schadens zu verschaffen, siegten bei ihm somit die Vorsicht und vielleicht auch die Furcht, etwa in eine von der Pariser Regierung gestellte Falle zu gehen.

Als Hatzel zum zweiten Male in Mainz seinen Antrag stellte, wurde in der Politik Johann Friedrich Karls, vielleicht durch die Friedensfrage ausgelöst, das erste Zeichen einer beginnenden Veränderung wahrnehmbar. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Worte volle

---

[110]) Corr. de Louis XV 1, 167.

[111]) ebd., 1, 161.

[112]) Ranke, a.a.O. III. 95. — Gegen welche Minister sich dieses Mißtrauen der Österreicher richtete, ist hier nicht angegeben.

[113]) K. 84, fol. 262.

Geltung, mit denen der Mainzer Domprediger Haaber in seiner Trauerrede auf Ostein im Jahre 1763 die Haltung dieses Landesherren umriß: „Unser Churfürst trate mit groser Vorsichtigkeit in die löbl. Fußstapffen Ihres glorreichen Vorfahrers und wolte mit gleichgültigem Betrag sich aus dem Spiel halten . . . sie wollten also keinen Theil beleidigen und zwischen Beyden sich in der Mitte halten."[114]) Mit dieser Mittelstellung hatte Ostein geglaubt, seinen Untertanen den besten Schutz in den Kriegsstürmen zu verschaffen. Zweieinhalb Monate der Regierung genügten, ihn eines anderen zu belehren. Seine Versuche, die Armeen beider Kriegsparteien zur Achtung der Mainzer Neutralität zu verpflichten, waren ebenso kläglich gescheitert wie das diplomatische Einvernehmen mit den drei Schönborns, das seinen Beschwerden vor dem Reichstag mehr Gewicht geben sollte. Die Hatzelschen Vorschläge zu einem Sonderfrieden waren nicht geeignet, den Mainzer in der Hoffnung auf ein baldiges Ende des Krieges zu bestärken. So beschloß der Kurfürst, seine bisherige Zurückhaltung aufzugeben und bei der österreichisch-englischen Mächtegruppe Anschluß zu suchen. Bei der trostlosen Lage, in der sich der Kaiser seit den militärischen Mißerfolgen seiner französischen Bundesgenossen befand, war es begreiflich, daß Ostein sich nicht auf dessen Seite schlug, da er nur von den Siegern einen starken Rückhalt für seine Lande erwarten konnte. Vom 7. Juli liegt der erste schriftliche Beweis vor[115]), daß sich in seiner politischen Haltung der Wandel zu vollziehen begann, den die Habsburgerin schon mit Ungeduld herbeigewünscht hatte.

III.

Wendung zu England und Österreich.

Da sich im Frühjahr 1743 die Lage im Reich für Karl VII. immer unglücklicher gestaltet hatte, waren die Kaiserlichen bemüht, Stimmung für einen dem Reichsoberhaupt günstigen Frieden zu machen. Das bewies eine aus ihren Reihen kommende anonyme Flugschrift mit dem Titel: „Abdruck Schreibens eines fränckischen vom Adel an Ihro Churf. Gnaden zu Mayntz den gegenwärtigen Zustand des römischen Reiches betreffend."[1]) Darin wurde Ostein ersucht, er möge sich für den Abzug der Engländer und Franzosen aus Deutschland verwenden. Seiner Aufforderung an diese beiden Mächte, den deutschen Boden zu räumen, sollte er dadurch den nötigen Nachdruck geben, daß er

[114]) G. u. K. 10 a, Lob- und Trauerrede usw.
[115]) K. 84, fol. 388, Ostein an Ehrthal, Mainz, 7. Juli 1743.
[1]) FRTA. 169. Nr. 22.

für den Fall ihrer Weigerung den Engländern den Zusammenschluß von Deutschland und dem Bourbonenstaat in Aussicht stellte, dagegen den Franzosen das erneute Eingreifen der Engländer androhte. — Dem „fränckischen vom Adel" fehlte der Blick für das Mögliche. Er überschätzte den Einfluß eines Erzkanzlers auf den Gang der großen Politik. Darum allein schon mußte der Flugschrift jegliche Wirkung versagt bleiben. Daneben beweist dieses Schreiben aber auch, daß Johann Friedrich Karls neutrale Haltung den Kaiserlichen den anfänglichen Argwohn genommen und statt dessen die Hoffnung erweckt hatte, der Kurfürst von Mainz werde zu Gunsten Karls VII. dem Reich zur ersehnten Ruhe verhelfen. Ostein aber schlug schon vier Wochen nach dem Erscheinen dieses Schreibens in seiner Politik einen Kurs ein, der dem bayrischen Wittelsbacher alles andere als erwünscht sein konnte.

Am 7. Juli erhielt der in Frankfurt am Main weilende Kurmainzer Minister Philipp Christoph von Ehrthal von seinem kurfürstlichen Herrn den schriftlichen Auftrag, er möge den englischen Diplomaten andeuten, dem Erzkanzler seien Subsidien zum Unterhalt von 5000 Soldaten erwünscht, jedoch „sub lege neutralitatis".[2]) Johann Friedrich Karl gedachte also bei allem Streben nach einer Geldhilfe am Kriege auch fernerhin keinen Teil zu nehmen und Herr seiner Städte und Festungen zu bleiben. Darum wies er auch den General der pragmatischen Armee, Neipperg, ab, als dieser Anfang Juli in Mainz und Bingen einige seiner Truppen unterbringen wollte. Mit dieser Ablehnung hatte Ostein den von der vereinten österreichischen und englischen Heeresmacht geplanten Rheinübergang vom rechten zum linken Ufer keineswegs erleichtert.[3]) Ob aus diesem Grunde das Gesuch Ehrthals ohne Erfolg blieb, ist nicht festzustellen. Der Kurfürst war aber nicht gesonnen, in seiner Politik die ehemalige Mittelstellung zwischen den Parteien wieder einzunehmen, er schritt vielmehr in der eingeschlagenen österreichisch-englischen Richtung weiter fort. Darum vollzog er auch am 23. September 1743 die Diktatur der Protestationsurkunden.

Nachdem das Gesuch um die Diktatur der Wiener Schriften gegen Ende Mai von Ostein zurückgewiesen worden war, hatte Maria Theresia kurz darauf abermals ihr Anliegen bei dem Mainzer vorgebracht[4]), ohne einen besseren Erfolg zu erzielen.[5]) Den Kaiser erfüllten die Anstrengungen, die seine Gegnerin machte, um die Protestationsurkunden zur Diktatur bringen zu lassen, seit geraumer Zeit mit erheblicher Sorge. Er nahm an, das gesamte Kurkollegium

[2]) K. 84, fol. 388.
[3]) ebd. fol. 179. — MRTA. 505, fol. 495, 497, 163. — MRTA. 506, fol. 62.
[4]) Gr. K. 268, fol. 205.
[5]) MRTA. 504, fol. 460.

werde letztlich doch dem Drängen der Österreicherin nachgeben und ihre Schriften diktieren lassen. Aber Karl VII. hoffte den Vollzug der Diktatur dennoch verhindern zu können. Er wollte die Frage der Zulassung der Wiener Urkunden entgegen den Bestimmungen der Wahlkapitulation vor den Fürstenrat bringen. Von diesem erwartete der Wittelsbacher einen ablehnenden Bescheid in der Diktatursache und somit eine Überstimmung des Kurkollegiums. Durch seinen Reichsvizekanzler ließ der Kaiser dem Mainzer Reichsdirektorialen von Otten Anfang Juni das Ansinnen stellen, er möge dem Fürstenkollegium die Wiener Schriften „vorgängig" mitteilen. Doch der erfahrene Mainzer Minister lehnte es ab,[6]) die Fürsten in dieser Angelegenheit heranzuziehen und dadurch die kaiserliche Wahlkapitulation zu durchbrechen, die eindeutig die „vorgängige Communication" der Schriften nur mit dem Kurkollegium vorsah. Ottens Weigerung, sich zu einer Schmälerung der kurfürstlichen Rechte gebrauchen zu lassen, fand den Beifall aller kurfürstlichen Gesandten mit Ausnahme desjenigen von Trier.[7])

Inzwischen hatte Ostein seinen Stellungswandel durch den Subsidienantrag vom 9. Juli eingeleitet. Als ein weiterer Schritt in österreichischer Richtung war seine Aussprache mit Clemens August von Köln anzusehen, die Ende Juli in Schlangenbad stattfand. Ob Johann Friedrich Karl auf Druck der Wiener Regierung oder aus eigenem Antrieb diese Reise unternahm, ist nicht festzustellen. Vom Inhalt der Unterredung zwischen den beiden Erzbischöfen verlautet nur so viel, daß Clemens August dem Mainzer das Versprechen gab, die Neubesetzung des Postens eines Kölnischen Reichstagsgesandten dem Wunsche der Hofburg entsprechend vorzunehmen. Demnach war ihm von Ostein ein solches Ersuchen gestellt worden. Der wetterwendische Kölner Kurfürst erfüllte zwar seine Zusage nicht, sondern übertrug die Gesandtschaft dem auf kaiserlich-französischer Seite stehenden jungen Baron von Karg.[8]) Aber Ostein hatte sich, wenn auch erfolglos, zum ersten Mal in seiner Regierung für das Interesse Österreichs eingesetzt. Nunmehr nahm er sich auch der Diktaturfrage eifriger an. Er ließ durch Otten bei jedem kurfürstlichen Gesandten einzeln die Meinungen erforschen. Dabei ergab sich, daß Kurbraunschweig, wie von vornherein zu erwarten stand, für eine Diktatur der Protestationen war. Auch Trier hatte nichts dagegen einzuwenden.[9]) Sachsen riet, es bei einer Hinterlegung bei den „Acta Imperii" bewenden zu lassen.[10])

---

[6]) K. 84, fol. 196.
[7]) K. 84, fol. 196.
[8]) Braubach, a.a.O. 112, 5, 6, 7.
[9]) K. 84, fol. 45 ff.
[10]) MRTA. 506, fol. 213, 28. August 1743.

Großen Wert legte der Mainzer auf die Meinung des Brandenburgers. — Nun hatte Maria Theresia den Preußenkönig inzwischen ersucht, er möge die Diktatur einer „unschuldigen Verwahrung" nicht verhindern.[11]) Daraufhin sandte Friedrich II. eine Weisung an Pollmann, die dieser dem Kurmainzer Gesandten am 2. September vorlas. Otten vernahm, wie er nach Mainz berichtete,[12]) „daß der König sich derenselben Dictatur nicht opponierten, jedoch mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß Sr. Maj. dadurch weder dem Ihro Kayserl. Maj. als des Reichsoberhaubts Egard noch der Reichsverfassung und der Validität der vorgewesenen Wahl im mindesten zu Nahe getretten wissen wollten." Da Otten den scharfen Inhalt der Protestationen kannte, begriff er wohl sofort, daß diese Bedingung Friedrichs II. einer Ablehnung der in Frage stehenden Diktatur gleichkam. Doch er bediente sich einer List, um der preußischen Erklärung eine den Mainzer Absichten günstigere Deutung zu geben. Er fragte Pollmann, ob diese Erklärung des Königs so zu verstehen sei, daß, im Fall ein „widriger Gebrauch" von der Diktatur gemacht werden sollte, Preußen „durch Zugebung der Diktatur dem Hauptwerck der Wahl und sonst keinen Nachtheil zufügen wolle." — War es Torheit oder Absicht, daß der Brandenburgische Gesandte die Verdrehung des königlichen Vorbehaltes durch Ottens Frage nicht bemerkte? Er entgegnete, „daß Er selbst auch sich einbildete, dieses seines Hofes Intention damit zu seyn." Der Mainzer Gesandte, der mit dieser Antwort Pollmanns sehr zufrieden war, äußerte ihm gegenüber, daß vor der Diktatur eine ordentliche, also wörtliche Mitteilung an das Kurkollegium überflüssig sei. Da sich das Promemoria und der „aktenmäßige Unterricht" nicht mehr unter den Protestationsschriften befänden, erübrige es sich, nach dem § 7 des 13. Artikels der Wahlkapitulation zu verfahren. Trotzdem wünsche der Erzkanzler die Gewißheit zu haben, daß die Mehrzahl der Kurfürsten der Diktatur zustimmten, ehe er diese vollziehen lasse.[13]) Dabei sollten aber zu den Ja-Stimmen auch diejenigen gerechnet werden, die sich nicht ausdrücklich gegen die Diktatur geäußert hatten. Pollmann erhob hiergegen keinen Einspruch,[14]) obgleich nach den vorangegangenen Äußerungen Ottens zu erraten war, zu welcher Seite die Stimme Kurbrandenburgs gezählt werden würde.

Wesentlich anders als der Reichsdirektoriale stellte Pollmann in seinem Bericht vom 3. September an Friedrich II. diese Unterredung vom Vortage dar. Danach hatte der preußische Gesandte Otten um „vorläufige Mitteilung" des Wortlautes der Protestationen gebeten,

[11]) Koser, Friedrich d. Gr. 1, 433.
[12]) MRTA. 506, fol. 247, 6. September 1743.
[13]) MRTA. 506, fol. 247, Otten an Ostein, 6. Sept. 1743, Mainz.
[14]) ebd.

bevor über die Diktaturfrage eine „beständige Abrede" stattfände. Pollmann sprach die Erwartung aus, daß über die Wiener Schriften im Kurkolleg bald beraten werde.[15]) Von der Erörterung des königlichen Vorbehaltes und von der Eröffnung des Reichsdirektorialen, man werde von einer kollegialen Besprechung absehen, erwähnte das Schreiben des Preußen demnach nichts. — Welche der beiden voneinander so verschiedenen Schilderungen die glaubwürdigere ist, läßt sich nicht sicher feststellen. Otten versicherte jedenfalls bis zu seinem Tode immer wieder, sowohl seinem kurfürstlichen Herrn als auch den Reichstagsgesandten gegenüber, die Wahrhaftigkeit seiner schriftlichen Angaben vom 6. September.[16])

Trotz des seltsamen Zählverfahrens, dessen sich Mainz bediente, kam bei den acht Kurfürsten, die die erste Kurie des Reichstages ausmachten, keine Mehrheit für die Diktatur zustande. Deshalb wollte Ostein zu Braunschweig, Trier, Brandenburg und Mainz noch Köln hinzugewinnen.[17]) Hierfür versprach er sich den besten Erfolg von einer persönlichen Aussprache mit dem kurfürstlichen Bruder Karls VII. Dieser kam am 15. September nach Mainz, um Johann Friedrich Karl im Martinsdom zum Erzbischof zu weihen.[18]) Aber Clemens August versagte dem Mainzer seine Zustimmung zur Beförderung der Wiener Verwahrungsurkunden.[19]) Deshalb erwähnte der Erzkanzler von einer Stimmenmehrheit nichts, als er am 22. September[20]) Otten befahl, die Diktatur unverzüglich vorzunehmen. Dafür betonte er, daß durch den Wegfall der zwei Schriften, des Promemorias und des „Unterrichts", eine Pflicht zu voraufgehender Mitteilung an die Kurfürsten nicht mehr bestände. Ostein hatte sorgfältig vermieden, den kaiserlichen Ministern vorher in klarer Form seine Absichten bezüglich der Wiener Urkunden mitteilen zu lassen.[21]) Er wollte dadurch verhüten, daß Karl VII. vor dem Beginn der Diktatur Schritte zu deren Verhinderung oder Verzögerung unternehme. Aus diesem Grund wies er auch Otten an, er möge den Reichstagsgesandten die pflichtmäßige Nachricht von dem aus Mainz empfangenen Befehl erst dann geben, wenn der Kurmainzer Sekretär bereits mit dem Diktat der Schriften begonnen habe.[22])

Am 23. September 1743 wurden die Protestationsurkunden zusammen mit zwei anderen von der Habsburgerin erlassenen

---

[15]) Koser, Friedrich d. Gr. 1, 434.
[16]) MRTA. 506.
[17]) MRTA. 506, fol. 295, 11. Sept. 1743.
[18]) ebd.
[19]) K. 84, fol. 45 ff.
[20]) MRTA. 506, fol. 349.
[21]) MRTA. 506, fol. 295.
[22]) ebd. fol. 349.

Schreiben[23]) zur Diktatur gebracht. Für Maria Theresia war damit ein lange gehegter Wunsch erfüllt. Was sich in der Tochter Karls VI. an Empörung angesammelt hatte über die nach ihrer Ansicht widerrechtliche Erhebung des Wittelsbachers zum Reichsoberhaupt und über den Ausschluß der böhmischen Stimme vom Kurfürstenrat, das hatte sie durch ihre Verwahrungsschriften endlich auf dem Reichstag zum Ausdruck bringen können. Gegen Karl VII. war damit ein Schlag geführt worden, der ihn empfindlich treffen mußte. Die Tatsache, daß der Erzkanzler auf dem Amtswege den Angriff eines Reichsstandes auf den Kaiser zuließ, zeigte dem Reich in schonungsloser Deutlichkeit, auf welchen schwachen Stützen die Macht des Wittelsbachers ruhte. — Der Vollzug der Diktatur war freilich ohne besondere Bedeutung für den Verlauf des österreichischen Erbfolgestreites. Der Königin von Ungarn mochte sich aber die Aussicht eröffnen, künftig den beherrschenden Einfluß am Reichstag zu erlangen, nachdem sie in dem Vorsitzenden des Kurkollegiums ein so williges Werkzeug ihrer Politik gefunden hatte.

Aus dem Verhalten Johann Friedrich Karls zur Diktaturfrage ergibt sich für dessen politisches Charakterbild ein wichtiger Zug. Mit strenger Folgerichtigkeit kam er, nachdem er seinem Kurs einmal die österreichisch-englische Richtung gegeben hatte, den Anforderungen nach, die an ihn in dieser veränderten Lage gestellt waren. Die Bedenken, die er anfänglich gegen die Beförderung der Verwahrungsurkunden gehegt, verschwanden in dem Augenblick, da er die Mittelstellung zwischen den Parteien aufgab. Dabei war nicht das Gefühl der Verpflichtung gegen die Österreicherin, deren Einfluß er den Kurhut verdankte, der Antrieb für Ostein, sich in seiner Politik dem Donaustaat und dessen Verbündeten zu verschreiben. Vielmehr gab das Streben den Ausschlag, beizeiten den Anschluß an diejenige Mächtegruppe zu vollziehen, die kraft ihrer militärischen Erfolge der künftigen Vormachtstellung im Reich sicher zu sein schien. Darum begründete auch der Erzkanzler seine Anweisung zur Diktatur an Otten mit den Worten: „nachdeme der königliche Hoff zu Wien sich dermahlen in Einer so ausnehmenden Superiorität und gewalt deren Waffen siehet . . ."[24]) Er war anfangs der Meinung, für ihn habe mit der vollzogenen Diktatur „der gantze handel seine stille Endschafft" erreicht.[25]) Jedoch aus dem Bericht Ottens vom 27. September erfuhr er,[26]) daß es am Reichstag allem Anschein nach wegen der Diktatur

[23]) a) Brief Maria Theresias an Eltz, 21. I. 1743, vgl. S. 15. — b) Antw. d. Wiener Reg. v. 16. VIII. 1743 auf eine im Juli v. frz. Seite bei dem Reichstag eingereichte Erklärung, MRTA. 506, fol. 355.

[24]) MRTA. 506, fol. 365.

[25]) ebd.

[26]) MRTA. 506, fol. 378, 27. September 1743.

der Urkunden doch noch zu Auseinandersetzungen kommen werde. Darauf deuteten schon Pollmanns „attente" Haltung und seine Ankündigung, er wolle dem König von Preußen über das Mainzische Verhalten in der Wiener Verwahrungsangelegenheit berichten. Der Vizekanzler Königsfeld aber meldete, der Kaiser und die Reichsstände seien entschlossen, gegen die Diktatur nachträglich Einspruch zu erheben. Daß das keine leere Drohung war, sollte sich schon am folgenden Tage zeigen.

Am 28. September erließ Karl VII. ein Rundschreiben an alle Kur- und Kreisausschreibenden Fürsten des Reiches. Er forderte darin, die Protestationsurkunden, durch die ihn die österreichische Regierung in seiner Würde als Reichsoberhaupt angreife, sollten aus den Reichstagsakten entfernt werden, denen sie auf Grund einer gesetzeswidrigen Diktatur eingereiht worden seien.[27]) Aus den Antworten der Kurfürsten auf das kaiserliche Schreiben ergab sich, daß nur zwei von ihnen sich auf die Seite des Erzkanzlers stellten. Der eine war Franz Georg von Trier.[28]) Dieser hatte nach anfänglichem Zögern und nach dem Versuch, sich den kaiserlichen Wünschen anzupassen, doch noch vor der Diktatur seine Zustimmung zur Beförderung der Wiener Urkunden gegeben. Der andere war der König von England als Inhaber der Braunschweiger Kurstimme. Er war von Anfang an für die Diktatur gewesen. Freilich hob er jetzt in seinem Brief hervor, daß er darum nicht den Angriff auf die kaiserliche Würde billigen wolle.[29]) Alle übrigen Kurfürsten sprachen sich mehr oder weniger deutlich für den Kaiser aus, am leidenschaftlichsten Friedrich II. von Preußen,[30]) der überdies seinem Gesandten Pollmann auftrug, gegen das Mainzer Betragen am Reichstag „in den stärksten Terminis" zu sprechen. Er wollte die gegen die Reichsverfassung, Freiheit und Gerechtsame der Fürsten geschehenen Übergriffe nicht dulden.[31]) Für ihn war das Verhalten Johann Friedrich Karls eine „démarche inexcusable".[32]) Am 7. Oktober wurde der preußische Gesandte Klinggraeffen bei Ostein persönlich wegen der Diktatur vorstellig. Das Geschehene ließ sich jedoch dadurch nicht rückgängig machen.[33])

Eine neue Streitschrift, die der Wiener Hof erließ, und die Antwort des Kaisers hierauf gaben dem einmal entflammten Streit am Reichstag neue Nahrung. Am 11. Dezember 1743 ließ Karl VII. endlich ein Kommissionsdekret in dieser Angelegenheit ergehen. Dieses

[27]) FRTA. 169.
[28]) vgl. S. 30. — Gr. K. 268, fol. 187.
[29]) FRTA. 171. — K. 83, fol. 60. — Adelung, 3, 2, 251. — MRTA. 506, fol. 378.
[30]) Pr. St. 1, 393.
[31]) P. K. Fr. G. II, 442.
[32]) ebd. 449.
[33]) MRTA. 507, 122.

griff die Handlungsweise des Mainzer Erzkanzlers scharf an und erklärte die vollzogene Diktatur der Wiener Urkunden für ungültig. Johann Friedrich Karl mußte erkennen, daß er, so verletzend das kaiserliche Schreiben für ihn war, doch nicht dessen pflichtmäßige Diktatur verweigern konnte.[34]) Aber dafür war er entschlossen, die Beförderung des Reichsgutachtens über das Dekret des Kaisers hinauszuzögern. Ostein nahm an, wenn Maria Theresia im Diktaturstreit einlenke, könnte Karl VII. am Reichstag nicht weiter auf eine Beschlußfassung über sein Dekret drängen. Er ersuchte deshalb die Habsburgerin, sie möchte bei der Reichsversammlung eine nachträgliche, schriftliche Erklärung zu den Protestationen einreichen, die so verfaßt sein sollte, daß sie die Empörung des Kaisers über den Inhalt der Verwahrungsurkunden besänftigte.[35]) Die Wiener Regierung war nicht abgeneigt, eine solche Erklärung zu geben, zögerte aber die Abfassung eines entsprechenden Schreibens noch hinaus. Inzwischen suchte der Erzkanzler die schweren Vorwürfe abzuwehren, die ihm von kaiserlicher Seite wegen seiner in der Diktatur gezeigten Nachgiebigkeit gegen die österreichischen Wünsche gemacht wurden. Er berief sich dabei auf den § 8 des 13. Artikels der kaiserlichen Wahlkapitulation von 1742, wonach er den eingereichten Schriften keines Reichsstandes die Diktatur verweigern durfte.[36]) Er hob hervor, es sei auch die nach § 7 desselben Artikels erforderliche „vorgängige Communication" seit eineinhalb Jahren durchgeführt worden, „ohne daß das wohll. churfürstl. Collegio sich weiters dargegen dargestellet, sondern theils davor oder wenigstens nicht dagegen gewesen." Dadurch, daß er sich für die Beförderung der Protestationsurkunden auf den § 7 bezog, bot er aber den Angriffen Karls VII. den günstigsten Zielpunkt. Denn die in diesem Paragraphen vorgeschriebene „Communication mit dem churfürstlichen Collegio" hatte Ostein unterlassen,[37]) da er aus dem Ergebnis der Umfrage bei den einzelnen Kurfürsten folgern konnte, daß eine kollegiale Genehmigung für die Diktatur doch nicht zu erlangen sei.[38])

Durch das unverhüllte Bekenntnis zu Österreich, das Johann Friedrich Karl am 23. September ablegte, war die schwache Hoffnung der Kaiserlichen, den Mainzer doch noch für sich zu gewinnen, gründlich zerstört. Der Kurfürst mußte nunmehr die Gegner der Habsburgerin auch zu den seinigen rechnen. In solcher Lage erschien ihm eine feste, vertragliche Bindung an die pragmatische Mächtegruppe noch notwendiger als zu Beginn des Juli. Zu diesem Zweck wollte

[34]) K. 83, fol. 57. — Adelung, 3, 2. 261.
[35]) K. 83, fol. 255, 101, 171, 231.
[36]) MRTA. 507, fol. 29.
[37]) ebd.
[38]) vgl. S. 32.

er die Engländer erneut um eine Geldhilfe ersuchen und darüber eine schriftliche Vereinbarung erreichen. Aus diesem Grunde sandte er[39]) Anfang November 1743 seinen Minister Ehrthal[40]) nach London.

Der Wiener Regierung, die von Osteins Vorhaben wußte, war es unerwünscht, die Gesandtschaft nach England gerade Philipp Christoph von Ehrthal anvertraut zu sehen. Vor allem der österreichische Staatskanzler Bartenstein äußerte sich abfällig hierüber, hatte er doch die Überzeugung, der Mainzer Minister arbeite lediglich zum Nutzen des Kaisers, in dessen Sold er stände.[41]) Doch das traf, soviel festzustellen ist, nicht zu, wenn auch Ehrthal nicht gerade zu den österreichisch Gesinnten unter den Diplomaten des Mainzer Hofes gehörte[42]). Als Leitsatz für seine Tätigkeit galt ihm vielmehr das Kurmainzische Interesse. Bei ihm war ein gewisser Mangel an Beharrlichkeit, wenn es darum ging, in einer Verhandlung die Erfüllung seiner Forderungen durchzusetzen, ebenso unverkennbar wie ein allzu starkes Vertrauen auf die Zuverlässigkeit seiner diplomatischen Gegenspieler.[43]) Aber daneben besaß er, wie der erfahrene Fürstbischof von Bamberg-Würzburg hervorhob, einen klaren Blick für politische Zusammenhänge, „einen Begriff und weit aussehente Principia",[44]) und mochte aus diesem Grunde dem Kurfürsten von Mainz als besonders geeignet erscheinen, die wichtige Gesandtschaft nach London zu übernehmen.

Johann Friedrich Karl verfaßte am 30. Oktober 1743[45]) für Ehrthal eine schriftliche Anweisung, die für die bevorstehenden Subsidienverhandlungen die Richtlinien aufstellte; sie enthält zudem Darlegungen vom Reich und seinem zukünftigen Aufbau, in denen zum ersten Mal der Reichseinheitsgedanke anklingt, der für die künftige Reichspolitik Osteins von richtunggebender Bedeutung werden sollte.

Die traurige Erkenntnis der fortschreitenden Zerrüttung Deutschlands hatte ihm nicht die Überzeugung nehmen können, daß es möglich sei, den Untergang zu verhüten, dem das Reich unrettbar verfallen schien. Er glaubte, wenn die Reichsstände mit „rechtschaffener Zusammensetzung und standhafftigkeit" die Zwietracht in ihren Reihen vernichteten, würde „allen Europä so fatalen uneinigkeit in Teutscher Nation fürs Künftige vorgebogen". Jedoch bedurften nach seiner

[39]) K. 83, fol. 8, Instruktion an Ehrthal, Mainz, 30. X. 1743.
[40]) Ehrthal war 1689 geboren. Er war Konferenzrat, Oberinspektor der Salzwerke und Glasfaktoreien des Erzstiftes und Oberamtmann zu Lohr. Sein Sohn Friedrich Karl Josef wurde 1774 Kurfürst und Erzbischof zu Mainz. Rh. Ant. II, 10. 486. — Kneschke, a.a.O.
[41]) K. 83, fol. 95.
[42]) K. 83.
[43]) K. 83, durchgehend.
[44]) K. 125 b, fol. 96.
[45]) K. 83, fol. 8.

Meinung die Stände in ihrem Kampf gegen den Unfrieden untereinander der Unterstützung Englands. Diesem „Eiferer der europäischen Freiheit" müsse als Hüter des Gleichgewichts an der Staatenwage der gesicherte Bestand Deutschlands und dessen innere Ruhe von höchstem Wert sein. Darum solle die Seemacht den verhängnisvollen Erbstreit der Häuser Wittelsbach und Habsburg möglichst bald schlichten. Das vollendete Friedenswerk würde die Grundlage für die Vereinigung aller deutschen Einzelstaaten bilden, die dem Reich jene Kraft und Geschlossenheit zurückzugeben vermochten, die es ehemals besessen habe. Aber er bezweifelte, daß das Arbeiten für das Ziel der Reichseinheit erfolgreich sein könne, solange der Einbruch der Feinde ins Reich durch den fehlenden Schutz der Grenzen begünstigt werde. Wenn aber Ostein die Sicherung der Grenzfestungen in diesem Zusammenhang forderte, dachte er zunächst nur an diejenigen des rheinischen Gebietes, denn als Landesherr in der Westmark sah er vor allem die Gefahr, die in der französischen Ausdehnungspolitik lag. Nach der Ansicht Johann Friedrich Karls war Mainz die wichtigste der rheinischen Festungen, stellte sie doch im Kampf gegen den Kapetingerstaat die „Vormauer" Deutschlands dar. Von ihrer Stärke hing die „Wohlfahrt des Vatterlandes", ja selbst des „Universi" ab. Fiel dieses mittelrheinische Bollwerk in die Hände der Franzosen, so war der Untergang des Reiches besiegelt. Der Kurfürst hob in seinem Schreiben hervor, welche verantwortungsvolle Aufgabe gerade ihm gestellt sei, da er diesen strategisch bedeutendsten Stützpunkt der Rheinlande für Frankreich uneinnehmbar machen müsse. Sein Verlangen nach Subsidien zur Erhöhung der Truppenzahl seiner Festung und Hauptstadt wollte er nicht als Streben nach eigenem Vorteil gewertet wissen, sondern als ersten Schritt zur Sicherung der deutschen Westgrenze als der Vorbedingung zur Reichseinheit.

Es war freilich nicht zu verkennen, daß Ostein in vorliegendem Fall etwas im Namen des Reichsinteresses forderte, was zugleich ihm selbst, vor allen anderen Fürsten, von großem Nutzen war. Er erwies sich durch diese Einstellung deutlich als ein Vertreter der alten Mainzer Politik.

Wenn Johann Friedrich Karl die englische Regierung um eine Geldhilfe zum Unterhalt von 4—6000 Mann Besatzung für Mainz ersuchen ließ und auch von Holland Subsidien zu erhalten wünschte, so wollte er darum doch nicht seine Neutralität im Erbfolgekrieg aufgeben, sondern diese in dem abzuschließenden Vertrag ausdrücklich vorbehalten haben[46]). Es schien jedoch nach dem Ergebnis der ersten Verhandlungen, die Ehrthal in London führte, sehr zweifelhaft, ob der Antrag Gehör finden würde. Nach den Aussagen des Lord Carteret

[46]) K. 83, fol. 8.

war das englische Parlament nicht gewillt, zu einer derartigen Erhöhung der Geldausgaben seine Zustimmung zu geben[47]). Ostein mußte diese Unzugänglichkeit der Engländer sehr verstimmen, denn er hatte in der Annahme, die Gewährung seines Subsidiengesuches zu erlangen, den britischen und hannöverschen Truppen auf Grund eines Vertrages gestattet, in seinen Landen Winterquartier zu nehmen. In einem Abkommen vom 21. November 1743 war vereinbart worden, daß die Neutralität der Mainzer Lande gewahrt bleiben sollte. Ein Geheimartikel enthielt Sonderbestimmungen über die Neutralität der Festung Mainz: für den Fall, daß die Franzosen die Absicht zeigten, sich der kurfürstlichen Hauptstadt zu bemächtigen, hatte eine englische Truppenabteilung auf das ausdrückliche Hilfegesuch Johann Friedrich Karls „sich in dero Vestung Mayntz zu werffen, um diese nicht nur vor einer Surprise, sondern auch vor aller Gewalt mitbeschützen zu helffen"[48]). Ob er die Tore seiner Festung fremden Truppen öffnen und damit die Neutralität von Mainz aufgeben wollte, behielt Ostein somit auch für den Notfall seiner eigenen Entscheidung vor.

Obgleich er mit diesem Vertrag den Wünschen des englischen Königs entgegengekommen war, wies Georg II. den Mainzer Minister, als dieser ihm persönlich das Subsidiengesuch vorbrachte, schroff ab. Für Ehrthal war dieses ablehnende Verhalten ein Zeichen, daß der König abwarten wollte, ob sich die Dinge im Reich so entwickelten, daß zur Wahrung des hannöverschen Interesses ein vertraglicher Abschluß über eine Geldhilfe unumgänglich nötig würde[49]). Er verlegte sich deshalb darauf, in seinen Gesprächen mit den englischen Staatsmännern die schwierige Lage in Deutschland mit möglichster Eindringlichkeit zu schildern. Er wies auf die Gefahren einer Säkularisation hin, die der Preußenkönig für verschiedene geistliche Gebiete vorgeschlagen hatte, um dem Kaiser einen Ersatz für das ihm verloren gegangene Böhmen zu verschaffen. Er malte die verheerenden Folgen aus, die sich für das Reich ergeben könnten, wenn Friedrich II. aus kaiserlichen und Kreistruppen tatsächlich die geplante Neutralitätsarmee bilden würde, um dem bayrischen Wittelsbacher für seinen Kampf gegen die Habsburgerin eine wirksame Unterstützung zu sichern. Doch das alles verfing nicht bei dem englischen Minister. Als Ehrthal schließlich die Befürchtung aussprach, daß sich Frankreich für immer am Rhein festsetzen werde, versicherte zwar Lord Carteret, England wolle niemals zugeben, „daß Franckreich vom Rheinstrohm sich Meister mache"[50]), aber er vermied es, Subsidien zu versprechen.

[47]) K. 83, fol. 95, 221.

[48]) K. 84, fol. 26, 30, Konvention zwischen Ostein und Ilten, 21. November 1743, Mainz.

[49]) ebd. fol. 221.

[50]) ebd. fol. 194. — Ehrthal an Ostein, 30. Januar 1744, London.

Im Frühjahr 1744 besserten sich für Mainz endlich die Aussichten auf eine Geldhilfe, weil damals die politische Lage in Europa neue kriegerische Entladungen ankündigte. Maria Theresia hatte im September 1743 zu Worms mit England und Sardinien ein Bündnis geschlossen, und im Dezember desselben Jahres war Sachsen auf die Seite Österreichs getreten. Aus diesen Vorgängen schöpfte der Preußenkönig den Verdacht, die Habsburgerin bereite den Krieg vor, um ihm Schlesien wieder zu entreißen. Er entschloß sich, einem solchen Angriff zuvorzukommen. Jedoch den Kampf zu eröffnen, ohne dabei der Waffenhilfe Frankreichs gewiß zu sein, schien ihm bedenklich. So bemühte er sich zunächst um die Erneuerung seines Bündnisses mit Ludwig XV. Die Belebung der preußisch-französischen Beziehungen rief schon vor dem Abschluß einer Allianz bei dem Bourbonenstaat eine größere Kriegslust hervor. Er entschloß sich, nicht länger als bloße Hilfsmacht Karls VII. den Kampf gegen die pragmatischen Verbündeten zu führen. Vielmehr erklärte er selbst im März 1744 an England und im Monat darauf an Österreich den Krieg.

Nunmehr erschien es den Engländern doch erwünscht, Ostein durch einen Vertrag an ihrer Seite festzuhalten. Überdies verwandte sich die Wiener Regierung in London für das Mainzische Gesuch[51]). Darum begannen die englischen Staatsmänner mit Osteins Minister Anfang April ernsthaft über eine Geldhilfe zu verhandeln. Dabei stellte sich bald heraus, daß Johann Friedrich Karls Erwartungen bezüglich der Höhe der Subsidien nicht in vollem Umfang zur Erfüllung gelangen würden. — Dafür wurde Clemens August von Köln, der sich zur selben Zeit in London durch einen Gesandten um Subsidien bemühte, um so besser bedacht[52]). Wenn König Georg II. bei einer Geldunterstützung den niederrheinischen Erzbischof mehr begünstigte, geschah das um der Nachbarschaft der Kölner und Braunschweiger Kurlande willen. Der Engländer wollte dadurch, daß er Clemens August vertraglich an sich fesselte, dem Kapetingerstaat die Möglichkeit nehmen, das Territorium dieses Fürsten als Ausfallstor gegen Hannover zu benutzen. — Als Ehrthal im Namen Osteins darum ersuchte, in dem Subsidienvertrag die Neutralität des Mainzer Erzstiftes ausdrücklich vorzubehalten, lehnten die Engländer dies schroff ab, „weilen die englische Nation nimmermehr eine Neutralität bezahlete". Die Briten wie die Österreicher waren sehr ungehalten darüber, daß der Kurfürst von Mainz nicht, wie sie gehofft hatten, nunmehr offen „Parthie" ergriff[53]). Denn Johann Friedrich Karl ließ trotz des Geldes, das England zu geben bereit war, durch seinen Gesandten wiederholt erklären, er werde sich in Kriegsfragen nach dem Reich richten, dieses

[51]) K. 83, fol. 283.
[52]) K. 83, fol. 472.
[53]) K. 83, fol. 340.

aber habe bis jetzt am Kampf um die österreichische Erbfolge keinen Teil genommen. — Als sich die Verhandlungen bereits in die letzten Tage des April erstreckten, wünschte der Erzkanzler eine entsprechende Zurückdatierung des zu schließenden Vertrages, damit die schriftliche Abmachung nicht als eine Folge der französischen Kriegserklärung an England gewertet werden könnte. Aber dem wurde nicht entsprochen, angeblich aus Rücksicht auf Köln, das kurz vor dem Abschluß seines Vertrags einen Subsidienrückstand von Frankreich erhalten haben sollte unter der ausdrücklichen Vorbedingung, es dürfe keinerlei Vereinbarung mit England bestehen[54]).

Der Mainzisch - englische Subsidienvertrag, datiert Whitehall 27. IV. 1744, wurde zwischen dem 5. und 8. Mai unterzeichnet[55]). Er war in französischer Sprache verfaßt und besaß keine den Inhalt näher bezeichnende Überschrift, weil über deren Wortlaut keine Einigung zustande gekommen war. Ehrthal hatte sich gegen die Benennung des Vertrags als „Subsidientraktat" gesträubt und statt dessen die Verwendung des Wortes „Indemnisation" vorgeschlagen. Er glaubte, Subsidien werde England nur solange bezahlen, als der Krieg währe, unbekümmert um die festgesetzte Dauer des Vertrags. Eine Indemnisation schien ihm weniger dieser Unsicherheit unterworfen zu sein. Jedoch die britische Regierung lehnte die Annahme dieses Vorschlages ab[56]). Die im Text des Abkommens ausdrücklich als solche bezeichneten Subsidien wurden aber pünktlich entrichtet, sodaß sich des Mainzers Befürchtung als unbegründet erwies.

Der Vertrag, der für vier Jahre Gültigkeit haben sollte, bestand aus einer Praeambel, vier Artikeln, einem Separatartikel und einem geheimen Separatartikel. Er setzte folgendes fest: da es notwendig ist, daß der Kurfürst von Mainz bei der gegenwärtigen gefährdeten Lage im Reich eine Truppenzahl hält, die sein Land und die Festung Mainz vor jedem feindlichen Überfall zu schützen imstande sei, erklärt sich der König von Großbritannien bereit, für das laufende Jahr Mainz eine Geldhilfe von 100 000 deutschen Talern zu stellen, von denen die Hälfte nach dem Austausch der Ratifikationen dieses Vertrags gezahlt werden soll. In jedem der drei folgenden Jahre werden weitere 50 000 Taler an den Kurstaat zur Auszahlung gelangen (§ 1). Dafür verspricht der Mainzer Kurfürst die gegenwärtige Zahl seiner Truppen auch ferner aufrecht zu erhalten und die Festung Mainz vier Jahre lang durch eine Garnison von wenigstens 5 000 Mann zu sichern (§ 2). Zwischen Ostein und dem Kurfürsten von Köln ist unverzüglich zu verabreden, wie man am schnellsten einander zu Hilfe kommen

---

[54]) K. 83, fol. 472, 358. — Der Kölner Vertrag mit England trägt dasselbe Datum wie der Mainzer Vertrag. vgl. Braubach, a.a.O. 112, 19.

[55]) K. 83, fol. 384, 376.

[56]) K. 83, fol. 350, 340, 368.

könnte, um die allgemeine Sicherheit zu wahren und um von den Grenzen alle Gefahr zu entfernen (§ 3). Die Generalstaaten sind ohne Aufschub zu ersuchen, dem gegenwärtigen Bündnisvertrag beizutreten. Die Ratifikationen für den Mainzisch-englischen Vertrag sollen spätestens in einem Monat ausgewechselt sein (§ 4). Im Separatartikel erklärt sich der Kurfürst bereit, im Bedarfsfall ein Korps von 2000 Soldaten des britischen Königs oder seiner Verbündeten in Winterquartier zu nehmen. In dem geheimen Separatartikel verpflichtet er sich, seine Gesandten am Reichstag in vollkommenem Einvernehmen mit denen des Königs von England handeln zu lassen, in der Weise, wie es die beiden Vertragschließenden für das gesamte System und für die Verfassung Europas am zuträglichsten halten[57]).

Am 27. April 1744 kam zum ersten Mal in der neueren Geschichte ein Subsidienvertrag zwischen Kurmainz und England zustande. Dennoch war der Gedanke, sich bei jener Seemacht eine Geldhilfe zu verschaffen, nicht erst im Jahre 1743 aufgetaucht. Schon mehrere Vorgänger Johann Friedrich Karls auf dem Mainzer Erzstuhl hatten sich um Subsidien bei den Engländern bemüht: Kurfürst Anselm Franz von Ingelheim in den Jahren 1692 bis 1694, Lothar Franz von Schönborn 1714 und 1715 und endlich Philipp Karl von Eltz im Jahre 1742. Aber sie alle hatten keinen Erfolg gehabt[58]).

Ostein war mit diesem Abschluß der Subsidienverhandlungen keineswegs zufrieden. Wohl verhieß der Vertrag die so dringend nötige Auffüllung der kurfürstlichen Kasse und ermöglichte damit die Sicherung der Hauptstadt Mainz durch eine genügend starke Besatzung. Aber er enthielt daneben für den Kurstaat eine nicht unbedeutende Klippe, da der ausdrückliche Vorbehalt der Mainzer Neutralität fehlte. Damit war dem Kaiser und seinen Anhängern, sobald sie vom Inhalt des Vertrags erfuhren, ein Rechtsgrund gegeben, ihrer Feindseligkeit gegen Mainz freien Lauf zu lassen. Aus der Erkenntnis dieser Gefahr heraus, die für den Herrscher und seine Lande aus dem Subsidienvertrag erwachsen konnte, entschloß sich Ostein, nachträglich bei England die Anerkennung des Vorbehaltes der Mainzer Neutralität durchzusetzen, den er der Vertragsurkunde beifügen wollte. Die Gelegenheit hierzu[59]) gab ihm der Text der Mainzer Ratifikation, den Johann Friedrich Karl abzufassen hatte. Er brachte noch die Worte: „Salva neutralitate nostra" hinein[60]). Allein seinem Gesandten gelang es nicht, die englischen Staatsmänner zur Annahme dieser kurfürstlichen Urkunde zu bewegen. Sie weigerten sich so hartnäckig wie bisher, die Erwähnung der Mainzer Neutralität im Vertrag zuzu-

[57]) K. 83, fol. 398, vgl. Anhang I.
[58]) K. 83, fol. 384.
[59]) K. 83, fol. 435.
[60]) vgl. Anhang II. K. 83, fol. 413, 445.

geben. Ehrthal bekam von ihnen Worte des Spottes über die ängstliche Haltung der Kurmainzer Politik anzuhören, wie: „vous n'êtes pas ici accoutumés de faire des choses cousus avec des fils blancs." Es blieb ihm nichts übrig, als die auf das Geheiß Osteins für den Fall der Ablehnung bereitgehaltene zweite Urkunde hervorzuziehen, die jene Wendung über die Neutralität nicht enthielt, im übrigen aber denselben Wortlaut wie die zuerst vorgelegte Ratifikation besaß[61]). Dieses Schriftstück nahmen die britischen Minister an mit dem Hinweis, die Mainzer Neutralität sei darin genügend berücksichtigt[62]). Das traf zwar nicht zu, aber die Worte der Urkunde: „sine cujusdam offensa propriae solum securitatis sollicitudo", waren wenigstens geeignet, den friedlichen Charakter der Abmachungen hervorzuheben und somit den Kurfürsten das Fehlen des Vorbehaltes nicht mehr als so gefahrdrohend wie zuvor erscheinen zu lassen.

Die Gelegenheit, von dieser Stelle des Ratifikationstextes Gebrauch zu machen, war Ostein bald gegeben. Denn der Kaiser und seine Bundesgenossen, die von dem Abschluß eines Mainzisch-englischen Abkommens vernommen hatten, suchten über dessen Inhalt vom Erzkanzler Näheres zu erfahren. Der in Mainz akkreditierte französische Gesandte, Blondel, gab sich mit der Versicherung Johann Friedrich Karls zufrieden, der Vertrag habe nur den Zweck „zu bloser meiner Vestung undt Ertzstiffts Sicherheit"[63]). Diese Auskunft fand jedoch bei den kaiserlichen Ministern keinen Glauben. Aus der Tatsache, daß sich „Churmaintz mit des Kaisers Feind in eine Allianz eingelassen", folgerten sie ohne weiteres, der Vertrag habe eine Spitze gegen das Reichsoberhaupt. Der Kaiser ließ durch seinen Gesandten in London Ehrthal zu verstehen geben, Mainz hätte mit Bayern und höchstens noch mit Frankreich ein Bündnis eingehen dürfen. So aber würden aus dem „consequentiosen Vorgang" des ersten Kurfürsten „fatale Suiten" für das Reich herbeigeführt[64]).

Aber Ostein beharrte auf dem Standpunkt, den er schon im Herbst, vor Beginn der englischen Verhandlungen eingenommen hatte. Denn er hob hervor, der Subsidienvertrag sei „zu des Reiches Bestem", weil er den Bestand der westlichen Vormauer, Mainz, gegen den Erbfeind sichere. Im übrigen dürfe der Kaiser dem Kurfürsten von Mainz nicht verwehren, von dem Bündnisrecht der deutschen Fürsten Gebrauch zu machen, weil die Bedingungen, an die der Westfälische Friedensvertrag dieses Recht band, in den Mainzisch-englischen Abmachungen erfüllt waren[65]). Wenn auch die Neutralität von

[61]) K. 83, fol. 472, Ehrthal an Ostein 19. Mai 1744, London. — ebd. fol. 494, 2. Juni 1744, London.
[62]) K. 83, fol. 494.
[63]) K. 125 b, fol. 106, 7. Juni 1744.
[64]) K. 83, fol. 462.
[65]) K. 83, fol. 480 f.

Kurmainz nicht schriftlich festlag, so nahm Ostein doch nicht an, daß ihn deshalb etwa Karl VII. des Wortbruches zeihen könnte. Der Erzkanzler glaubte sich von der Verpflichtung, an seinen zu Regierungsbeginn im April 1743 nach allen Seiten gegebenen Versicherungen der Neutralität festzuhalten, befreit, seitdem der „private Hauskrieg" zwischen Habsburg und Wittelsbach durch die französischen Kriegserklärungen an England und Österreich zum Länderkrieg geworden war[66]).

Das große Aufsehen, das die vertragliche Bindung zwischen Mainz und London bei dem bayrischen Wittelsbacher erregt hatte[67]), gab Ostein zu dem Verdacht Anlaß, der Kölner Kurfürst habe aus dem Inhalt des Mainzer Vertrags seinem kaiserlichen Bruder Näheres mitgeteilt[68]). Darum erschien ihm der Kölnische Wittelsbacher als zu unzuverlässig, um die nach dem § 3 des Mainzisch-englischen Abkommens festgesetzte Besprechung über gegenseitige Hilfe und über Grenzschutz schon jetzt einzuleiten[69]).

Kurz nachdem die vertragliche Bindung an England zustandegekommen war, erwog der Mainzer Kurfürst, ob es nicht den nächsten Weg zur Reichseinheit darstellen werde, wenn England auch mit anderen deutschen Staaten Subsidienverträge abschlösse. Das britische Geld sollte erreichen, daß allmählich „der mehrere Theil des churfürstl. Collegio vollends zusammengebracht werde"[70]). Aus dieser Überlegung heraus wies Johann Friedrich Karl seinen Gesandten Ehrthal an, sich in London für Trier einzusetzen, damit zunächst dieser Kurstaat von England Subsidien erhalte[71]). Jedoch die britische Regierung lehnte das Ansinnen ab[72]).

Sicherlich im Einvernehmen oder auf Geheiß Maria Theresias verfaßte einige Wochen später der in Mainz akkreditierte österreichische Gesandte von Palm eine Denkschrift, die er dem Erzkanzler zustellte. Ihrem Inhalt nach gab sie einen Ausbau der Gedanken des Mainzers über den vertraglichen Zusammenschluß der Kurfürsten mit England. Dabei ist die Möglichkeit, daß der Österreicher Johann Friedrich Karls Erwägungen kannte, nicht von der Hand zu weisen[73]).

Palm dachte sich im Gegensatz zu Ostein nicht nur England, son-

---

[66]) ebd.

[67]) K. 83, fol. 490.

[68]) Köln besaß, das geht aus Ehrthals Brief an Cobenzl hervor, eine Abschrift des Mainzer Vertrags; ob diese aber den Geheimartikel enthielt, ist ungewiß. — Gr. K. 275, fol. 68.

[69]) K. 83, fol. 505, 490.

[70]) K. 83, fol. 435. — Ostein an Ehrthal, 15. Mai 1744, Mainz.

[71]) K. 83, ebd.

[72]) K. 83, fol. 472.

[73]) Aktenmäßige Belege sind für diese Vermutung jedoch nicht vorhanden.

dern auch Sachsen als Kern einer Fürstenvereinigung[74]). Die Höfe von London und Dresden waren nach der Meinung des Gesandten beide am besten imstande, „durch die ohnedem habende starcke armatur sich und andere ausser Gefahr zu halten". Mit der Königin von Ungarn zusammen hatten diese beiden Mächte den Plan einer Fürstenvereinigung von defensivem Charakter zu entwerfen. Von Subsidien, die der Erzkanzler als den besten Kitt zwischen den Kurstaaten und England ansah, war in der Schrift Palms nicht die Rede. Aber für ihn wie für den Mainzer galt als nächstes Ziel, auf das hinzuarbeiten war, der Zusammenschluß der Mehrheit der Kurfürsten. Ihnen hatten sich allmählich sämtliche Fürsten des Reichs, dazu die Grafen und Prälaten, anzuschließen, damit auf diese Weise ein mächtiges Bündnis zusammengebracht werde. Weiterhin schlug der Verfasser eine Assoziation der Reichskreise vor zur Ergänzung des großen Einigungswerkes, dessen Zweck die „teutsche Wohlfahrt" sein sollte. „Auch sogar das wahre Interesse des durchleuchtigsten Churhauses Bayern wird hiedurchselbst beförderet und versichert indeme mann andurch der Frantzösische und Preussischen Sclaverey Los würde." In den Darlegungen Palms offenbart sich der Wunsch Österreichs, mit der Hilfe einer großen Anzahl deutscher Reichsfürsten über die vom Preußenkönig im Mai 1744 geschaffene Union mit dem Kaiser, Hessen-Kassel und Kurpfalz ein Übergewicht zu erlangen. Ferner sollte Friedrich II. genötigt werden, „sich ad regulam constitutionum" zu betragen und sich von Bayern zu trennen. Gleichwohl hütete sich Palm, dem geplanten Gegenbündnis, „welche man wohl billig mit dem Nahmen eines Sacri foederis belegen könte", eine allzu deutliche Spitze gegen den Hohenzollern zu geben. Vielmehr setzte der Österreicher mit kluger Berücksichtigung der antifranzösischen Einstellung Osteins wie auch verschiedener anderer westdeutscher Fürsten Frankreichs gefährliches Walten im Reich zum Ausgangspunkt seines Bündnisvorschlages. Durch seine Verwirklichung sollte der Erbfeind künftig gehindert werden, aus „teutschem Leder französche Schuhe zu schneiden".

Es schien, als sei der Hofburg viel daran gelegen gewesen, sich für die Durchführung ihrer Pläne, wie sie sich in Palms Denkschrift enthüllten, die Unterstützung Osteins zu sichern. Denn die Wiener Regierung setzte sich dafür ein, daß der Kurfürst zu den englischen Subsidien auch solche von Holland erhalte. Ostein selbst hatte mit seinem Gesuch um eine Geldhilfe im Haag weder im Herbst 1743 noch im Frühjahr 1744 Gehör gefunden. Nun verwendete sich Cobenzl im Sommer desselben Jahres in Holland für den Mainzer. Aber auch er brachte kein Subsidienabkommen zustande. Ob die Generalstaaten

[74]) K. 125 b, fol. 13, gez. Palm. — Das Datum fehlt. Aus dem Text geht jedoch klar hervor, daß die Schrift im Monat Juni verfaßt wurde.

wiederum, wie schon Johann Friedrich Karl gegenüber, mit dem Hinweis auf ihre Geldschwierigkeiten ablehnten[75]), ist nicht bekannt.

Die Gegenleistung, die Österreich für seine Hilfsbereitschaft von dem Erzkanzler erhoffte, blieb freilich aus. Der Mainzer hatte von Anfang an Bedenken, den Plan Palms bei den Fürsten zu vertreten. Vielleicht fürchtete er für sich wie für andere neutrale Reichsstände kriegerische Verwicklungen, wenn dieser Bündnisvorschlag verwirklicht werde. Er ließ durch seinen Gesandten Ehrthal der Vorsicht halber das Urteil des Fürstbischofs von Bamberg-Würzburg hierüber erbitten[76]). Dieses fiel zu Ungunsten des österreichischen Vorhabens aus. Dem in politischen Dingen scharfsichtigen Schönborn erschien eine Vereinigung der deutschen Staaten mit einem englisch-sächsischen Mittelpunkt als ein Unding. Er war der Ansicht, „des allervorsichtigsten Tractats ohngeachtet" würden sich „die principia" Englands und Sachsens sehr schnell ändern können, „mithin Emm. kein allzu festen fuss dafür setzen müsste"[77]). Die Warnung, kein Vertrauen in das geplante Unternehmen zu setzen, bestärkten Johann Friedrich Karl in dem Entschluß, sich in dieser Angelegenheit zurückzuhalten.

Um dieselbe Zeit lebte am Reichstag der bereits etwas zur Ruhe gekommene Diktaturstreit von neuem auf. Der Kurerzkanzler hatte Ende des Jahres 1743[78]) in Wien den Erlaß einer Erklärungsschrift zu den diktierten Protestationsurkunden angeregt, aber die österreichische Regierung zögerte das zugesagte Schreiben sehr zum Verdruß des Mainzers immer wieder hinaus, bis sie es endlich im Mai 1744 einreichte. Verfaßt war es von den österreichischen Gesandten Plettenberg und Palm am 29. April 1744. Der Inhalt dieser Erklärung bewies, daß die österreichische Regierung keinen Wert darauf legte, dem Kaiser gegenüber einen versöhnlicheren Ton anzuschlagen und die verletzenden Wirkungen der Diktatur vom September 1743 nachträglich abzuschwächen, wie es der Mainzer gewünscht hatte. Vielmehr wurde in scharfer Sprache nur eine „Justifizierung" der Diktatur der Protestationsurkunden gegeben und die Stände des Reichs an die Pragmatische Sanktion erinnert[79]). Ostein weigerte sich deshalb zunächst, das Schreiben zur Diktatur zu bringen. Aber er wollte nicht allein die Beförderung der Wiener Erklärung verhindern, sondern sich dabei auf das Urteil der übrigen Kurfürsten stützen[80]).

---

[75]) K. 83, fol. 503. — Gr. K. 275, fol. 155. — Secreete Resolutien 10, vgl. die Verträge des Jahres 1744. — K. 83, fol. 72.
[76]) K. 125 b, fol. 99, 95.
[77]) K. 125 b, fol. 96.
[78]) vgl. S. 35.
[79]) K. 83, fol. 348.
[80]) K. 84, fol. 78, 80.

Darum ließ der Kurerzkanzler die „Communication cum confidentioribus electoralibus" beginnen. Am 19. Mai lagen jedoch bereits Hannovers und Triers Zustimmungen zur Diktatur vor. Mainz war durch den geheimen Separatartikel des Subsidienvertrags verpflichtet, dem Beispiel Kurbraunschweigs zu folgen. So fehlten zur Majorität, wie Ostein seinem Gesandten Ehrthal nach London berichtete, nur Sachsen und Köln[81]). Anfang Juni wurde von diesen beiden Kurfürsten die Erklärung abgegeben, sie seien nicht gegen die Beförderung des österreichischen Schreibens[82]). Das genügte dem Erzkanzler, um am 6. Juli die Diktatur vorzunehmen, wiederum, wie im September des verflossenen Jahres, mit Umgehung einer vorherigen kollegialen Kommunikation[83]). Das letzte Bedenken vor diesem Schritt war ihm durch die für Österreich günstige Kriegslage am Rhein genommen worden: Ende Juni war es dem Prinzen Karl von Lothringen gelungen, bei Germersheim über den Rhein zu gehen und siegreich bis ins Elsaß vorzudringen.

Mit der Diktatur des Wiener Schreibens vom April 1744 hatte Ostein den Österreichern am Reichstag abermals wertvolle Helferdienste bei dem Kampf gegen den Kaiser geleistet. Dennoch waren von ihm damit nicht alle politischen Hoffnungen erfüllt, die die Hofburg auf ihn setzte. In Wien hätte man es lieber gesehen, wenn der Kurfürst nach dem Abschluß des Subsidienvertrags seine Neutralität im Kriege aufgegeben hätte[84]). Daß er sich dem Bündnisplan Palms gegenüber so gleichgültig verhielt, mußte die Enttäuschung erhöhen. Aber trotzdem war der Mainzer als ein Anhänger der pragmatischen Mächtegruppe anzusehen, deren Waffenerfolge ihn im Sommer 1744 veranlaßt hatten, seine anfängliche Mittelstellung zwischen den Kriegsparteien zu verlassen.

Jedoch gerade dadurch, daß die allgemeine militärische Lage die Richtung seiner Reichspolitik bestimmte, war nicht damit zu rechnen, daß Ostein den österreichisch-englischen Kurs beibehalten werde, wenn das Kriegsglück auf die Seite der Gegner Habsburgs überging. In der Tat begann Johann Friedrich Karls Politik die Richtung zu ändern, als kurz nach dem Ausbruch des zweiten Schlesischen Krieges der Preußenkönig den Sieg an seine Fahnen heftete.

---

[81]) K. 83, fol. 450.
[82]) Gr. K. 275, fol. 112, 153.
[83]) K. 125 b, fol. 10 ff.
[84]) K. 83, fol. 340 ff.

IV.

Annäherung an die kaiserliche Partei und Rückkehr zum österreichischen Kurs.

Daß das Wiener Schreiben Anfang Juli zur Diktatur kam, während über das vorjährige kaiserliche Kommissionsdekret gegen die Diktatur der Protestationen[1]) am Reichstag noch immer kein Beschluß gefaßt war, empörte Karl VII. aufs tiefste. Er forderte in einem Dekret am 19. Juli 1744 die Reichsstände auf, doch endlich diese Angelegenheit zu beschleunigen. Aber hierzu machte der Reichstag auch fernerhin keine Anstalten. Da das Kommissionsdekret den Kurfürsten von Mainz in seiner Tätigkeit als Erzkanzler angriff, hütete sich dieser begreiflicherweise, die Stände zum Eifer zu mahnen. Darum wandte sich der Kaiser am 12. August in einem Schreiben an den Reichskanzler, um ihm seine Mißbilligung auszusprechen und kraft kaiserlicher Machtvollkommenheit die Diktatur der letzten Wiener Erklärung als Null und nichtig zu bezeichnen[2]). Ostein sah sich hierdurch veranlaßt, seine Handlungsweise in der Diktaturangelegenheit wiederum zu verteidigen. Aber nicht nur diesem Zweck sollte der Brief vom 26. August an das Reichsoberhaupt dienen. Der Mainzer hoffte auch die Kränkung mildern zu können, die mit dem Vollzug der beiden Diktaturen vom September des verflossenen Jahres und vom Juli 1744 dem Kaiser angetan worden war. Darum sprach er in seinem Schreiben der Diktatur an sich eine sehr geringe Bedeutung im Geschäftsgang der Reichstagsverhandlungen zu. Er gab ihr den Wert einer bloßen „Exhibitio legalis ad comitia", durch die zugleich der nach der Wahlkapitulation von 1742 erforderlichen kollegialen Kommunikation Genüge getan sei. Schriftliche Eingaben diktieren hieß nach der Meinung des Kurfürsten noch nicht deren Aufnahme in die Reichsakten festsetzen. Dieses blieb vielmehr der „kaiserlichen Majestät mithin allerhöchst dero Entschliessung" vorbehalten. Das bedeutete aber, daß der Erzkanzler den Einspruch, den Karl VII. gegen die Aufnahme der Wiener Schriften in die Reichsakten seinerzeit erhoben hatte[3]), als gültig anerkannte. Er versicherte, bei der Vornahme der Diktatur sei nur der Amtspflicht entsprochen, nicht etwa dem Inhalt der österreichischen Schriftstücke zugestimmt worden. Er, Ostein, habe selbst „diese widrige Ding — und Schrifften bedauret"[4]).

---

[1]) vgl. S. 34.
[2]) K. 125 b, fol. 10. vgl. auch Meisenburg, a.a.O. 69.
[3]) vgl. S. 34.
[4]) K. 125 b, fol. 1 f.

Dieser Brief Johann Friedrich Karls stand deutlich unter dem Eindruck des Krieges, den Friedrich II. von Preußen Mitte August gegen Maria Theresia begonnen hatte. Der Einfall der preußischen Truppen brachte die Habsburgerin in eine höchst ungünstige Lage, die auf die Stimmung der kleineren Reichsstände, besonders aber auf die des Kurfürsten von Mainz zurückwirkte. Sein Schreiben verriet das Streben, im Diktaturstreit, soviel es in seiner Macht lag, einzulenken. — Daß er schon früher den Wunsch gehegt hatte, diese Angelegenheit gütlich beigelegt zu sehen, war aus seinem Gesuch an die Wiener Hofburg um ein entsprechendes Erklärungsschreiben ersichtlich gewesen[5]). Aber das Kriegsglück, das den Rheinfeldzug des Prinzen Karl begleitete, hatte ihn dann veranlaßt, diesen Wunsch zurückzustellen, um statt dessen am Reichstag noch einmal den Angriff der Habsburgerin auf den Kaiser zu unterstützen[6]). — Die Antwort Osteins an Karl VII. kam am 31. August zur Diktatur[7]). Damit war der nahezu ein Jahr andauernde Federkrieg, den die Diktatur der Wiener Protestationen heraufgeführt hatte, beendet.

Denn der Kaiser ließ den Streit jetzt auf sich beruhen. Einmal deshalb, weil nunmehr weniger die Verhandlungen am Reichstag als die Vorgänge in Böhmen seine Aufmerksamkeit in Anspruch nahmen. Die Nachricht von den preußischen Erfolgen ließ ihn den Entschluß fassen, das tatenlose Dasein in Frankfurt aufzugeben und an der Spitze seines Heeres die Rückeroberung seines Stammlandes zu beginnen[8]). Dann aber mochte wohl der Kaiser auch deshalb nichts weiter in der Diktatursache unternehmen, weil der Kurfürst von Mainz in den kommenden Wochen augenscheinlich von der ehedem eingehaltenen Bahn seiner Politik einen Schritt abzurücken versuchte.

Ostein befürchtete, die Gegner der pragmatischen Mächte könnten ihre durch die preußischen Siege geschaffene günstigere Lage dazu benutzen, um an den Mainzer Kurlanden für die österreichische Gesinnung ihres Beherrschers Vergeltung zu üben. Er glaubte dieses Geschick nur abwenden zu können, wenn er sich beizeiten mit den Feinden Habsburgs in Verbindung setze[9]).

Er fragte am 29. August bei Franz Georg von Trier an, ob es nicht ratsam sei, an den in Metz krank darniederliegenden König von Frankreich eine Gesandtschaft abgehen zu lassen und persönlich bei dem Kaiser in Frankfurt vorzusprechen. Beides zu unternehmen war Ostein, wie er berichtete, „zimlich ahngetrungen" worden[10]). Hier-

[5]) vgl. S. 35.
[6]) vgl. S. 46.
[7]) Adelung, a.a.O. 4, 199.
[8]) Droysen, a.a.O. 5, 2. 321.
[9]) K. 125 b, fol. 88.
[10]) ebd.

durch fand Franz Georg das Gerücht bestätigt, von dem er gegen Ende August durch ein Schreiben aus Amsterdam erfahren hatte: „On pretend Scavoir que l'Electeur de Mayence commence un peu à branler."[11]) Der Trierer Kurfürst irrte nicht, wenn er annahm, daß die beiden Besuche in Metz und Frankfurt vom Mainzer Hofkanzler Johann Jakob Josef von Benzel bei Ostein angeregt worden waren. Da der Rat dieses Ministers von seinem kurfürstlichen Herrn nicht zurückgewiesen, sondern bereits auf seine Ausführbarkeit geprüft wurde, fürchtete Franz Georg, der Hofkanzler könne dauernden Einfluß auf Johann Friedrich Karl gewinnen. Der Schönborn hatte keine günstige Meinung von Benzel. Er kannte ihn als einen Menschen, der in politischen Dingen immer schwankend gewesen war[12]). Unter dem Amtsvorgänger Osteins hatte er eine Zeitlang im Solde Frankreichs gestanden, galt aber später den Franzosen als österreichischer Parteigänger[13]). Doch schon 1743 konnte der Hofkanzler — das geht aus seinen Briefen wie aus seinem Verhalten gegen Cobenzl hervor — nicht mehr als Anhänger Österreichs betrachtet werden[14]). Der Kurfürst von Trier warnte deshalb seinen Neffen davor, den Vorschlägen Benzels Beachtung zu schenken. Er gab ihm ferner zu bedenken, daß solche Versuche zu einer Fühlungnahme mit Ludwig XV. und Karl VII. die neutralen Reichsstände beunruhigen würden. Denn es erwecke den Anschein, als sei „alles schont verlohren", wenn Ostein, „ein so kluger undt standthaffter patriot . . . umb gut wetter" bäte. Aus diesem Grunde erschien es dem Trierer besser, wenn die Entsendung eines Mainzer Ministers nach Metz unterbliebe. Eine Fahrt nach Frankfurt aber sollte Ostein wenigstens so lange vertagen, bis der Kaiser öffentlich seinen Aufbruch von dieser Stadt angekündigt hätte, weil sich dann zur Aussprache mit dem Reichsoberhaupt der günstige Vorwand eines Abschiedsbesuches gebrauchen lasse[15]).

Soweit festzustellen ist, bewirkte der Brief Franz Georgs, daß keine Gesandtschaft zu Ludwig XV. abging. Aber noch ehe die bevorstehende Abreise des Kaisers dem Reichstag bekannt gegeben wurde[16]), fand sich der Erzkanzler in Frankfurt am Main ein. Die Nachricht, daß Prag am 16. September in die Hände der Preußen gefallen war, hatte wohl den Kurfürsten veranlaßt, seinen Besuch bei Karl VII. nicht länger hinauszuschieben.

In seiner Unterredung mit dem Kaiser am 21. September brachte Ostein seine Entschuldigung wegen der Diktatur vor, die Karl VII. mit

[11]) K. 125 b, fol. 90, Datum 20. August, Amsterdam, ohne Unterschrift.
[12]) K. 125 b, fol. 89.
[13]) Fould, a.a.O. 260, 265.
[14]) Gr. K. 275, fol. 180.
[15]) K. 125 b, fol. 89.
[16]) Das geschah am 16. Okt. Droysen, a.a.O. 5, 2, 322. Anm. 2.

Schweigen beantwortete[17]). Ferner versicherte er — ob im Verlauf desselben Gesprächs, ist ungewiß —, er sei völlig neutral[18]) und betonte den harmlosen Charakter seiner vertraglichen Verpflichtungen. Er bat sich den kaiserlichen Schutz aus für den Fall, daß die Franzosen Gewalttaten in seinem Erzstift verübten. Der Kaiser glaubte die günstige Gelegenheit gekommen, seinen Gegnern den Mainzer abspenstig zu machen. Er erklärte, das einzige Sicherungsmittel für den Kurfürsten sei dessen Eintritt in die Union[19]). Aber das lehnte Ostein ab mit dem Bemerken, er sei schon anderweitig verpflichtet[20]). Den Vertrag mit England zu brechen und sich dessen Subsidien zu verscherzen, war trotz aller Furcht vor französischen Feindseligkeiten nicht seine Absicht. So hatte die Aussprache weder dem Erzkanzler noch Karl VII. den gewünschten Erfolg gebracht. — Die Franzosen nutzten aber die bloße Tatsache des Frankfurter Besuchs geschickt für ihre Politik aus. Blondel, der französische Gesandte, verbreitete die Kunde von dem überraschenden Zusammentreffen eiligst am Hof zu Brühl, um den wankelmütigen Kölner Wittelsbacher durch den Hinweis auf die veränderte politische Haltung des Mainzers zur Rückkehr zum französischen Kurs anzuregen[21]). Aber Clemens Augusts Politik behielt die österreichische Richtung bei[22]).

Die Franzosen waren freilich nicht sicher, ob Ostein, dessen erster Schritt zu einer Annäherung an die Gegner Habsburgs ergebnislos gewesen, in Zukunft völligen Anschluß an die kaiserliche Partei suchen werde. Deshalb wünschten sie des Mainzers eigentliche politische Absichten kennen zu lernen und verschafften sich in den Monaten September bis November durch Bestechungsmanöver Einblick in Johann Friedrich Karls Briefwechsel mit Kurtrier. Jedoch sie brachten hierdurch nichts Wesentliches in Erfahrung[23]).

Aber nicht nur ihnen, sondern auch ihrem Verbündeten, Preußen, war die Frage nicht gleichgültig, ob der Erzkanzler seine politische Stellung ändern werde oder nicht. Noch ehe der Kurfürst seine Reise nach Frankfurt unternahm, hatte Klinggraeffen, der preußische Minister, aus Frankfurt seinem königlichen Herrn berichtet, der sächsische Gesandte von Loß habe Ostein für Vorschläge zu gewinnen gesucht, die gegen den Kaiser gerichtet gewesen wären. Aber die Antwort sei für den Sachsen unbefriedigend ausgefallen. Friedrich II. begrüßte dieses Verhalten Johann Friedrich Karls als „une marque

[17]) Rh. Ant. II, 10. 366.
[18]) Droysen, a.a.O. 5, 2. 319.
[19]) Droysen, a.a.O. 5, 2. 319, Anm. 1. — Nach Klinggraeffens Bericht. Das Datum 7. Sept. ist unrichtig.
[20]) Gr. K. 275, fol. 485.
[21]) Gr. K. 275, fol. 158.
[22]) Gr. K. 294.
[23]) K. 125 b, fol. 77.

que cet Électeur commence à changer de ton"[24]). Er war jedoch überzeugt, und das Ergebnis des Frankfurter Besuches mußte ihn darin bestärken, daß Ostein nur durch besonderen Druck vollständig dem österreichischen Einfluß entzogen und auf die Seite Karls VII. gebracht werden könne. Friedrich ersuchte deshalb Anfang Oktober Ludwig XV., er möge ein Armeekorps in das Kurmainzer Gebiet legen. Dadurch hoffte er nicht allein den Kurfürsten, sondern auch dessen Nachbarn mürbe zu machen und ihren Anschluß an die Kaiserlichen herbeizuführen[25]).

Die Kunde von der veränderten Haltung Osteins löste bei Maria Theresia große Besorgnis aus. Schien es doch, als stehe eine völlige Abwendung des Mainzers von ihrer Sache bevor. Sie nahm an, der Umschwung sei dem Einfluß einiger Kurmainzer Minister zuzuschreiben und versäumte nicht, dieses Mißtrauen Johann Friedrich Karl wissen zu lassen[26]). Sie wollte dabei in der Hauptsache auf Benzel und Ehrthal hinweisen. — Die Königin von Böhmen mochte gerade zu jener Zeit eine feste Stütze ihrer Interessen im Kurstaat Mainz schmerzlich vermißt haben, denn der österreichisch gesinnte Reichsdirektoriale von Otten war am 8. Februar 1744 gestorben. Sein Tod wurde von der österreichischen Diplomatie als unersetzlicher Verlust beklagt[27]). Der Nachfolger Ottens im Direktorialamt, Philipp Wilhelm Albrecht von Lincker[28]), stand an diplomatischer Begabung hinter Otten zurück. Er war im wesentlichen nur der gewissenhafte Vollzieher der kurfürstlichen Weisungen. Eine ausgesprochen gegnerische Einstellung zu Österreich hatte er nicht. Andererseits rühmte die französische Regierung an ihm aber auch „les qualités . . . et les marques qu'il a donné en tout temps d'un grand respect pour le roi"[29]).

Wenn Maria Theresia Osteins Ministern die Schuld für die Veränderung in der bisherigen Mainzer Politik zur Last legte, übersah sie hierbei völlig, daß doch ihre eigene militärisch so ungünstige Lage die Ursache war, daß Benzels Vorschlag bei dem Kurfürsten Anklang finden konnte. Wie bei ihm der Gedanke einer Annäherung an die Gegner der pragmatischen Mächte angesichts der Waffenerfolge des Preußenkönigs aufgetaucht war, so schwand dieser wieder, als der böhmische Feldzug sich für Friedrich als ein Fehlschlag erwies. Die preußischen Streitkräfte mußten sich Anfang Dezember nach Schlesien zurückziehen, der Sieg schien sich auf die österreichische Seite zu neigen. Von Sachsen erhielt die Habsburgerin Truppenhilfe. Dazu

[24]) P. K. Fr. G. III, 282.
[25]) P. K. Fr. G. III, 300.
[26]) Werner, a.a.O. 166.
[27]) Gr. K. 275, fol. 489.
[28]) Kneschke, a.a.O.
[29]) R. d. i. XVIII, 233.

gelang es Karl von Lothringen, mit seinem Heer in Eilmärschen vom Elsaß nach Böhmen vorzustoßen. Die Franzosen hinderten ihn nicht daran, obwohl es für ihren preußischen Bundesgenossen eine große Entlastung bedeutet haben würde, wenn sie die Armee des Prinzen verfolgt und in Süddeutschland festgehalten hätten.

Das Druckmittel, das der Preußenkönig empfohlen, um Ostein und seine Nachbarn für die Sache des Kaisers zu gewinnen, mußte jetzt, da Österreich im Kampf die Oberhand hatte, versagen. Die rheinischen Fürsten ließen sich durch die herannahenden Soldaten Ludwigs XV. keineswegs einschüchtern. Sie kamen vielmehr in Frankfurt am Main zusammen, um über Gegenmaßnahmen zu beraten. Am 18. November erhoben sie im Verein mit zwei mitteldeutschen Landesherren in einem von Mainz entworfenen Schreiben beim Kaiser Einspruch gegen die Absicht der Franzosen, Winterquartiere in den drei geistlichen Kurstaaten zu nehmen[30]). Ostein hatte für sich allein in derselben Angelegenheit bereits eine Woche vorher Beschwerde eingelegt[31]). In deren Beantwortung begründete Karl VII. den Anmarsch der Truppen mit der Schutzbedürftigkeit des Kurfürsten von der Pfalz. Er spielte auch auf die von Mainz immer wieder versicherte Neutralität an, wenn er schrieb, daß der Erzkanzler nichts von dem Durchzug des Militärs zu befürchten habe, weil er mit den Gegnern des Kaisers in keinem Bündnis stehe und sich wohl in Zukunft nicht dazu verleiten lasse. An die übrigen Fürsten wurden ähnliche Worte gerichtet[32]).

Dennoch hatten die mittelrheinischen Gebiete, vor allem die Mainzer, so schwer unter den Gewalttaten der Franzosen zu leiden[33]), daß sich die Landesherren aufs neue an den Wittelsbacher wandten. Dieser suchte sie durch ein langes Schreiben vom 23. Dezember zu beschwichtigen. Er äußerte darin den Wunsch, sie möchten sich um ihn als ihr Reichsoberhaupt sammeln und endlich den Kampf gegen die pragmatischen Mächte aufnehmen[34]). — Eine Zusammenfassung der Reichsfürsten wurde um diese Zeit auch von der Gegenseite, von England, erwogen. Es entwarf den Plan eines Schutzbündnisses, das mehrere „gutgesinnte" Stände wie Sachsen, Mainz, Köln, Trier und etliche andere umfassen sollte. Doch hierüber wurde zunächst nur zwischen den Höfen von Hannover und Dresden verhandelt[35]). Preußen aber, das von dem englischen Vorhaben erfahren hatte, brachte damit fälschlicherweise auch die Frankfurter Beratungen der Reichsfürsten über die französischen Truppenlasten in Verbindung[36]).

[30]) Adelung, a.a.O. 4, 269.
[31]) ebd. 270.
[32]) ebd. 270.
[33]) ebd. 271.
[34]) ebd. 271 ff.
[35]) Borkowsky, a.a.O. 14.
[36]) P. K. Fr. G. III, 333, Anm. 2.

Friedrich II. wollte das Zustandekommen eines solchen Bündnisses, dem er den Charakter einer Gegenunion zuschrieb, verhindern. Er sandte deshalb am 12. Dezember Kanzleischreiben an die Erzbischöfe von Mainz und Trier, an den Bischof von Bamberg-Würzburg und einige andere Fürsten, um sie vor der Beteiligung an einer Vereinigung zu warnen[37]). Dieser Brief machte aber keinen Eindruck auf die beiden Kurfürsten. Der eine, Franz Georg von Schönborn, war habsburgisch gesinnt; für Ostein, dessen Politik sich wieder nach den Zielen Österreichs richtete, hatte der Hohenzoller durch seine militärischen Mißerfolge an Ansehen verloren. Dazu verschlechterte sich für den preußischen König auch die politische Lage immer mehr. Am 8. Januar 1745 hatten seine Gegner England, Holland, Sachsen und Österreich ihre bestehende Verbindung in der Quadrupleallianz von Warschau erneuert. Da sich Maria Theresia um Rußland bemühte, ergab sich die Möglichkeit, daß auch die Ostmacht der Vierergruppe beitreten werde. Dagegen sah sich Friedrich II. fast nur auf seine eigenen Kräfte angewiesen. Mit Frankreich, das ihn militärisch im Stich gelassen, stand er auf gespanntem Fuß. Sein zweiter Verbündeter, der unglückliche Kaiser, starb am 20. Januar 1745. Durch dessen Hinscheiden eröffnete sich für Maria Theresia nicht allein die Aussicht, nunmehr den Erbfolgestreit bald zu ihren Gunsten zu beenden, sondern auch die andere, die Kaiserkrone ihrem Gemahl zu verschaffen.

Für den Preußenkönig dagegen bedeutete in seiner damaligen Kriegslage der Todesfall einen schweren Schlag. Eine Gegenunion, die Friedrich weitere Schwierigkeiten gebracht haben würde, kam jedoch nicht zustande. Anscheinend war damals von englischer Seite noch kein Bündnisangebot an die rheinischen Fürsten ergangen[38]). Aber selbst wenn ihnen das Projekt bereits vorgelegen hätte, wären sie nicht dafür zu gewinnen gewesen. Denn bei ihnen traten vor der Sorge um die eigenen Staaten alle anderen politischen Fragen zurück.

Es konnte damit gerechnet werden, daß die Truppen Ludwigs XV. die mittelrheinischen Gegenden auch fernerhin besetzt halten würden, um eine Kaiserwahl in Frankfurt am Main möglichst hinauszuzögern. Der einhellige Wunsch, über die Mittel zu beraten, mit denen sich der Abzug des fremden Militärs erreichen lasse, hatte, mit Ausnahme von Kurpfalz, alle Mitglieder vollzählig auf dem kurrheinischen Kreistag zu Frankfurt zusammengeführt. Die Eröffnung der Versammlung war von Ostein als dem kreisausschreibenden Direktor für den 4. Januar 1745 angesetzt, aber wegen der Erkrankung eines Kreisgesandten auf den 3. Februar verschoben worden[39]). Schnell kam unter den Kreis-

[37]) P. K. Fr. G. III, 333, Anm. 3.
[38]) Borkowsky, a.a.O. 14.
[39]) K. 84, fol. 44.

mitgliedern eine Einigung zustande. Schon in der Eröffnungssitzung wurde das Konklusum erzielt. Die Stände beschlossen darin, neutral wie bisher zu bleiben. Die Franzosen aber sollten aufgefordert werden, das Kreisgebiet zu verlassen[40]). Dementsprechend erging ein schriftliches Ersuchen an den Befehlshaber dieser Truppen, Maillebois, und an den Gesandten Blondel[41]).

Maria Theresia war im Hinblick auf die bevorstehende Wahl eine solche Haltung des Kreises sehr erwünscht. Einen besonderen Wert hatte für die Österreicherin die Hilfe des Erzkanzlers. Ihm lag daran, daß das Reich bald wieder einen Kaiser habe, der Ruhe und Ordnung stifte[42]). Nur Franz Stephan von Lothringen kam nach seiner Meinung für die Nachfolge Karls VII. in Frage. Der Mainzer hielt ihn für den würdigsten Anwärter auf die Kaiserkrone, war doch dessen Gemahlin die Beherrscherin des Donaustaates, der wichtigen Vormauer der Christenheit gegen den Islam. Daher bemühte sich Ostein, alles zu tun, was der Erhebung des Großherzogs förderlich sei. Als er pflichtgemäß die einzelnen Kurfürsten zur Beschickung der Wahlversammlung auffordern ließ, überging er dabei auch Böhmen nicht. Er führte damit die Kurstimme, die durch kurfürstlichen Beschluß seit der Wahl Karls VII. ruhte, wieder in den Kurfürstenrat ein, ohne hierzu die vorherige Genehmigung der Mitkurfürsten einzuholen. Freilich sollte er sich dadurch von der Seite Preußens und der Pfalz den schweren Vorwurf des ungesetzlichen Verfahrens zuziehen[43]).

Die Hauptsorge Johann Friedrich Karls war die Befreiung der Wahlstadt Frankfurt und deren Umgebung von dem französischen Militär. Der kreisständischen Aufforderung zum Abzug hatten die Franzosen keine Folge geleistet. Ostein hoffte, daß einem anderen Verfahren ein besserer Erfolg beschieden sein werde. Ihm schwebte die Bildung einer einheitlichen Armatur aller Kreise vor, die die Neutralität des Reiches gegen die Übergriffe des Nachbarn schützen und somit den ungestörten Vollzug der Kaiserwahl in Frankfurt ermöglichen sollte. Unklar war ihm nur die Frage, „wie es bei solcher Armatur zu vorgedachter Behauptung der Neutralität sowohl mit Churbrandenburg als auch mit Österreich vor der Hand . . . zu halten"[44]). Der kurrheinische Kreis nahm den Gedanken einer einheitlichen Armatur mit Beifall auf. Er wollte zunächst versuchen, die benachbarten vorderen Kreise hierfür zu gewinnen. Darum teilte das Kurkreisdirektorium das Konklusum vom 3. Februar dem fränkischen, schwäbischen und oberrheinischen Kreis mit und forderte diese zur

[40]) ebd.
[41]) K. 84, fol. 18.
[42]) K. 125 b. Korr. m. Trier, Frühjahr 1745.
[43]) Pr. St. 1, 547 ff.
[44]) K. 84, Eilfertige ohngefährliche Gedancken . . . 1745, fol. 28.

schleunigen Truppenstellung auf[45]). Freilich erhielt es von ihnen nur „wörtliche Versicherungen". In Schwaben ließ der Preußenkönig gegen die Erfüllung des kurrheinischen Gesuches arbeiten. Im übrigen hatten die Kreise vor allem ihre eigene Sicherheit, nicht aber die der kurrheinischen Stände im Auge[46]). So sah sich der Kurkreis auf Selbsthilfe angewiesen. Er stellte auf Veranlassung des Direktoriums in der Kreissitzung vom 15. März zunächst das schon 1742 festgesetzte Triplum sicher und beschloß dazu noch das Quadruplum[47]).

Da die Franzosen erkannten, daß das Kreiskonklusum auf Betreiben Osteins zustande gekommen war, ließen sie ihre Empörung darüber den Mainzer Kurstaat schwer entgelten[48]). Anfang 1745 hatte der Gesandte Blondel noch ein gewisses Verständnis für die Notlage des Erzstiftes gezeigt und aus eigenem Antrieb am 22. Januar 1745 ein Winterquartierabkommen mit dem Kurfürsten geschlossen. Indes beging er damit nach der Meinung des französischen Kriegsministers d'Argenson „une grande sottise". Sie mußte auf Anordnung von Paris wieder rückgängig gemacht werden[49]). Ostein gegenüber begründeten die Franzosen dieses Verfahren damit, daß nicht allein die „raison de guerre", sondern auch die „gloire" der französischen Nation das Fortbestehen dieser Konvention verbiete[50]). — Ende März besetzten die Truppen Ludwigs XV. die Mainzer Feste Königstein, zu gleicher Zeit wurde von ihnen über die Stadt Mainz die Sperre der Lebensmittelzufuhr zu Wasser und zu Lande verhängt[51]). Johann Friedrich Karl hatte sich nicht entschließen können, seine Residenzstadt zu verlassen. Denen, die um seine Sicherheit besorgt waren, erwiderte er: „Sollte mir auch das Haus über dem Kopff zusammenfallen, so werde ich doch meine Unterthanen nicht verlassen, wo diese, da werde ich auch verbleiben."[52])

Der Haß der Franzosen gegen Ostein wurde dadurch verstärkt, daß der Erzkanzler die Aussöhnung zwischen der Hofburg und dem jungen bayrischen Kurfürsten vermittelte. Nicht aus eigenem Willen sondern auf den ausdrücklichen Antrag Maria Theresias übernahm Johann Friedrich Karl die Aufgabe, durch seinen Gesandten, den Freiherrn von Kesselstadt, den bayrischen Wittelsbacher für die Friedensvorschläge der Habsburgerin zu gewinnen. Es war aber nicht das Verdienst des Mainzischen Unterhändlers, sondern die Folge der österreichischen Siege, wenn Maximilian Josef von Bayern den ange-

[45]) Gr. K. 307, fol. 480 ff.
[46]) K. 126 b, fol. 98. — Gr. K. 307, fol. 480 ff.
[47]) K. 84, fol. 16.
[48]) Zévort, a.a.O. 280.
[49]) Zévort, a.a.O. 271.
[50]) K. 84, fol. 54.
[51]) G. u. K. 10 a, K. 84, fol. 54.
[52]) G. u. K. 10 a, Lob- und Trauerrede . . .

botenen Vergleich annahm[53]). Im Vertrag von Füssen entsagte er, der seine Stammlande ungeschmälert behalten konnte, dem Anspruch auf das pragmatische Erbe und gab die Zusicherung, bei der Kaiserwahl für den Lothringer zu stimmen. — Auf Mainz, Trier, Hannover und Bayern konnte Österreich somit rechnen. Ostein wünschte aber eine starke Mehrheit des Kurkollegs für Franz Stephan zu gewinnen. Darum ließ er durch seinen Gesandten Ehrthal die hannöversche Regierung im Juni 1745 ersuchen, sie möge den noch unsicheren Polenkönig endgültig auf die Seite der Habsburgerin bringen[54]). Auch ermöglichte er im August dem Gesandten des Kurfürsten von der Pfalz auf sein Gesuch eine Verhandlung mit dem Großherzog. Eine Verständigung zwischen Wien und Mannheim, auf die er gehofft hatte, kam dadurch freilich nicht zustande[55]).

Nachdem zwischen Habsburg und Wittelsbach Friede geschlossen war, setzte Ostein die Richtlinien zu einem Bündnis der Kurfürsten auf, in dem er die Grundlage für eine künftige Einheit des Reiches erblickte. Von dem Vorschlag Palms vom Sommer 1744 unterschied sich der Mainzische Entwurf dadurch, daß er ausdrücklich die Neutralität der Glieder dieser Vereinigung hervorhob. Die Verbündeten sollten einander nur bei Angriffen von außen Hilfe leisten. — Schon im Frühjahr 1744 hatte Ostein an eine Zusammenfassung der Kurfürsten gedacht. Damals waren ihm englische Subsidien als die sicherste Klammer hierfür erschienen. Jetzt sah er das beste Mittel in einer einheitlichen Armatur, einer Reichsarmee. Eine solche hatte auch König Friedrich II. 1742 und 1743 geplant, um Karl VII. eine Hilfe zu verschaffen, vor allem aber, um Preußens Stellung im Reich zu stärken. Der Kurfürst von Mainz dagegen sah als Hauptzweck des Reichsheeres den Schutz der Rheinlinie an. Wie im Herbst 1743 betonte er auch jetzt wieder die Bedeutung der gesicherten Westgrenze für Deutschland. Doch erst dann war seiner Meinung nach eine feste Schranke gegen den Ansturm der Franzosen errichtet, wenn sich dieser rein defensiven Konföderation auch zwei außerdeutsche Staaten, die Schweiz und Holland, eingliederten[56]). Als „anciens Alliés et Amis naturels du Corps germanique" sollten diese beiden im Bedarfsfalle den Bundesgenossen Truppen stellen, „pour en assurer d'avantage l'Effet entier". Ob dieser Entwurf einen Gegenvorschlag zu dem in England erwogenen Bündnisplan[57]) darstellte, ist ungewiß. Es kann nur vermutet, nicht aber nachgewiesen werden, daß der Erzkanzler etwa Ende Mai von den englisch-sächsi-

[53]) Preuß, a.a.O.
[54]) K. 84, fol. 2 ff.
[55]) Wahl- und Krönungsakten XI b. — K. 126 b, fol. 222.
[56]) K. 84, fol. 22, 38.
[57]) vgl. S. 52.

schen Verhandlungen Nachricht erhielt[58]). Möglicherweise hoffte er, daß sein Vorschlag eher zu verwirklichen sei als der englische Plan, dessen Durchführung anscheinend an der Abneigung der kleineren Stände im Frühjahr 1745 gescheitert war[59]). Ob Ostein den Versuch gemacht hat, die Kurfürsten für seinen Bündnisgedanken zu gewinnen, ist jedoch nicht festzustellen[60]).

Damit die Wahlversammlung, deren Eröffnung Johann Friedrich Karl für den August festgesetzt hatte[61]), von französischer Seite nicht gestört werde, rückten im Juni von Bayern und den Niederlanden her österreichische und hannöversche Truppen gegen Frankfurt vor. Die Franzosen räumten nunmehr die Festung Königstein und die besetzten Städte des Erzstiftes[62]). In der Gegend der Stadt Mainz behaupteten sie jedoch das Übergewicht, bis Franz Stephan mit seinem Heer am 15. Juli zu kurzem Aufenthalt in die alte Metropole einzog. Für Ostein und seine Untertanen bedeutete die Ankunft des Lothringers die Befreiung aus großer Bedrängnis, darum wurde ihm ein freudiger Empfang bereitet[63]). Als die pragmatische Armee am Mittelrhein stand, fanden sich außer den kurrheinischen nun auch die übrigen vorderen Kreise bereit, Truppen zu stellen, um den ungestörten Vollzug der Wahl zu ermöglichen. — In Frankfurt war nach einigen Vorbesprechungen am 20. August die Wahlversammlung eröffnet worden[64]). Sie führte auf das Betreiben des Erzkanzlers rasch zu dem Ziel, das ihr Österreich gesteckt hatte, trotz der Verwahrungen und Proteste, die Kurpfalz und Kurbrandenburg gegen den „Ordnungswidrigen modum procedendi" der Beratungen erhoben[65]). Am 13. September wählten außer ihnen alle anderen Kurfürsten Franz Stephan zum Kaiser.

Bis zum Ausgang Karls VII. hatte Ostein in seiner Politik mehrfach den Standort gewechselt[66]). Der Grund hierfür lag in seinem Streben, sich jeweils mit derjenigen Mächtegruppe gut zu stellen, die militärisch die Oberhand hatte. Seitdem der Lothringer die Kaiserkrone trug, fiel jedoch die Möglichkeit fort, daß Johann Friedrich Karl in seiner Politik von der österreichischen Richtung abwich, denn nach der Ansicht des Kurfürsten von Mainz hatte die Wahl vom 13. September endgültig die Vormachtstellung des Erzhauses über das Reich gesichert. Nunmehr konnte der Kurfürst seine reichspolitische

[58]) Borkowsky erwähnt von einer Mitteilung an ihn jedoch nichts.
[59]) Borkowsky, a.a.O. 15.
[60]) K. 84.
[61]) K. 84, fol. 157.
[62]) K. 125 b, fol. 53.
[63]) K. 126 b, fol. 103.
[64]) Pr. St. 1, 543 ff.
[65]) ebd.
[66]) vgl. Kap. II, III und IV.

Tätigkeit vollauf für die Ziele einsetzen, die ihm schon seit den Anfängen seiner Regierung vor Augen standen: die Sicherung der Rheingrenze und die Reichseinheit. Aber nicht auf dem Wege des Fürstenbündnisses, wie nach dem Entwurf von 1745 zu erwarten wäre, hat er den festen Zusammenhalt unter den Reichsgliedern zu erreichen gesucht, sondern durch die Assoziation der Reichskreise[67]).

V.

Die Assoziationspolitik Osteins.

Assoziationen waren im 17. und zu Beginn des 18. Jahrhunderts oft zwischen den kleineren Reichsständen angesichts der Kriegsgefahr und der Zerrüttung des Reichskörpers aus Schutzbedürfnis geschlossen worden. Ihr Zweck sollte die Stärkung der Reichseinheit, die Neubelebung der Kreisverfassung und die gegenseitige Hilfeleistung sein. Diesen Verbindungen hatten zwei Mainzer Kurfürsten aus dem Hause Schönborn, Johann Philipp[1]) und Lothar Franz[2]), zeitweise als führende Persönlichkeiten angehört. Allein bei der Schwäche der Mitglieder war den Vereinigungen jeglicher Erfolg versagt geblieben. Diese Tatsache hielt Ostein jedoch nicht ab, wie im allgemeinen in seiner Reichspolitik so auch in der Frage der Zusammenfassung der Glieder des Reichs an der Mainzer Tradition festzuhalten. Für die Assoziation, die er schaffen wollte, übernahm er den defensiven Charakter von den Kreisföderationen des vergangenen Jahrhunderts. Aber zum Unterschied von diesen Vorbildern sollte die von Johann Friedrich Karl geplante Verbindung zwischen allen Reichskreisen einen einzigen Zweck haben: eine Reichsarmee aufzustellen zum Schutz der deutschen Westgrenze. Er trachtete danach, zunächst einen Zusammenschluß der vorderen Kreise zustandezubringen, da er sie als Voraussetzung einer Einigung des gesamten Reiches ansah. In seinen Bestrebungen fand er die Förderung des Kaisers. Franz I. ließ schon am 5. Oktober, kurz nach seiner Krönung, die vorderen Kreise durch ein „Exhortationsschreiben" zur gegenseitigen Verständigung auffordern. Dementsprechend hatte Ostein am folgenden Tag den kurrheinischen, fränkischen, schwäbischen, oberrheinischen, den bayrischen und vorderösterreichischen Kreis nach Frankfurt am Main geladen. Der Langsamkeit, mit der die Stände Folge leisteten, war es zuzuschreiben,

[67]) K. 125 c, fol. 91.
[1]) 1647—1673.
[2]) 1694—1729.

daß die Beratungen erst Anfang Januar 1746 richtig beginnen konnten[3]).

Daß der Kaiser die Assoziationsbestrebungen des Mainzers unterstützte, war in den militärischen Schwierigkeiten begründet, in die Österreich geraten war. Friedrich von Preußen hatte seit dem Sommer 1745 glänzende Siege errungen. Frankreich zog im Herbst desselben Jahres seine Truppen von der Rheinlinie zurück. Die dadurch freiwerdenden Streitkräfte verwendete es zum Teil zur Verstärkung seiner Armee, die in Italien gegen Habsburg kämpfte. Den Hauptstoß aber führte es gegen die österreichischen Niederlande, auf die sich nunmehr seine Begehrlichkeit richtete und mit deren Eroberung schon Mitte des Jahres 1745 begonnen war. Der Donaumonarchie wäre der Eintritt des gesamten, bisher neutralen Reiches in den Krieg sehr erwünscht gewesen, weil dadurch Frankreich genötigt würde, einen Teil seiner Soldaten von den beiden Fronten zum Schutz der Ostgrenze zurückzuziehen. In der Annahme, die Stände seien bei straffer Zusammenfassung dem Reichskriegsgedanken leichter zu gewinnen, bestärkte Franz I. Ostein in seinen Assoziationsbestrebungen. Auch forderte er am 13. Oktober 1745 auf dem Reichstag die Stellung des Triplums[4]) in der Hoffnung, von der Waffenhilfe des Reichs bald Gebrauch machen zu können.

Doch hierzu waren die Stände nicht geneigt. In ihrer friedlichen Gesinnung wurden sie dadurch bestärkt, daß die französische Regierung durch ihren Gesandten Malbran de la Noue in Frankfurt am 10. Januar 1746 dem Reichstag versichern ließ, sie werde die Neutralität der vorderen Kreise nicht verletzen, sofern diese keine Assoziation gegen Frankreich bildeten[5]). Sodann besorgten die Landesherren, ein Reichskrieg gegen Ludwig XV. werde Preußen, das im Dezember 1745 Frieden mit Österreich geschlossen hatte, wieder zu den Waffen rufen. Seitdem sich Friedrich II. durch seine großen militärischen Erfolge den Besitz Schlesiens aufs neue gesichert hatte, erschien er den kleineren Fürsten als eine gefährliche Macht, mit der bei allen politischen Entscheidungen gerechnet werden mußte[6]).

Diese ablehnende Haltung der Stände in der Reichskriegsfrage erschwerte Ostein die Arbeit am Generalkreiskonvent. Als Vorsitzender der Versammlung, die zunächst nur von Franken, Schwaben, Oberrhein und Kurrhein, nicht aber von Österreich und Bayern beschickt war, hatte der Erzkanzler angeregt, die vier vorderen Kreise sollten ihre Truppen, für die schon im Herbst 1745 das Quadruplum

---

[3]) Kurrheinische Kreisakten, Tom. 123.
[4]) Droysen, a.a.O. 5, 2, 565.
[5]) Gr. K. 294, fol. 140.
[6]) K. 125 b, Briefwechsel zwischen Mainz, Trier und Bamberg-Würzburg 1745/46.

bezw. das Triplum beschlossen worden, gegen den Rhein vorrücken lassen. Dadurch hoffte er französische Streifzüge in deutsches Gebiet, wie sie im Januar 1746 noch vereinzelt vorgekommen waren, in Zukunft verhindern zu können. Die Kreisstände blieben jedoch zunächst zurückhaltend. Sie argwöhnten, Johann Friedrich Karl wolle Rüstungen zu einem Reichskrieg gegen Ludwig XV. betreiben[7]). Jedoch das war keineswegs Osteins Verlangen. Denn ein solcher Krieg würde doch auf dem Boden der Westmark zum Austrag kommen und den durch den Krieg ohnehin schon sehr geschwächten Kurmainzischen Landen nur neue Wunden schlagen. Aber wenn er auch versicherte, sein Armaturplan sei ja nur zum Schutz der Neutralität Deutschlands und wolle „niemandts . . . beleidigen"[8]), so fand er doch nicht viel Glauben.

Selbst der Direktor des fränkischen Kreises, Friedrich Karl von Bamberg-Würzburg[9]), und der Kurfürst von Trier waren mißtrauisch und ablehnend. Franz Georg ermahnte seinen Neffen, er möge sich nicht für die kriegerischen Absichten Österreichs einsetzen, das ohnehin im Reich „in allem sehr gewalttätig hinausgehe". Er berichtete Ende Januar 1746 nach Mainz, daß die Stände übereingekommen seien, dem Erzkanzler die Führung seines Reichs- und Kreisdirektorialamtes nicht allein zu erschweren, sondern „so viel als immerhin möglich zu beschräncken, ja wohl gahr krafftlos zu machen . . ."[10]). Der Trierer war wie Ostein davon überzeugt, daß dieses Vorhaben das Ergebnis der Einflüsterungen der Pariser Regierung sei. Sie wollte dadurch einem Reichskrieg vorbeugen[11]). Dasselbe Ziel verfolgte sie, als sie bei dem Kurfürsten von Trier darauf hinzuwirken suchte, daß der Kreisdirektorialkonvent zu Frankfurt ein Neutralitätsabkommen mit Frankreich eingehe. Sich hierfür einzusetzen, war der habsburgisch gesinnte Franz Georg jedoch nicht gewillt. Er war über das an ihn gestellte Ansinnen sehr entrüstet, hütete sich aber, dies zu zeigen, um sich nicht die offene Feindschaft des westlichen Nachbarn zuzuziehen. Er riet der Pariser Regierung, sie möge sich selbst an die Generalkreisversammlung wenden[12]). Daraufhin brachte dann ein französischer Gesandter bei dem Mainzer Kreisdirektorialen von Fries den Antrag auf ein Neutralitätsabkommen vor. Jedoch er wurde abgewiesen.

---

[7]) FRTA. Tom. 168. — K. 125 b.

[8]) K. 125 b, fol. 47.

[9]) K. 125 b, fol. 45. — vgl. dagegen Droysen, a.a.O. 5, 3, 144.

[10]) K. 125 b, fol. 39. — Um welche Stände es sich im einzelnen handelte, ist aus dem Brief Franz Georgs nicht zu ersehen.

[11]) K. 125 b. Auch Preußen schien Schritte gegen Ostein unternehmen zu wollen. P. K. Fr. G. V, 17.

[12]) K. 125 b, fol. 32.

Unterdessen war anscheinend der Trierer zur Überzeugung gekommen, daß Johann Friedrich Karl durchaus friedliche Absichten hege. Denn er bestärkte nunmehr seinen Neffen in der Ansicht, daß die Schaffung einer einheitlichen Armatur zum Schutze Westdeutschlands überaus notwendig sei[13]). Der Mainzer hatte mit seinen Bemühungen um die Sicherung der Rheingrenze vorübergehend Erfolg[14]): Aus Besorgnis, die französischen Streifzüge könnten sich wiederholen, hatten sich im Frühjahr die vorderen Kreise bereit gefunden, an der Rheinlinie von Schierstein[15]) gegen Süden Truppen aufzustellen[16]). Daß dieses Aufgebot nur dem Schutz der Neutralität der Kreisländer diente, entsprach durchaus dem Ziel, das Ostein für die zukünftige Assoziation und Reichsarmatur gesteckt hatte[17]). Um zu verhindern, daß in der Hofburg dieser Vorgang als Bereitschaft zum Reichskrieg gedeutet werde, legte der Kurfürst dem Kaiser in einem Brief vom 9. April nahe, „dass man einer, auch nach ehemaliger Erfahrnus höchst nützlich befundenen einsweiligen Neutralitäts-Sprach nebst der gleichwolen und eben dadurch erwürckenden gemeinsamen Armatur unter feierlichstem Vorbehalt deren respective obhandenen und weithers künftigen Reichsentschließungen sich nicht entschlage"[18]).

Hiermit wollte sich jedoch die Wiener Regierung nicht begnügen. Sie hielt die Zeit für gekommen, den Mainzer Kurfürsten von seiner neutralen Einstellung abzubringen. In einer Ministerialkonferenz unter dem Vorsitz Franz' I. wurde über ein Schreiben beraten, durch das Ostein ersucht werden sollte, daß er „denen Üblgesinnten durch dilatorische Mittel entgegen gehen möge", bis die kaiserliche Armee gegen Heilbronn vorgerückt sei[19]). In der Hofburg war man der Meinung, der Mainzer halte nur aus Furcht vor den antihabsburgischen Kreismitgliedern an der Neutralität fest. Durch die Ankunft österreichischer Truppen in Heilbronn[20]) hoffte man ihn zu ermutigen, sich offen zum Reichskriegsgedanken zu bekennen. Aber der Erfolg dieser Maßnahme war fraglich. Darauf deutete die gewundene Antwort, die Ostein auf den kaiserlichen Brief vom 27. April 1746 gab: „Niemalen ist von mir einiger Gedanken geheget, weniger geäußeret worden, irgendwo bei Reich oder Kreisen in eine Neutralitätsverbindlichkeit sich einzulassen . . ."[21]) Der Kurfürst spielte hiermit auf den Neutralitätsvertrag an, den Frankreich mit dem Generalkreiskonvent

[13]) K. 125 b, fol. 32, 33.
[14]) Im Frühjahr und Sommer 1746.
[15]) Am Rhein gelegen unterhalb Mainz.
[16]) Gr. K. 307, fol. 480 ff.
[17]) K. 125 b, fol. 47.
[18]) Khevenhüller, a.a.O. 2, 395.
[19]) ebd. 87.
[20]) Droysen, a.a.O. 5, 3. 157. Anm. 1.
[21]) Khevenhüller, a.a.O. 2, 395.

hatte schließen wollen, ohne damit Erfolg zu haben. Ob er seinen bisherigen Standpunkt in der Reichskriegsfrage ändern werde, teilte er jedoch nicht mit. Dafür verriet aber dieses Schreiben an den Kaiser, was durch Osteins ferneres Verhalten bestätigt wurde: er wollte sich nicht als blindes Werkzeug für die Kriegsabsichten der Hofburg gebrauchen lassen. Der österreichische Gesandte von Hagen stellte bei dem Mainzer den Antrag, man möge in den Kreisberatungen von dem Ausdruck „Neutralität" absehen. Wie an Hand der Sitzungsberichte festzustellen ist, wurde dem entsprochen[22]). Aber Johann Friedrich Karl wünschte nicht, daß wegen dieses Zugeständnisses ein Zweifel an der friedlichen Haltung des Generalkreiskonvents entstünde. Er ließ deshalb auf den Tagungen immer wieder hervorheben, die Assoziation und die Kreisarmatur seien rein defensiver Natur und zu „niemands Beleidigung"[23]).

Franz I. schlug nach diesen Mißerfolgen einen anderen Weg ein. Er hoffte, Ostein durch einen Gunstbeweis zum Anhänger des Reichskriegsplanes zu gewinnen. Der Kaiser wußte um das Streben des Mainzers nach dem Besitz des Bistums Würzburg, das durch den Tod Friedrich Karls von Schönborn am 9. Juli 1746 frei geworden war[24]). Dieses Verlangen wollte der Lothringer erfüllen. Er verwandte sich bei der Kurie dafür, daß Johann Friedrich Karl die zu seiner Wahl in Würzburg notwendige „Bulla eligibilitatis" erteilt werde. Aber dem Würzburger Domkapitel war Ostein unerwünscht. Noch ehe die kaiserlichen Verhandlungen in Rom über die Wahlbulle begonnen hatten, wurde am 29. August Anselm Franz von Ingelheim zum Bischof erhoben[25]).

Die österreichische Diplomatie forderte nunmehr den Erzkanzler immer unverhüllter zur Beteiligung am Reichskrieg auf. Graf Cobenzl berichtete am 13. November 1746 nach Mainz, die beiden Markgrafen Karl Friedrich von Ansbach und Friedrich von Bayreuth hätten erklärt, „dass sobald von mehreren Crayssen und Ständen ein Vorgang gemacht werden wird, sich selbe willigst zugesellen, falls es auch bis auf einen Reichskrieg gegen Frankreich gehen sollte"[26]). Am 4. November schrieb er dem Mainzer Kreisdirektorialen von Fries: „Der Zeit ist nicht mehr, daß man vor Franckreich so Groses Menagement tragen müsse . . . obzwar das Assoziations-Bündnus contra quoscumque gerichtet ist, so ist doch nicht zu leugnen, dass selbes haubtsächlich auf Franckreich ziehle."[27])

[22]) Gr. K. 307, fol. 480. — K. 125 b, fol. 22.
[23]) Kreiskonventsakten, Tom. 122—125.
[24]) Ostein war Domherr zu Würzburg, vgl. S. 9.
[25]) Khevenhüller, a.a.O. 2, 103 ff. — Adelung, a.a.O. 5, 481. — K. 125 b, fol. 14.
[26]) Gr. K. 294, fol. 14.
[27]) Gr. K. 294, fol. 85.

Aber noch war die Assoziation der vorderen Kreise, deren Ziel Österreich bestimmen wollte, nicht zustande gekommen, und die Aussicht darauf hatte sich im Sommer 1746 immer mehr verschlechtert. Seit Ende Juni blieb Schwaben dem Frankfurter Kreiskonvent fern. Der Anlaß hierzu ergab sich im Verlaufe der Beratungen über eine Antwort an de la Noue auf dessen am Reichstag eingebrachten Brief vom 10. Januar. In dieser Angelegenheit hatte der Mainzer der Kreisversammlung eine Erwiderung vorgeschlagen; darin wurde dem Franzosen versichert, die Reichsstände seien bereit, die „Offentliche Sicherheit des Reiches mit aller ihrer Macht zu behaupten und . . . wider alle Gefahr aufrecht zu erhalten". Der schwäbische Kreis mißbilligte diese Wendungen, da er in ihnen eine Kampfansage an Frankreich erblickte. Er gab seinem Kreisgesandten keine Anweisungen mehr und berief ihn schließlich von Frankfurt ab. Schwabens Absonderung wirkte lähmend auf die Entschlußkraft der übrigen Kreismitglieder. Die Verhandlungen über die Genehmigung des Mainzer Briefentwurfes gerieten ins Stocken und de la Noues' Schreiben blieb unbeantwortet[28]).

Das Mißtrauen, dem der Kurfürst von Mainz in den Kreisberatungen am Anfang des Jahres 1746 begegnete, bestand somit noch immer. Verwunderlich war das nicht, denn die französischen Gesandten bemühten sich, den Widerstand gegen Ostein wach zu erhalten und zu verstärken. Da sie keine Aussicht hatten, bei den vorderen Kreisen ein Neutralitätsabkommen durchzusetzen, wollten sie wenigstens die Generalkreisversammlung in Frankfurt zur Auflösung bringen[29]). Hierzu war mit dem Abfall Schwabens der Anfang gemacht. Kurz darauf begann sich Köln in den Beratungen immer häufiger von den gemeinsamen Abmachungen auszuschließen[30]). Österreich war über diese Entwicklung sehr beunruhigt. Graf Cobenzl bat deshalb Ostein, er möge sich „zu Besten des Vatterlandes" bei Clemens August verwenden[31]). Der Erzkanzler sagte zu. Am 27. Juli traf er mit dem Wittelsbacher in Schlangenbad zu einer Unterredung zusammen. Er hatte gehofft, sich dadurch des Kölners Mitarbeit auf Reichs- und Kreistagen für die Zukunft sichern zu können, wurde aber enttäuscht[32]). Der Austritt Kölns aus dem Kreiskonvent konnte nur als eine Frage der Zeit angesehen werden. Von Kurpfalz war dasselbe zu erwarten.

Daß die übrigen Reichsstände diesen Erfolgen der französischen Reichspolitik so gleichgültig gegenüberstanden, empörte Ostein aufs

---

[28]) vgl. S. 59. — Gr. K. 307, fol. 480. — Adelung, a.a.O. 5, 368.
[29]) Gr. K. 294, fol. 179, 185.
[30]) Kreiskonventsakten, Tom. 122.
[31]) Gr. K. 294, fol. 58.
[32]) Gr. K. 294, fol. 165. — Braubach, a.a.O. 112, 66.

tiefste. In seinem Briefwechsel suchte er Trier, Bamberg-Würzburg und andere Stände der benachbarten Kreise aufzurütteln. Er legte ihnen die für den Zusammenhalt des Reichs verderblichen Folgen des französischen Treibens dar. So schrieb er 1746 im Hinblick auf die Vorgänge am Generalkreiskonvent an Franz Georg von Trier: „Eine offenbahre Straff Gottes scheint es in der Daht zu sein, dass ein jeder diese verderblige französche Streiche gantz clar ansiehet undt gleichwohlen man den ohnfehlbar herannahenten Übel gesamter handt nicht entgegenstehen will, ja gar mit einer verantwortligen Gelassenheit seinen privat undt der Ordnung nach gemeinsamen Untergang deme so leicht zu steiern were, abwartet."[33]) Jedoch seine Worte blieben wirkungslos. Er selbst versuchte, soviel in seiner Macht lag, die Einmischung der Pariser Regierung in die Kreisangelegenheiten einzuschränken. So wies er die Diktatur eines Schreibens vom 26. Oktober 1746 zurück, in dem Malbran de la Noue, der französische Gesandte, die vorderen Kreise ermahnte, sich nicht in ein Unternehmen einzulassen, das die Grenzen Frankreichs beunruhigen könnte[34]).

Aber Frankreich erwies sich im Verein mit Preußen doch stärker als der Erzkanzler. Köln und Pfalz verließen Ende Januar 1747 den Kreiskonvent. Als Anlaß hierzu gaben sie das Fehlen des Vorbehaltes der Neutralität in den Kreisberatungen an. Wie die beiden Kurfürsten erklärte sich etwas später, am 23. Juli, auch Schwaben neutral[35]). Der Generalkreiskonvent fiel jedoch nicht gänzlich auseinander. Franken, Oberrhein und Kurrhein setzten die Besprechungen fort. Zwischen ihnen kam am 4. Februar 1747 die Assoziation zustande. Sie sollte, wie das Sitzungsprotokoll hervorhob, „zu niemands Beleidigung" sein und der „Beibehaltung der selbsteigenen Ruhe und Sicherheit" dienen[36]).

Mit der Assoziation der vorderen Kreise sah Ostein wenigstens einen Teil seines Planes erfüllt. Der Kaiser mußte dagegen die militärischen Hoffnungen, die er auf die Reichsstände gesetzt hatte, aufgeben. Seine Versuche, das Reich zum Krieg gegen Ludwig XV. fortzureißen, scheiterten nicht allein an den Gegnern, sondern auch an den Anhängern Habsburgs.

Seit dem Abschluß des Dresdner Vertrags von 1745 blieb Deutschland von den Stürmen des Erbfolgekrieges verschont. In Flandern, Italien und in den Kolonien setzte die Erschöpfung der Großmächte erst 1748 dem Kampf ein Ende. Der Friede, der zwischen England, Österreich und den beiden Bourbonenreichen im Oktober 1748 zu

---

[33]) K. 125 b, fol. 33.
[34]) Auerbach, La France etc. 330 f.
[35]) Gr. K. 307, fol. 480, 58. — Kreiskonventsakten, Tom. 122.
[36]) Kreiskonventsakten, Tom. 124, Sitzungsprotokoll v. 4. II. 1747. — Gr. K. 307, fol. 480.

Aachen geschlossen wurde, brachte Friedrich II. von Preußen den größten Erfolg. Denn ihm wurde von den vertragschließenden Mächten der Besitz Schlesiens bestätigt. Diese Bestimmung und der Verlust einiger habsburgischer Gebietsteile in Italien an Sardinien und einen spanischen Infanten waren die Ursache, daß sich Maria Theresia erst nach längerem Zögern bereit fand, den Aachener Vertrag zu unterzeichnen. Sie hatte die Genugtuung, die Großmachtstellung und Unteilbarkeit der Donaumonarchie erhalten und die Pragmatische Sanktion von Europa anerkannt zu sehen.

Der Verlauf der Friedensverhandlungen war von Ostein mit Aufmerksamkeit verfolgt worden. Noch vor deren Abschluß hatte er bei der Wiener Regierung den Antrag gestellt, das Reich möge in den bevorstehenden Frieden einbezogen und der Vertrag dem Reichstag zur Genehmigung vorgelegt werden, wie dies auch bei dem Wiener Präliminarfrieden 1737 geschehen war. Er vertrat die Ansicht, daß dem Reich, das jahrelang das Kampffeld der sich bekriegenden Staaten gewesen, auch ein Anrecht auf Beteiligung am Frieden zustehe. Dieses Recht bestritt man jedoch in der Hofburg, mit der Begründung, daß das Reich im Krieg neutral geblieben war. Deshalb wurde der Erzkanzler abgewiesen[37]).

Glücklicher hatte sich im Frühjahr 1748 das Ergebnis der Bemühungen Osteins um die Vollendung der Assoziation gestaltet. Die Erkenntnis, daß durch die bereits eingeleiteten Friedensverhandlungen die Gefahr eines Reichskrieges so gut wie beseitigt war, führte Schwaben zu dem Generalkreiskonvent zurück. Auch der österreichische Kreis stellte nunmehr seinen Vertreter auf der Frankfurter Versammlung. Pfalz und Köln fehlten zwar noch immer, aber die übrigen Mitglieder Kurrheins erklärten sich mit den vier anderen vorderen Kreisen in einem Rezeß vom 27. Juli 1748 einstimmig bereit, das „zu niemands Beleidigung" geschaffene Assoziationsdekret von 1747 anzuerkennen und „also sothanes Foedus mere defensivum forthin beharrlich beizubehalten und sicher zu stellen"[38]).

Die im Rezeß für den Notfall vereinbarte Hilfeleistung zwischen den Kreisen genügte Johann Friedrich Karl jedoch nicht, denn wie 1747 so sah er auch jetzt noch den Hauptzweck der Assoziation in der Sicherung des Rheines. Daß der Krieg als beendet gelten konnte, war für den Kurfürsten keineswegs ein Grund, sein Mißtrauen gegen Frankreich aufzugeben. Er fürchtete, dieser „voisin mal intentionné" werde auch im Frieden vor „irruptions" nicht zurückschrecken[39]). Aber die vorderen Kreise, das hatte die Erfahrung von 1746 gelehrt, konnten nur eine zahlenmäßig schwache Grenzwacht stellen, weil es

[37]) K. 64, fol. 21, 27, ff.
[38]) Kreiskonventsakten, Tom. 124. Rezeß, 27. Juli 1748.
[39]) K. 85, fol. 178.

ihnen an Geld fehlte. Aus diesem Grunde waren auch die von Ostein ins Auge gefaßten Verstärkungen der Festungen Kehl, Philippsburg, Mainz und Ehrenbreitstein, die er zur Sicherung der Rheinlinie für unerläßlich hielt, nicht auszuführen. Deshalb wollte der Kurfürst der Assoziation vor allem eine Geldquelle erschließen. Er dachte dabei an England, das er für ein Bündnis mit den vorderen Kreisen zu gewinnen hoffte[40]).

Bereits kurz vor dem Zustandekommen des Rezesses vom 27. Juli ersuchte er Franz I. durch ein Schreiben, er möge seinerseits bei den vorderen Kreisen den Beitritt Englands zur bevorstehenden Assoziation beantragen[41]). Gleichzeitig ließ er durch seinen Großhofmeister von Stadion das Bündnis in Hannover vorschlagen[42]). Wie der britische Staatssekretär Herzog von Newcastle dem Mainzer Gesandten persönlich mitteilte, war König Georg II. nicht abgeneigt, eine solche Verbindung einzugehen[43]). Kurz darauf schwand aber diese für die vorderen Kreise so günstige Aussicht wieder dahin. Die hannöversche Regierung erhielt Ende Juli 1748 aus Wien die Nachricht, Franz I. habe es abgelehnt, sich bei den Kreisen für ein Bündnis mit England einzusetzen, mit dem Bemerken, er habe „so wenig und dabei gantz entkrefftete freund im Reich", von denen kein Nutzen zu ziehen sei[44]). Die Worte galten den Kreisständen, die des Kaisers Reichskriegsplan zum Scheitern gebracht hatten. Aber auch gegen England war man in der Hofburg verstimmt. Die Wiener Regierung nahm an, sie werde von den Briten zurückgesetzt, ja verraten. Hatten diese doch, ohne auf den Beitritt Österreichs zu warten, im Frühjahr 1748 mit Frankreich Friedenspräliminarien abgeschlossen[45]). Wie Stadion nach Mainz berichtete, wurden die Engländer durch die „kaltsinnige" Haltung des Kaisers, wahrscheinlich aber auch aus Rücksicht auf Frankreich und Preußen[46]), dazu bewogen, den Antrag des Erzkanzlers zurückzuweisen. Aber sie versicherten, sie wollten sich nach dem allgemeinen Friedensschluß mit den assoziierten Kreisen verbinden[47]).

Nach dem Aachener Frieden zeigten jedoch die Briten hierzu keine Neigung. Die hannöversche Regierung aber plante selbst ein Bündnis, das freilich anders geartet war. In dieses wollte sie Ostein einbeziehen.

Am 11. November 1748 ließ einer der hannöverschen Minister, der Großvogt von Münchhausen, dem Kurfürsten von Mainz eine

[40]) K. 85, fol. 178.
[41]) K. 85, fol. 237.
[42]) K. 85, fol. 178, 9.
[43]) ebd. fol. 198.
[44]) K. 85, fol. 175.
[45]) Michael, a.a.O. 232.
[46]) K. 85, fol. 262, 237.
[47]) ebd.

Denkschrift übermitteln[48]). Darin hieß es, der Gesandte des Markgrafen Karl Friedrich von Ansbach, Freiherr von Seckendorff, habe in Hannover vorgesprochen und im Auftrag seines Herrn ein Bündnis zwischen einigen „wohlgesinnten" Reichsfürsten, zwischen Kurbraunschweig, Mainz, Trier, Wolfenbüttel und einigen Mitgliedern des fränkischen und schwäbischen Kreises vorgeschlagen, an dem auch der Markgraf teilnehmen wolle. Die hannöversche Regierung habe dem Ansbacher Gesandten zu erkennen gegeben, daß der König von England als Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg zu einer solchen Verbindung bereit sei, deren Zweck sein sollte:

1. das Reichssystem aufrecht zu erhalten und die Einhelligkeit der Ratschlüsse hierüber zu sichern, — 2. die Rechtsverfassung als Grundlage des Reichssystems und des kaiserlichen Ansehens zu wahren, — 3. den Mißstand der „Rekurse" an dem Reichstag in Rechtsfragen abzustellen und zu vereinbaren, daß man eine Abstimmung zu Gunsten solcher Rekurse nicht unterstützen werde, — 4. sich einander Hilfe gegen alle Gewalt zu leisten.

Weiter hieß es in der Denkschrift, Hannover halte es für notwendig, auch den Kaiser an dieser Verbindung teilnehmen zu lassen, oder ihm wenigstens mit der Bitte um Geheimhaltung über das Ganze zu berichten.

Wie Ostein später aus Trier mitgeteilt wurde, war nicht der Markgraf von Ansbach, sondern das hannöversche Ministerium der Urheber des Bündnisplanes[49]). Dieser stand im Zusammenhang mit dem Entwurf einer Koalition der britischen Seemacht, Österreichs, Rußlands und mehrerer Reichsfürsten, der von Newcastle vorgeschlagen worden war, und für dessen Verwirklichung sich dieser Staatsmann seit Frühjahr 1748 eifrig einsetzte. Die Verhandlungen, die er hierüber in Wien führte, kamen aber bereits im Sommer desselben Jahres zum Stillstand, da sich England in Preußen einen Bundesgenossen sichern wollte, Österreich jedoch gegen dieses Vorhaben war. Der „Seckendorffsche" Bündnisplan stellte offenbar den Versuch dar, einen Teil der Newcastleschen Koalition, eine defensive Liga der Reichsfürsten, zustande zu bringen[50]). Ob der Herzog von Newcastle hierzu die Anregung gab, oder ob er veranlaßte, daß der Markgraf von Ansbach der Vorsicht halber in dieser Bündnisfrage als Urheber vorgeschoben wurde, ist nicht festzustellen.

Hannover war viel daran gelegen, die Kurfürsten von Mainz und Trier für dieses Bündnis zu gewinnen. Das beweist die Tatsache, daß Seckendorff von Kurbraunschweig aus zu ihnen gesandt wurde, um

[48]) K. 125 c, fol. 51.
[49]) K. 125 c, fol. 35.
[50]) P. K. Fr. G. VI, 291.

gründlich „das Terrain" zu erforschen[51]). Er traf bei Schönborn jedoch auf Ablehnung. Nicht anders verhielt sich der Erzkanzler. Er teilte dem Ansbachischen Gesandten, der Anfang Dezember 1748 in Mainz erschien, die Bedenken mit, die er gegen den hannöverschen Vorschlag hegte: „Particular-Verbindungen, Liguen und Unionen" seien Deutschland von jeher gefährlich gewesen, weil sie auf die „Unterdrückung schwacher Mitständten abziehlten und selbe dahero aus dem Nexu des reciproquen Schutzes setzen"[52]). Im gleichen Sinne war die Denkschrift vom 16. Dezember verfaßt, die Ostein in Hannover übergeben ließ. Darin versäumte er nicht, neben der Darlegung der Mängel aller Einzelbündnisse die Forderung zu stellen, England möge sich „zur gemeinen Sicherheit und sonderbar zu bewahrung des Rheinstrohm" mit den vorderen Kreisen zusammenschließen[53]). Er hoffte, wenn erst diese Großmacht gewonnen sei, werde die Eingliederung des westfälischen und niedersächsischen Kreises keine Schwierigkeiten bereiten und das ersehnte Ziel der Reichseinheit nahezu erreicht werden[54]).

Die hannöversche Regierung versprach sich jedoch von einem solchen Bündnis für ihre eigene Politik keinen Nutzen, sie trachtete nach einer Liga der Reichsfürsten[55]). Auch nahm Newcastle im Frühjahr 1749 den Plan einer großen Koalition wieder auf[56]). Hannover lehnte indessen den Mainzischen Antrag nur in verhüllter Form ab. In einem Schreiben an Ostein vom 10. Januar 1749 versprach es in gewundener Form, England werde ein Bündnis mit den Kreisen schließen, wenn zuvor Köln und Pfalz der Assoziation beigetreten seien[57]). Daß es zwecklos war, von diesen beiden rheinischen Kurfürsten eine Teilnahme an den Kreisberatungen zu erhoffen, solange in Brühl und Mannheim der französische Einfluß vorherrschte, wußte der Erzkanzler. Aber er glaubte, da England keine grundsätzliche Absage erteilt hatte, werde es sich den Kreisen anschließen, ohne auf Erfüllung der gestellten Bedingungen zu beharren. Die Aussicht hierauf war freilich vorerst noch nicht vorhanden. Das bewiesen weitere Briefe, die der Kurfürst von britischen Staatsmännern in dieser Angelegenheit empfing[58]).

Daß man in der Hofburg den Seckendorffschen Bündnisplan nicht billigte, ist aus dem Verhalten des Grafen Cobenzl zu schließen. Dieser hatte Mitte November in Trier von dem englischen Vorschlag

[51]) K. 125 c, fol. 35.
[52]) K. 125 c, fol. 19.
[53]) K. 125 c, fol. 80.
[54]) K. 125 c, fol. 19.
[55]) K. 125 c.
[56]) Michael, a.a.O. 237 ff.
[57]) K. 125 c, fol. 84.
[58]) K. 125 c.

vernommen und äußerte hierüber in seinen Briefen an die Mainzer Minister große Bedenken. In einem Schreiben an den Hofkanzler Benzel vom 3. Dezember 1748 sprach er die Vermutung aus, „es stecke wohl einige Absonderung von dem Kayl. Hof und insbesondere von dem Ertzhauss darunter"[59]). Aber es hätte solcher Warnungen garnicht bedurft, denn Ostein war von vornherein gegen diese Verbindung einzelner Reichsfürsten gewesen[60]). Auch Cobenzl konnte, nachdem er Anfang Dezember der Aussprache des Kurfürsten von Mainz mit Seckendorff persönlich beigewohnt hatte, erkennen, daß er unnötige Besorgnis gehegt habe[61]). — Der Erzkanzler nahm an, zum Dank für dieses Verhalten in der hannöverschen Bündnisfrage werde ihn der Kaiser bei dem Ausbau der Assoziation unterstützen. Aber das trat nicht ein. Franz I. zeigte auf Grund seiner schlechten Erfahrungen mit den Kreisen noch eine ebenso starke Abneigung die Kreisverbindung zu fördern, wie im Sommer 1748[62]). Dagegen entsprach eine Liga der Reichsfürsten eher den politischen Zielen Österreichs, nachdem Anfang 1749 eine Entspannung zwischen Wien und London eingetreten war. Deshalb stellte die Hofburg im Februar 1749 bei der Londoner Regierung neben dem Antrag auf eine österreichisch-englisch-russische Koalition auch denjenigen auf ein Reichsfürstenbündnis, das freilich zum Unterschied von dem Seckendorffschen Plan als bewaffnete Defensivvereinigung gedacht war. In England vermutete man jedoch hinter diesen Vorschlägen kriegerische Absichten der Donaumonarchie und ging nicht darauf ein[63]).

Ostein erfuhr von diesen Vorgängen nichts. Er war enttäuscht, daß der Kaiser der Assoziation so ablehnend gegenüber stand. In seiner Meinung, das Erzhaus lohne die Mainzischen Dienste mit Undank, wurde er noch durch das Verhalten Maria Theresias in der „Liquidationsfrage" bestärkt. Erst nach langem Verhandeln ließ sich die Habsburgerin herbei, einen Teil der Geldschulden zu begleichen, die die österreichischen Truppen im letzten Kriege bei dem Kurstaat gemacht hatten[64]).

Wie zwischen Ostein und der Hofburg, so herrschte auch zwischen Trier und Würzburg einerseits und der kaiserlichen Regierung andererseits kein gutes Einvernehmen mehr. Dem preußischen Gesandten in Wien war das nicht verborgen geblieben. Er hielt die Zeit für günstig, diese drei Fürsten aus dem Schlepptau der österreichischen Politik zu lösen. Seinem König, dem er diesen Gedanken mit-

---

[59]) K. 125 c, fol. 15.
[60]) K. 125 c, fol. 76.
[61]) K. 125 c, fol. 67.
[62]) K. 125 c, fol. 171, 167.
[63]) Michael, a.a.O. 241 ff.
[64]) K. 64.

teilte, kam das sehr gelegen Die Wege zu diesem Ziel ausfindig zu machen, stellte Friedrich II. seinem Staatsminister von Podewils zur Aufgabe: „ma volonté est que vous devez penser aux moyens les plus propres et les plus convenables dont j'aurai à me servir pour arriver, par des voies indirectes, à ce but-là, et sans que je sois exposé à choquer ouvertement la susdite cour.“[65]) Von preußischer Seite wurden aber zu diesem Zweck anscheinend keinerlei Schritte unternommen. Sicher wäre ein Versuch, Ostein zu einem Frontwechsel zu bewegen, erfolglos gewesen. Denn der Erzkanzler stand trotz aller zwischen Mainz und Wien herrschenden Unstimmigkeiten auf kaiserlicher Seite.

Das bewies er durch sein Verhalten in der Frage der römischen Königswahl, über die in den Jahren 1750 bis 1756 in Wien und an den deutschen Kurhöfen verhandelt wurde.

Der Gedanke, den ältesten, noch minderjährigen Sohn des Kaiserpaares zum römischen König zu krönen, um im Fall des Hinscheidens des Reichsoberhauptes einem Interregnum vorzubeugen, war seit 1746 von verschiedenen Seiten und in unterschiedlicher Form erörtert worden. 1748 hatte Frankreich der Wiener Regierung die Königswahl Josefs vorgeschlagen, lediglich in der Absicht, Maria Theresia den Beitritt zu den zwischen Briten und Franzosen geschlossenen Friedenspräliminarien zu erleichtern[66]).

Seit dem Frühjahr 1750 nahm sich die englische Regierung der Wahlfrage an. Vor allem der Herzog von Newcastle setzte sich im Reich für die römische Königswahl Josefs ein, durch die ihm ein dauernder Friede am besten gewährleistet schien. Als er am kaiserlichen Hof hierfür Stimmung zu machen versuchte, zeigte sich freilich, daß dort der Wahlgedanke vorerst noch ebensowenig Anklang fand wie 1748. Franz I. bezweifelte das Gelingen des Vorhabens, bei dem seiner Meinung nach nur mit der Zustimmung Osteins gerechnet werden konnte. Das Kaiserpaar war überzeugt, um die Mehrzahl der Kurfürsten zu gewinnen, bedürfe es großer Geldopfer, bei Pfalz und Bayern außerdem territorialer Zugeständnisse[67]). Vor diesen schreckte man in der Hofburg zurück[68]). Man fürchtete anscheinend auch, daß Frankreich Einspruch gegen eine Wahl erheben werde[69]). Der Herzog sah dagegen nicht nur Mainz als Anhänger des Wahlplanes an, sondern auch Köln, das von England Subsidien empfing, und Trier, das habsburgisch gesinnt war[70]). Eine gleiche Haltung erwartete

[65]) P. K. Fr. G. VI, 346, 20. Januar 1749.
[66]) Gehlsdorf, a.a.O. 10.
[67]) ebd. 15, 16. Um welche Gebietsteile es sich bei diesen territorialen Zugeständnissen handelte, ist hier nicht angegeben.
[68]) ebd. 15.
[69]) ebd.
[70]) ebd. 20.

Newcastle von Bayern und Pfalz nicht. Aber er hoffte, diese durch Verhandlungen noch günstig stimmen zu können[71]). Hierbei wollte er sich des Erzkanzlers als Vermittler bedienen.

Die Gelegenheit, mit dem Mainzer deswegen Fühlung zu nehmen, bot sich dem Herzog Mitte Juni 1750, als Osteins Gesandter Stadion in Hannover erschien[72]). Er hatte den Auftrag, bei dem in seinen Kurlanden weilenden britischen König um eine Verlängerung des Mainzisch-englischen Subsidienvertrages nachzusuchen; denn das 1744 auf vier Jahre geschlossene Abkommen war am 17. Juni 1747 für die Dauer von drei Jahren erneuert worden[73]) und lief 1751 ab. Er sollte sich aber auch bemühen, Englands Zusammenschluß mit den assoziierten vorderen Kreisen, denen sich jedoch Köln und Pfalz noch immer nicht eingegliedert hatten, zustande zu bringen[74]).

In Hannover fanden die beiden Anliegen Osteins wenig Beachtung. Die Unterredung der hier versammelten deutschen und britischen Diplomaten drehten sich um andere Fragen der Politik, so auch um die römische Königswahl. König Georg II., der durch den Einfluß Newcastles zum eifrigen Verfechter dieses Gedankens geworden war, benutzte seine erste Aussprache mit Stadion nur dazu, von Mainz die tatkräftige Förderung der Wahlangelegenheit zu erbitten. Auf die Frage des Assoziationsbündnisses und der Verlängerung des Subsidienvertrages ging er dagegen nicht ein[75]). Aber Newcastle verbreitete sich hierüber. Er pries im Gespräch mit Stadion die Verbindung Englands mit den vorderen Kreisen als „l'unique moyen de sauver notre et votre liberté". Der Herzog versprach sogar, er wolle sich für das Zustandekommen dieses Bündnisses verwenden, aber als Gegenleistungen forderte er von Ostein, daß er für die „grande marotte des Anglais" — so nannte der Herzog das Wahlprojekt — seine Unterstützung verspreche, und daß er „par avance" auf die Verlängerung des Subsidienvertrages verzichte[76]). Der Erzkanzler wollte jedoch die britischen Gelder in den kommenden Jahren nicht entbehren. Die Hoffnung, eine Erneuerung des Abkommens doch noch durchzusetzen, war ihm ein Ansporn, seine Hilfe in der Wahlangelegenheit zur Verfügung zu stellen. Ihn lockte auch die Aussicht, dadurch das englische Bündnis mit der Kreisassoziation zu erreichen[77]). Er wußte, daß die Gefahr, durch die Förderung der Königswahl den Absichten des Kaisers entgegenzuarbeiten, nicht mehr bestand. Denn Österreich hatte seine ablehnende Haltung allmählich aufgegeben, da es zu der

[71]) ebd. 21.
[72]) K. 86, fol. 17, 40.
[73]) K. 85, fol. 169.
[74]) K. 86, fol. 17.
[75]) K. 86, fol. 40.
[76]) K. 86, fol. 132.
[77]) K. 86, fol. 147, 177, 380.

Ansicht gelangt war, Frankreich werde der Wahl keine Schwierigkeiten bereiten. Auf die dringenden Vorstellungen Newcastles erklärte sich Maria Theresia Anfang Juli bereit, die Kurfürsten durch Erfüllung ihrer berechtigten Ansprüche für den Wahlplan zu gewinnen. Sie ließ zur Besprechung der erforderlichen Schritte ihren Gesandten, den Reichshofrat von Vorster, nach Hannover abgehen[78]).

Kurz bevor dieser dort eintraf, hatte Stadion am 15. Juli den versammelten hannöverschen Räten mitgeteilt, Ostein halte die Zeit für gekommen, die Angelegenheit der Königswahl in Angriff zu nehmen[79]). Damit war der Auftakt zu den Verhandlungen gegeben, die von Hannover aus mit den einzelnen Kurhöfen in den folgenden Monaten stattfanden. Aber auch in Mainz war man nicht untätig. Dem ausdrücklichen Wunsch König Georgs entsprechend, warb der Erzkanzler persönlich bei dem Kurfürsten Karl Theodor von der Pfalz, der im August zwei Tage bei ihm zu Gast weilte, für die Königswahl Josefs. Der Pfälzer war bereit, seine Zustimmung zu geben, sofern ihm England Subsidien gewähre und ihm Österreich die Grafschaft Pleistein überlasse[80]). Ostein, der diese Forderungen billigte, setzte sich bei der hannöverschen und der Wiener Regierung für deren Erfüllung ein. Aber die beiden Großmächte weigerten sich, für die pfälzische Kurstimme einen so hohen Preis zu zahlen. Alle Vermittlungsversuche des Mainzers scheiterten[81]).

Ein besseres Ergebnis hatten die Verhandlungen der Engländer mit zwei anderen Kurfürsten: Franz Georg von Trier erklärte sich bedingungslos für die Königswahl, Maximilian Josef von Bayern nach der Zusicherung österreichischer und britischer Subsidien[82]). Dieser Erfolg war ohne die Mitwirkung Osteins erzielt worden. Der Erzkanzler hatte sich inzwischen bemüht, den Beratungen über die Wahlvorbereitungen einen neuen Antrieb zu geben. Durch Stadion ließ er am 22. September in einer Versammlung der Minister eine „note eventuelle" vorlegen, worin er die Einberufung eines Kollegialtages der Kurfürsten zur Erörterung der „quaestio an" für den kommenden November und die Königswahl für den Januar 1751 vorschlug[83]). Aber nachdem der Mainzer auf diese Weise seine Hilfsbereitschaft in der Wahlsache gezeigt hatte, verlangte er, daß England mit den vorderen Kreisen das von ihm so lange angestrebte Bündnis eingehe. Mit dem Hinweis, daß dieser Zusammenschluß die alleinige Gewähr für einen ungestörten Verlauf des Kollegialtages biete, hoffte der Erzkanzler

[78]) Gehlsdorf, a.a.O. 22 u. 23.
[79]) ebd. 23.
[80]) K. 86, fol. 116, 202 ff.
[81]) K. 86.
[82]) Gehlsdorf, a.a.O. 30, 34.
[83]) K. 125 c, fol. 303. — Gehlsdorf, a.a.O. 36.

seinem Antrag den nötigen Nachdruck zu geben und die englische Zusage zur Beteiligung an der Assoziation nunmehr zu erhalten[84]). Aber er wurde enttäuscht. Stadions Berichte[85]) ließen allmählich erkennen, daß Newcastle sich bisher nur deshalb als Fürsprecher des Bündnisses ausgegeben hatte, weil er Osteins Unterstützung für die Ausführung des Königswahlplanes erlangen wollte. Da er das Gewünschte erreicht hatte, verhehlte der Herzog dem Mainzer Gesandten nicht länger, daß England den Beitritt zur Assoziation vorerst ablehne. Er stellte zwar eine Verbindung nach dem Vollzug der Königswahl in Aussicht, aber auf Grund der bisherigen Erfahrungen schenkte der Erzkanzler dieser Versicherung keinen Glauben mehr. Da zugleich die Hoffnung auf Erneuerung des Subsidienvertrags von 1744 völlig dahinschwand, bemächtigte sich Johann Friedrich Karls eine große Verstimmung. Er scheint erwogen zu haben, ob er den Wahlvorbereitungen seinen Beistand entziehen sollte, aber er mochte besorgen, er werde dadurch Österreich vor den Kopf stoßen. Er entschloß sich deshalb, das immer deutlicher hervortretende Streben des Kaiserpaares[86]) nach der Königskrone für den ältesten Sohn auch fernerhin zu unterstützen[87]).

Ostein suchte von da an vor allem einen Kollegialtag zustandezubringen. Er nahm an, daß dadurch die Gegner des Wahlplanes, Preußen, Köln und Pfalz umzustimmen seien. Als daher König Friedrich II. in seinem Rundschreiben vom 7. November allen Mitgliedern des Kurfürstenrates zur Aufschiebung der Wahl Josephs bis zu dessen Großjährigkeit riet[88]), antwortete ihm Ostein am 28. desselben Monats mit dem Vorschlag, man möge alle Vorfragen in dieser Angelegenheit auf einem Kurfürstentag erwägen[89]). Als Entgegnung auf dieses Schreiben warnten der Hohenzoller und der Kurfürst von der Pfalz den Mainzer am 29. Dezember, das Kurkollegium vorschnell einzuberufen[90]). Friedrich II. und Karl Theodor zweifelten die rechtliche Zulässigkeit der Königswahl an; sie behaupteten, der Urheber der Goldenen Bulle, Karl IV., habe garnicht die Absicht gehabt, eine römische Königswahl zu Lebzeiten des Kaisers zu „autorisieren".

Anfang Januar 1751 übermittelte der Mainzer Gesandte Koeth von Wanscheidt dem Pfälzer Kurfürsten die Antwort Osteins auf dieses Schreiben. Sie hob vor allem hervor, daß Karl IV. ja selbst „ohnmittelbar post Auream Bullam" die römische Königswahl an seinem Sohne Wenzel habe vollziehen lassen. Schließlich stellte der

[84]) K. 86, fol. 450.
[85]) K. 86, fol. 166, 403 ff. u. weitere Berichte Stadions.
[86]) S. 72.
[87]) K. 86, fol. 512, 436, 550.
[88]) Pr. St. 2, 338 ff.
[89]) Gehlsdorf, a.a.O. 49.
[90]) Pr. St. 2, 343 ff.

Mainzer bei dieser Gelegenheit an Karl Theodor das Ersuchen, er möge sich an der Assoziation beteiligen[91]), „nicht zwar umb eben daher in voreilige Kriegshändel sich einzulassen, sondern vielmehr seine Thür gegen manniglich, der nicht hineingehöret zu verwahren"[92]). Einer Kreisvereinigung beizutreten, deren Hauptzweck der Schutz der Westgrenze war, zeigte Karl Theodor von der Pfalz jedoch kein Verlangen, da er der Klientel Ludwigs XV. angehörte. In der Wahlfrage war seine Stellung unverändert. Er erbat sich für seine Bedingungen, von deren Erfüllung er seine Zustimmung in dieser Angelegenheit abhängig machte, auch die fernere Fürsprache Osteins bei der österreichischen und englischen Regierung[93]). Der Erzkanzler kam dieser Bitte des Pfälzers nach. Er hatte freilich mit seiner Vermittlung ebensowenig Erfolg als ehedem. Karl Theodor stellte so hohe Forderungen, daß die Höfe zu Wien und Hannover deren Erfüllung ablehnten. Die Verhandlungen zwischen einzelnen Kurfürsten und der kaiserlichen und britischen Regierung schleppten sich aber noch jahrelang ergebnislos dahin[94]), bis sie dann durch den Ausbruch des Siebenjährigen Krieges abgeschnitten wurden.

In der Zeit von 1751 bis 1756 versuchte Ostein immer wieder, die Assoziation der vorderen Kreise zu erweitern. Er vermochte aber von seinem Plan einer Vereinigung aller Reichskreise nicht mehr zu verwirklichen, als er bereits im Sommer 1748 erreicht hatte. Von England war er im Stich gelassen worden. Auf Österreichs Beistand konnte er nicht rechnen. So schwand die Aussicht auf einen starken Rückhalt für das Kreisbündnis dahin. — Um 1753 begann sich der Zusammenhalt der assoziierten Fürsten und Kreise immer mehr zu lockern. Der Partikularismus trug den Sieg über das Einheitsstreben davon. Die Mainzische Forderung der Sicherung der Rheinlinie verlor schließlich jeglichen Sinn, als eine Umgruppierung der europäischen Mächte am Vorabend des Siebenjährigen Krieges stattfand und die Habsburgerin sich mit Frankreich verbündete, um mit dessen Hilfe die Machtstellung Preußens zu zerschlagen und Schlesien zurückzuerobern. Ostein paßte sich als kaisertreuer Reichsfürst der veränderten Haltung Österreichs an, aber da die Reichseinheit und der Schutz des Rheines angesichts der politischen Veränderungen fernerhin nicht mehr die eng miteinander verknüpften Leitgedanken seiner Politik bleiben konnten, bezeichnet das Jahr 1756 das Ende des ersten Abschnittes in der Regierung des Kurfürsten. —

Schon zu der Zeit, da seine politische Einstellung je nach der militärischen Lage der sich bekämpfenden Mächtegruppen wechselte,

---

[91]) K. 126 c, fol. 13, 3.
[92]) ebd.
[93]) K. 126 c, fol. 42.
[94]) K. 125 c, fol. 416, 426 ff.

war die Reichseinheit der Leitgedanke der Reichspolitik Osteins. Wenn er die Forderung nach einem einigen Reich erhob, war dabei die Frage nach dessen Führung zunächst noch unerörtert geblieben. Seit 1745 sah er dann Österreich als die einzige Macht an, der eine solche Stellung gebühre. Wenn Johann Friedrich Karl eine starke kaiserliche Gewalt wünschte, wollte er daneben aber auch die kurfürstlichen, insbesondere die Mainzischen Rechte in vollem Umfang gewahrt wissen. Daß er nicht gewillt war, sich zum Werkzeug kaiserlicher Wünsche gebrauchen zu lassen, wenn er dadurch seinem eigenen Lande schaden konnte, hatte seine Haltung zum Reichskriegsplan deutlich bewiesen. In seiner Reichspolitik hielt der Kurfürst den Blick nach Westen gerichtet. In Frankreich sah er die größte Gefahr für seinen Staat wie für das gesamte Deutschland. Immer wieder wies er seine Mitstände auf ihre Pflicht hin, den Rhein zum Besten des gesamten Reiches vor dem westlichen Nachbarn zu schützen. Er selbst war bemüht, für die Sicherung der Rheinlinie und damit seines eigenen Staates zu sorgen. Er schloß einen Subsidienvertrag mit England, er schlug Fürstenbündnisse vor, und er rief schließlich die alte Assoziation der vorderen Kreise wieder ins Leben. — Aber sein Streben nach der Einheit des Reiches und der Stärkung der Westgrenze waren erfolglos. Denn während er an der Form der friedlichen Föderation festhielt, versuchte die habsburgische Großmacht auf dem Wege der Gewalt eine Reichseinheit unter österreichischer Vorherrschaft aufzurichten mit dem Ergebnis, daß sich die im Reichsgebäude klaffenden Gegensätze noch erweiterten.

Anhang.

I.

Der Mainzisch-englische Subsidienvertrag von 1744[1]).

Sa Majesté Britannique et Son Altesse Electorale de Mayence ayant également à coeur le Maintien de la Liberté et Seureté Publique et le Retablissement d'une Paix qui puisse solidement rassurer l'Europe et remettre l'Ordre et la Concorde dans l'Empire; — Et desirant de s'unir aussy étroitement d'Interêt et de Conseil, qu'Elles le sont d'Amitié et d'Intention, moyennant un Traité d'Alliance qui les mette en état de concourir plus uniformement et plus efficacement à un But si Salutaire: Elles ont autorisé leurs Ministres respectifs à en regler les Conditions, Savoir, Sa Majesté le Roy de la Grande Bretagne, ses Conseillers Privés, Philippe Lord Hardwicke, Son Chancelier de la Grande Bretagne; Guillaume Comte de Harrington, Président de Son Conseil Privé; Thomas Holles Duc de Newcastle, Chevalier du très noble ordre de la Jarretiere, et un de ses Principaux secretaires d'Etât; Jean Lord Carteret, Baron de Hawnes, un autre de ses principaux Secretaires d'Etât, Henry Pelham, Premier Commissaire de Sa Tresorerie, et Chancelier et Sous-Trésorier de Son Echiquier; et Son Altesse Electorale le Sieur Philippe Christofle Baron d'Ehrthal, son Conseiller Intime de Conference, et Son Envoyé Extraordinaire auprés de Sa dite Majesté; Lesquels aprés s'étre communiqué leurs Pleinpouvoirs, sont convenus ensemble des Articles suivans.

1.

Comme dans la Conjoncture perilleuse où l'Europe, et l'Empire, se trouvent, il est d'une Necessité et Importance extréme, que son Altesse Electorale tienne sur pied un Corps de Troupes suffisant pour mettre ses Etats, et surtout sa ville et Forteresse de Mayence, à couvert de toute Insulte et Surprise; Et ses Sujets étant hors d'état de subvenir seuls à cette Depense, Sa Majesté Britannique pour y suppleer, et pour fournir à son Altesse Electorale les Moyens de continuer à se conduire selon le Zéle louable qu'Elle a aussy constamment qu'impartialement montré pour le Bien Public de l'Empire

[1]) Überschrift fehlt im Original.

Luy promet pour cette presente Année un Subside de Cent Mille Ecus d'Allemagne, dont cinquante Mille seront payés d'abord aprés l'Echange des Ratifications du present Traité, et pour chacune des Trois Années suivantes un Subside de cinquante Mille Ecus, payables de trois Mois, en trois Mois d'avance.

2.

Moyennant lesquels Subsides Son Altesse Electorale promet et s'engage de conserver les Troupes qu'Elle a sur pied et de garder pendant ces quatre Années Sa ville et Forteresse de Mayence avec une Garnison au moins de Cinq Mille Hommes.

3.

Son Altesse Electorale s'engage pareillement de convenir incessamment avec l'Electeur de Cologne sur la manière la plus expeditive de s'entresecourir pour la Seureté Commune, et pour éloigner de leurs Frontieres tout Danger et Dommage.

4.

Et les Seigneurs Etats Generaux des Provinces Unies, également interessés dans la même Cause seront sans delai invités d'acceder comme Partie Principale Contractante à ce present Traité d'Alliance; Lequel sera ratifié par Sa Majesté Britannique, et par Son Altesse Electorale et les Ratifications en seront échangées dans L'Espace d'un Mois ou plustôt si faire se peut.

En Foy de quoy les Ministres Sus nommés, en vertu de Leurs Pouvoirs respectifs, ont signé ces Presentes et y ont fait apposer les Cachets de Leurs Armes.

Fait à Whitehall ce vingt-septieme Jour d'Avril de l'An 1744.

L. S. Hardwicke, C.
L. S. Harrington, P.
L. S. Holles Newcastle.
L. S. Carteret.
L. S. H. Pelham.

L. S. Ph. Ch. Ehrthal.

Article Separé.

Si le Besoin indispensable le requiert son Altesse Electorale de Mayence accordera dans ses Pais, des Quartiers d'Hyver pour un Corps de Deux Mille Hommes des troupes de Sa Majesté Britannique, ou de ses Alliés, à condition qu'ils payent en Argent comptant la Fourniture des choses necessaires, selon la Regle etablie.

Cet Article Separé aura la même Force que s'il etoit inseré Mot à Mot dans la Traité d'Alliance signé ce jourd'huy.

Fait a Whitehall ce vingt-septieme Jour d'Avril de l'An 1744.

(Unterzeichnet wie die vorigen Art.)

Article Separé et Secret.

Son Altesse Electorale de Mayence s'oblige de faire agir ses Ministres à la Diete de l'Empire dans un parfait Concert avec ceux de Sa Majesté Britannique en la façon qui semblera a Sa Majesté et à son Altesse Electorale la plus convenable au Bien Public, au Systéme et aux Constitutions de l'Empire.

Cet Article Separé et Secret aura la même Force que s'il étoit inseré Mot à Mot dans la Traité d'Alliance signé ce jourd'huy.

Fait a Whitehall ce vingt-septieme Jour d'Avril de l'An 1744.

(Unterzeichnet wie die vorigen Art.)

II.

Text der Ratifikation.

Nos Joannes Fridericus Carolus Dei gratia Sanctae Sedis Moguntinae Archiepiscopus, Sacri Romani Imperiy per Germaniam Archi-Cancellarius ac Princeps Elector p. Notum hisce testatumque facimus: quandoquidem ea, quae cum Serenissimo atque Potentissimo Principe Domino atque Potentissimo Principe, Domino Georgio Secundo, Magnae Britanniae, Franciae et Hyberniae Rege, Duce Brunswicensi et Luneburgensi, S:R:I: Archi-Thesaurario et Principe Electore a Nobis ex praedecessorum nostrorum Exemplo, intensius Colitur amicitia, ac in variis huius aetatis motibus sine cujusdam offensa propriae solum Securitatis Sollicitudo eum volente omnipotente Sortita sit successum ut Negotiatio, (Salva Neutralitate Nostra) aliquo jam a tempore instituta demum Regiae Majestatis Suae Ministros inter et ablegatum, nostrum Plenispotentijs debitis respective munitos. Die vigesima septima Aprilis proxime elapsi ratificatione utraque reservata Signaretur, prouti hic verbotenus Sequitur; (es folgt der Text des Traktats ohne Geheimartikel) quod nos Tractatum hunc, qualiter is verbotenus hic praemissus est, atque insertus, per praesentes omnino ratihabeamus, atque ad illa nos obligemus prouti vigore harum ita per omnia et meliori quovis modo ratihabemus, acceptamus, et nos obligamus. In Cuius fidem praesens Ratificationis nostrae Instrumentum propria manu Subscripsimus, et Sigillum nostrum Cancellariae Intimae apponi fecimus.

Dabantur in arce nostra Sancti Martini Moguntiae Die decima quinta Mensis May, Anni Millesimi Septingentesimi Quadragesimi Quarti.

L. S. I. Fridericus Carolus Elector.

A. I. Ungedruckte Quellen.

Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien.

Mainzer Erzkanzlerarchiv.

Geistliche und Kirchensachen: fasz: 8; 9; 10a.
Korrespondenz mit Wien: fasz: 62; 63; 64.
Korrespondenz mit England u. Hannover: fasz: 83; 84; 85; 86.
Ministerialkorrespondenz: fasz: 111; 113; 116.
Korrespondenz des Kurfürsten Johann Friedrich Karl mit verschiedenen Reichsständen: fasz: 125b; 125c; 126b; 126c.
Große Korrespondenz des Kurfürsten von Mainz mit Graf Karl v. Cobenzl: fasz: 268; 275; 294; 307; 323.
Mainzer Reichstagsakten. Tom: 503; 504; 505; 506; 507.

Stadtarchiv zu Frankfurt a./M.

Wahl- und Krönungsakten: Tom: X; XIa, b, c; XII.
Kreiskonventsakten: Tom: 122; 123; 124.
(Assoziationskonventsprotokolle) (1745—48)
125; 126; 127; 128; 129; 130; 153.
Reichstagsakten: Tom: 168; 169; 157—166; 175—219.

A. II. Gedruckte Quellen.

Churmaintzische Staatskalender für die Jahre: 1742, 1745, 1746, 1748 und 1763.

Correspondance de Louis XV et du maréchal de Noailles. Ed. Rousset 2 Bde., Paris 1865.

Haaber, J. F.: Lob- und Trauerrede . . . des Hochwürdigsten Joannis Friederici Caroli . . . 1763. Haus- Hof- und Staatsarchiv in Wien. Mainzer Erzkanzlerarchiv. Geistliche und Kirchensachen, fasz. 10a.

Politische Correspondenz Friedrichs des Großen.
Bd. II—XII, Berlin 1879 ff.

Preußische Staatsschriften, aus der Regierungszeit König Friedrichs II.
Bd. 1 u. 2, Hrsg. v. Koser, Berlin 1877.

Recueil des instructions données aux ambassadeurs et ministres de France depuis les traités de Westphalie jusqu'à la révolution française.
Tom. I: Autriche, par A. Sorel, Paris 1884.
Tom. VII: Bavière, Palatinat etc. par A. Lebon, Paris 1912.
Tom. XVIII: Diète Germanique, par B. Auerbach, Paris 1912.
Tom. XX: Rome 3, par J. Hanotaux, Paris 1913.

Secreete Resolutien van de Edele Grot. Mog. Heeren Staaten van Holland en Westfriesland X u. XI. 1742—1746, 1747—1751.

B. Darstellungen.

Adelung, J. Chr.: Pragmatische Staatengeschichte Europens. Bd. 3,2—8, Gotha 1762.

Allgemeine Deutsche Biographie. Leipzig 1875 ff.

Amrhein, A.: Reihenfolge der Mitglieder des adeligen Domstifts zu Wirzburg. Arch. d. Hist. Vereins Unterfranken u. Aschaffenburg, Bd. 32 u. 33, Würzburg 1889.

Arneth, A. v.: Geschichte Maria Theresias. Bd. 1—7, Wien 1863.

Auerbach, B.: La France et le St. Empire Romain Germanique. Bibliothèque de l'école des hautes études 196, Paris 1912.

Beer, A.: Holland und der österreichische Erbfolgekrieg. Arch. f. Öster. Gesch. Bd. 46.

—, Zur Geschichte des Friedens von Aachen im Jahre 1748. Arch. f. Öster. Gesch. Bd. 47.

Borkowsky, E.: Die englische Friedensvermittlung im Jahre 1745. Berlin 1884.

Brabant, A.: Das Heilige Römische Reich Teutscher Nation im Kampfe mit Friedrich d. Großen. Bd. 1 1904, Bd. 2 1911, Berlin.

Braubach, M.: Die österreichische Diplomatie am Hofe des Kurfürsten Clemens August von Köln. Annalen d. Hist. Ver. f. d. Niederrhein, Heft 111—114, 1927 ff.

Brunner, S.: Correspondances intimes de l'Empereur Joseph II avec son ami, le Comte de Cobenzl etc. Mayence 1871.

Dielhelm, J. H.: Rheinischer Antiquarius. Frankfurt/Main 1745.

Döbler, F.: Johann Anton Valentin Thomann. Mainzer Zeitschrift, Bd. X—XIII.

Döberl, M.: Entwicklungsgeschichte Bayerns. Bd. 2, München 1928.

Droysen, J. G.: Geschichte der Preußischen Politik. Bd. 5, 1—5, Leipzig 1874 ff.

Faust, H.: Das Mainzer Landrecht. Darmstadt 1925.

Fould, P.: Louis Augustin Blondel, un diplomate au 18 ième siècle. Paris 1914.

Friedrich der Große: Histoire de mon temps. Berlin 1788.

Fromm, E.: Die Kaiserwahl Franz' I. Diss. Jena 1883.

Gehlsdorf, H.: Die Frage der Wahl Erzherzog Josephs zum Römischen König von 1750—1752. Diss. Bonn 1887.

Göring, H.: Die auswärtige Politik der Kurfürsten von Trier im 18. Jahrhundert. Heidelberger Abh. z. m. u. neuen Gesch. Heft 54, Heidelberg 1922.

Hantsch, H.: Reichsvizekanzler Friedrich Karl, Graf von Schönborn, 1674 bis 1746. Salzburger Abhandlungen u. Texte, Augsburg 1929.

Heigel, K. Th.: Das Tagebuch Karls VII. München 1883.

Hennes, J. H.: Die Erzbischöfe von Mainz. Mainz 1879.

Horn, D. B.: The origins of the proposed election of a king of the Romans, 1748—50. Eng. Hist. Rev. 42, 1927.

Hofmann, W. v.: Das Säkularisationsprojekt von 1743, Kaiser Karl VII. und die römische Kurie. Riezler-Festschrift 1913.

Immich, M.: Geschichte des europäischen Staatensystems von 1660—1789. Below-Meinecke, Handbuch II, München u. Berlin 1905.

Kaeber, E.: Die Idee des Europäischen Gleichgewichtes in der Politischen Literatur vom 16. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts. Berlin 1907.

Karg-Bebenburg, Th. v.: Zur Würdigung der auswärtigen Politik Lord Carterets. Festgabe für Th. v. Heigel, München 1903.

Khevenhüller, R. v. u. Schlitter, H.: Aus der Zeit Maria Theresias, Tagebuch des Fürsten Johann Joseph Khevenhüller-Metsch. Bd. 1—4, Wien u. Leipzig 1907 ff.

Kneschke, E. H.: Neues Allgemeines Deutsches Adelslexikon. Leipzig 1859 ff.

Koser, R.: Aus der Korrespondenz der französischen Gesandtschaft zu Berlin 1746/56. Forsch. zur brandenburg. u. preuß. Gesch. Bd. VI u. VII, Leipzig 1893 u. 1894.

—, Preußisch-englische Verhandlungen von 1743 wegen der Reichsneutralität. Hist. Aufs. Zeumer zum 60. Geburtstag, Weimar 1910.

—, Geschichte Friedrichs des Großen. Stuttgart u. Berlin 1921 ff.

—, Friedrich der Große und der 2. Schlesische Krieg. Histor. Zeitschr. Bd. 43.

Kühling, E.: Die Assoziationspläne von 1743, mit besonderer Berücksichtigung der Stellungnahme Friedr. d. Großen. Diss. Bonn 1914.

Küntzel, G.: Die drei großen Hohenzollern. Stuttgart u. Berlin 1922.

— u. Volz, G. B.: Preußische und österreichische Akten zur Vorgesch. des Siebenjährigen Krieges. Publikationen aus den Preuß. Staatsarchiven 74.

Lodge, R.: The socalled „Treaty of Hanau" of 1743. Eng. Hist. Rev. 38, 1923.

—, The Hanau Controversy in 1744 and the fall of Carteret. Eng. Hist. Rev. 38, 1923.

—, The Treaty of Worms. Eng. Hist. Rev. 44, 1929.

Meisenburg, Fr.: Der deutsche Reichstag während des österreichischen Erbfolgekrieges 1740—48. Diss. Bonn 1931.

Mentz, G.: Johann Philipp von Schönborn, Kurfürst von Mainz etc. 2 Bde. Jena 1896—99.

Merx, O.: Geschichte des bischöflich Münsterschen Militärs. Zeitschr. f. vaterld. Gesch. u. Altertumskunde 67, Münster 1909.

Michael, W.: Die englischen Koalitionsentwürfe des Jahres 1748. Forschungen zur brandenburg. u. preuß. Gesch. Bd. 1, Leipzig 1888.

Michels, A. C.: Die Wahl des Grafen Johann Friedrich Karl v. Ostein zum Kurfürsten von Mainz (1743). Diss. Bonn 1930.

Moser, J. J.: Einleitung in die Staatshistorie Kaiser Franzens. Frankfurt 1755.

—, Staatshistorie Teutschlands unter der Regierung Karl VII. Jena 1743/44.

Ockhart, I. F.: Geschichtliche Darstellung der früheren und späteren Gesetzgebung über Zölle und Handelsschiffahrt des Rheins. Mainz 1818.

Platzhoff, W.: Die Stellung der Rheinlande in der deutschen Geschichte. Festgabe f. Fr. v. Bezold, Bonn 1921.

Preuß, G.: Der Friede von Füssen. Histor. Abhandlungen VI, München 1894.

Pütter, J. St.: Historische Entwicklung der heutigen Staatsverfassung des Teutschen Reiches. Teil III, Göttingen 1788.

Ranke, L. v.: Zwölf Bücher preußischer Geschichte. München 1930.
Rauch, M. v.: Die Politik Hessen-Kassels im österreichischen Erbfolgekrieg. Zeitschr. d. Ver. f. hess. Gesch. u. Landeskunde. N. F. 23, Kassel 1898.
Reuter, J. L.: Historisch-Publizistische Abhandlung über den Rheinischen Handel u.s.f. Mainz o. J.
Roloff, G.: Friedrich und das Reich zwischen dem 1. und 2. Schlesischen Kriege. Forschungen zur brandenburg. u. preuß. Gesch. Bd. 25.
Schwann, M.: Der Wendepunkt im 2. Schlesischen Krieg. Forschungen zur brandenburg. u. preuß. Gesch. Bd. 12.
Seefrid, Th.: Friedrich der Große und die deutsche Nation. Diss. Frankfurt/Main 1928.
Stegemann, H.: Der Kampf um den Rhein. Leipzig u. Berlin 1924.
Sternfeld, F.: Churmaintzischer Histori -Schreib -und Landkalender. Mayntz 1746.
Stimming, M.: Die Entstehung des weltlichen Territoriums des Erzbistums Mainz. Darmstadt 1915.
Stramberg, Chr. v.: Rheinischer Antiquarius II, Bd. 10 u. 12, Koblenz 1861.
Veit, A. L.: Mainzer Domherren vom Ende des 16. bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts in Leben, Haus und Habe. Mainz 1924.
Vollbehr, Th.: Der Ursprung des Säkularisationsprojektes in den Jahren 1742 und 1743. Forschungen zur dt. Gesch. Bd. 26, Göttingen 1886.
Vogt, N.: Rheinische Geschichten und Sagen. Bd. 4, Frankfurt/Main 1836.
Villermont, Ch. de: La cour de Vienne et de Bruxelles au 18 ième siècle. Paris 1925.
Wenck, K.: Die Stellung des Erzstiftes Mainz im Gange der deutschen Geschichte. Zeitschr. f. hess. Gesch. u. Landeskunde, Kassel 1909.
Werner, F.: Der Mainzer Dom und seine Denkmäler. Bd. 3, Mainz 1836.
Wild, K.: Johann Philipp von Schönborn. Heidelberg 1896.
—, Lothar Franz von Schönborn, Bischof v. Bamberg und Erzbischof v. Mainz. Heidelberg 1904.
Zévort, E.: Le marquis d'Argenson et le ministère des affaires étrangères. Paris 1880.

Abkürzungen.

K.	= Korrespondenz, Mainzer Erzkanzler-Archiv des Haus-, Hof- und Staatsarchivs Wien.
G. u. K.	= Geistliche und Kirchensachen, ebd.
Gr. K.	= Große Korrespondenz des Kurfürsten von Mainz mit Graf v. Cobenzl, ebd.
P. K. Fr. G.	= Politische Korrespondenz Friedrichs des Großen.
F R T A.	= Reichstagsakten des Stadtarchivs zu Frankfurt am Main.
M R T A.	= Mainzer Reichstagsakten, Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien.
Pr. St.	= Preußische Staatsschriften.
R. d. i.	= Recueil des instructions.
Rh. Ant.	= Rheinischer Antiquarius von Stramberg.

Lebenslauf.

Ich, Elisabeth Solf, deutsche Reichsangehörige, evangelischen Glaubens, wurde am 17. Oktober 1904 als Tochter des Ingenieurs Richard Solf in Benrath a. Rh. geboren. Von Ostern 1911 bis Ostern 1921 besuchte ich die Studienanstalt zu Mainz, die ich mit dem Zeugnis der Reife für Obersekunda verließ. Nach vierjähriger Ausbildung an der Mainzer Kunst- und Gewerbeschule bestand ich im März 1925 das Staatsexamen für Zeichenlehrer. Im März 1926 legte ich das Staatsexamen für Werklehrer ab. An der Oberrealschule zu Mainz bestand ich am 4. März 1929 die Reifeprüfung für Nichtschüler. Ab Ostern 1929 studierte ich neun Semester an der Johann Wolfgang Goethe-Universität zu Frankfurt a. M. Studienfächer waren Geschichte, Germanistik und Kunstgeschichte.

Herrn Professor Dr. Platzhoff, der mir die Anregung zu vorliegender Arbeit gab, Herrn Archivrat Dr. Gerber vom Stadtarchiv in Frankfurt a. M. und Herrn Dr. Bittner, Direktor des Haus-, Hof- und Staatsarchivs in Wien, die mir beide die Erschließung des Aktenmaterials ermöglichten, sage ich meinen aufrichtigen Dank.